

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Neoliberalismus und die SPD“

Eine historisch-kritische Analyse über die Zersetzung und Neu-Formierung einer
Partei im Zeitraum von 1990 bis 2016

verfasst von / submitted by

Tobias Riedl, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ Prof. Dr. Ulrich Brand

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 7-8
1.1 Begriffs- und Theoriedefinitionen	S. 8-20
1.2 Der facettenreiche Neoliberalismus	S. 20-28
2. Methode	S. 28-32
3. Eine komplexe Transformation: Vom Aufstieg des Neoliberalismus, der Diskreditierung des Keynesianismus und der Implementierung der „Marktsozialdemokratie“	S. 32-40
3.1 Die SPD in den 1990er Jahren: In der strategischen Defensive	S. 40-42
3.2 Das Wirken der Regierung Kohl und ihr Abgang	S. 42-44
3.3 Die SPD bis 1998 – ein Wahlsieg und sein Zustandekommen	S. 44-45
3.4 Die SPD ab 1998: Aufbruch und Niedergang	S. 45-47
3.5 Die Implosion der SPD: Der „Dritte Weg“	S. 47-49
<u>3.6 Die historische Entwicklung des Neoliberalismus und sein steigender Einfluss auf die Sozialdemokratie</u>	S. 49-50
4. Rot-Grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik – im Zeichen von neo-keynesianischer Sozialdemokratie und neoliberaler Deformierung	S. 50-54
<u>4.1 Die Finanzpolitik von Rot-Grün unter der Linse des Neo-Gramscianischen-Ansatzes</u>	S. 54-56
<u>4.2 Eine Diskussion mit Hilfe der marxistischen Parteientheorie</u>	S. 56-57
<u>4.3 Post-Neoliberalismus - Vertiefung des Neoliberalismus?</u>	S. 58
<u>4.4 Neoliberale Finanzpolitik in der Analyse von Elmar Altvater und James Ferguson</u>	S. 58-60

<u>4.5 Gerechtigkeit im globalisierten Finanzkapitalismus</u>	S. 60-61
5. „Was there no alternative?“ – Die Frage nach einer antikapitalistischen Strömung innerhalb der SPD	S. 61-64
6. Die Position der SPD-Linken zu Beginn von Rot-Grün und das Gegenüber der Schröder'schen Modernisierer	S. 64-65
<u>7. Zwischenfazit</u>	S. 65-68
8. Die Post Schröder-SPD von 2005 bis 2009: Die 2. Große Koalition	S. 68-69
9. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD in der Großen Koalition	S. 69-71
<u>9.1 Gramsci und der „passive Konsens“</u>	S. 71-72
10. Die Bundestagswahlen 2009 und die SPD in der Sackgasse	S. 72-74
11. Das „harte Brot“ der Opposition? – Die SPD von 2009-2013	S. 74-76
12. Kein Ende der „Marktsozialdemokratie“? - Die Finanzpolitik der 3. Großen Koalition	S. 76
13. „Ashes to Ashes“? Die SPD in Merkel III und unter dem „führenden“ Neoliberalismus	S. 76-78
14. Zusammenfassung	S. 78-79
15. Ausblick	S. 79-83
16. Bibliographie	S. 84-92

<i>Abstract (deutsch)</i>	S. 93-94
<i>Abstract (english)</i>	S. 94-95
Abkürzungsverzeichnis	S. 96

Danksagung

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, die mich während meiner Studienzeit mit unermüdlichem Engagement unterstützten. Meinem Betreuer Ulrich Brand sowie meinen besten FreundInnen Olga, Lisi, Rita und Sushilla, welche die treuesten Begleiterinnen durch alle meine im Studium durchlaufenen Lebensphasen waren. Darüber hinaus gilt mein Dank Oliver Nachtwey und Armin Puller für ihre wertvollen Hinweise und großzügige Unterstützung.

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft“ (MEW, 3:46)

1. Einleitung

Dieser Beitrag setzt es sich zum Ziel, das Phänomen der Neoliberalisierung der SPD in einem Zeitraum von 1990-2016 zu untersuchen. Zu diesem Zweck soll eine kritisch-historische Analyse gefertigt werden, welche sich der Frage stellt, wie sich die Neoliberalisierung der SPD, die einen Wandel in der deutschen Sozialdemokratie auslöste, ereignet hat. Seit diesem Wandel wird die Idee eines sozialen Fortschritts, der sich an der Verminderung sozialer Ungleichheit erweist, als zutiefst unmodern angesehen. Die „moderne Sozialdemokrat{innen}“ machten sich diese Sichtweise unter dem Banner eines „Dritten Weges“, der auch als „modernes Regieren im 21. Jahrhundert“ propagiert wurde (Mahnkopf, 2000: 489) zu eigen und so kam es dazu, dass „die SPD sich von einer Partei der sozialen Gerechtigkeit zu einer Hartz IV- und Agenda 2010-Partei entwickelt{e}“ (<http://www.sueddeutsche.de/politik/lafontaine-rechnet-ab-diese-spd-ist-nur-noch-huelle-1.301146-3>).

Dieser Prozess hat – um meinem Titel zu folgen - eine Art „Zersetzung“ in der Partei eingeleitet, welche sich in der Transformation und der darauf gefolgten „Neu-Formierung“ der SPD zur „Marktsozialdemokratie“ (Nachtwey, 2009) fassen lassen kann. Es soll daher durch eine Policy-Feld-Analyse der Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD in ihrer Regierungszeit von 1998-2009 (mit besonderem Augenmerk auf die Rot-Grüne-Koalition) und 2013-2016 vorgenommen werden, da diese bis heute das Wesen der SPD bestimmt. Dabei wird sich der Analyse-Verlauf so gestalten, dass zu allererst der Aufstieg des Neoliberalismus besprochen wird. Dem folgend wird ein Überblick über die Situation der SPD in den 1990er Jahren und ein Rückblick auf die Regierungszeit Helmut Kohls. Danach wird die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Rot-Grünen Koalition besprochen werden. Die darauffolgende theoretische Analyse dieser Periode werde ich mit Hilfe der marxistischen Parteientheorie, dem Neo-Gramscianischen Ansatz und verschiedener Neoliberalismus-Analysen vornehmen. Nach diesem Block der theoretischen Diskussion werde ich anschließend herauszufinden versuchen, ob es in der SPD in dem von mir abgesteckten Analyse-Zeitraum je ein Aufflackern einer antikapitalistischen Tendenz zu verzeichnen gab und warum dieser zu keinem Zeitpunkt eine innerparteiliche Relevanz zuerkannt worden ist, obwohl es an ganz konkreten Vorschlägen und einschlägigen Publikationen, die in eine solche Richtung verwiesen, nicht

mangelte (siehe dazu etwa Zinn, 1997: 150-152). Die daraus resultierenden Ergebnisse werden danach in einem Zwischenfazit zusammengefasst. Im zweiten Teil meiner Arbeit möchte ich noch auf die aktuellen Entwicklungen der SPD eingehen und mich fragen, inwieweit diese programmatische Neu-Formierung ab Rot-Grün die SPD bis heute prägt, und weshalb sie nicht mehr fähig ist, ihr politisches Profil in einem Umfang zu wandeln, dass sie zu einer „Politik gegen die Märkte“ (Nachtwey, 2009: 277) drängt. An diesen Blo Frage Im Anschluss daran soll noch die aktuelle Finanzpolitik der SPD sowie ihre eigene Verfasstheit in den Jahren 2009-2016 besprochen werden. Abschließend werden meine Ergebnisse in einer finalen Zusammenfassung dargelegt und durch einen Ausblick ergänzt werden, der mögliche zukünftige Entwicklungstendenzen der deutschen Sozialdemokratie sowie der internationalen Linken auslotet und dazu die Überlegungen über die „solidarische Lebensweise“ heranzieht. Der Grund, weshalb die Theorien in dieser Arbeit so früh eingeführt, die dazu gehörige Analyse mit diesen aber erst später darauffolgt, ist, dass ich es für zielführender halte, diese Analyse erst an den thematisch dafür vorgesehenen Kapiteln einzusetzen. Dadurch soll ein möglichst präzises Gesamtbild aus historischer Aufarbeitung und theoretischer Interpretation entstehen.

1.1 Begriffs- und Theoriedefinitionen

Bevor ich nun mit meiner Analyse beginne, sollen die für diese Arbeit zentralsten Begriffe und ausgewählten Theorien einführend vorgestellt werden, um in späterer Folge eben jene für eine Diskussion des von mir gewählten Untersuchungsgegenstandes nutzbar zu machen.

Keynesianismus

Für das theoretische Verständnis und die reale Entwicklung des Kapitalismus seit den zwanziger Jahren des 20. JH hat der Keynesianismus in zweierlei Hinsicht – nämlich in theoretischer und praktischer – Bedeutung. Dabei kann der Keynesianismus als Oberbegriff für eine Vielzahl von Erklärungsansätzen, Programmen und Konzepten verstanden werden, welche sich dadurch auszeichnen, dass sie das Produktions- und Beschäftigungsniveau einer Gesellschaft theoretisch nicht vom Bestand realer Produktionsfaktoren, sondern von einer effektiven, monetären Nachfrage abhängig machen und die daher – zweitens – Wirtschaftspolitik als Nachfrage-, als Prozess- und

nicht ausschließlich als Ordnungspolitik begreifen. Die theoretische Bedeutung des Keynesianismus besteht in seinen plausiblen Erklärungen bestimmter historischer Erscheinungen: So etwa in jener der Weltwirtschaftskrise 1929, die darauffolgende staatliche Nachfragesteuerung und der damit verbundenen Abschwächung von konjunkturellen Schwankungen beispielsweise. Zudem hat der Keynesianismus als wirtschaftspolitisches Konzept praktische Bedeutung für die geschichtliche Entwicklung gewonnen, da er mit der Nachfragesteuerung wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten quantitativ wie qualitativ enorm erweiterte (Vgl. Pütz 1979 zitiert nach Schmidt, 1997: 54). Der Keynesianismus ist – kurz gefasst – gekennzeichnet durch eine makroökonomische Betrachtungsweise, die Ablehnung des Say'schen Gesetzes sowie des Prinzips der effektiven Nachfrage. Daher stellt sie ausschließlich auf die makroökonomischen Reproduktionszusammenhänge ab und lässt die mikroökonomische Entscheidungslogik außer Acht (Schmidt, 1997: 56).

Keynes selbst hat die Funktionsweise seiner Theorie folgendermaßen dargelegt: „It's not the ownership of the instruments of production which is important for the state to assume. If the state is able to determine the aggregate amount of resources devoted to augmenting the instruments and the basic reward to those who own them, it will have accomplished all that is necessary“ (Keynes 1964 zitiert nach Przeworski, 1993: 207).

Für die Sozialdemokratie war diese keynesianische Theorie, wie Adam Przeworski ausführt, „{...} not only a theory that justified socialist participation in government but, even more fortuitously from the social democratic point of view, it was a theory that suddenly granted a universalistic status for the interests of workers“ (Przeworski, 1993: 37). „Earlier, all demands for increased consumption were viewed as inimical to the national interest: higher wages meant lower profits and hence a reduced opportunity for investment and future development“ (Przeworski, 1993: 37). Der „Keynesian turn“, der „soon led social democrats to develop a full-fledged ideology of the „welfare state“ (Briggs, 1961 zitiert nach Przeworski, 1993: 37). „Social democrats defined their role as that modifying the play of market forces, in effect abandoning the of nationalization altogether“ (Przeworski, 1993: 37). Und weiter: „The successful application of Keynesian instruments was seen as the demonstration that nationalization - full of problems and uncertainties that it proved to be - was not only possible to achieve in a parliamentary way but was simply unnecessary (Przeworski, 1993: 38).

Abschließend kann demnach gesagt werden, dass „in sume, unable as minority governments to pursue the socialist program, in the mid-thirties, social democracy found a distinct economic policy which justified its governmental role, which specified a number of intermediate reforms that could be successively accomplished within the confines of capitalism, and which provided in several countries a successful electoral platform. Caught in the twenties in all-or-nothing positions, social democracy discovered a new path to reform by abandoning the project did involve a fundamental compromise with those who were still being denounced as exploiters, but it was economically workable, socially beneficial, and, perhaps most importantly, politically feasible under democratic conditions“ (Przeworski, 1993: 38).

Der Begriff Hegemonie – historisch und bei Antonio Gramsci

Der Begriff „Hegemonie“ hat im politischen Jargon die Bedeutung „Vorherrschaft (eines Staates), Vormachtstellung (die nicht rechtlich begründet zu sein braucht)“ (Duden, Großes Wörterbuch zitiert nach Barfuss/Jehle, 2014: 24). Wenn man nun die historische Dimension in diesen Definitionsversuch mit einbezieht, lässt sich darauf verweisen, dass bereits in der griechischen Antike militärische und politische Bündnisse, in denen „ein bestimmter Staat Macht und Führung über wechselseitig zustimmende Staaten ausübt“, damit bezeichnet wurden. Dieser Hegemoniebegriff war jedoch ein immanent normativer gewesen und wurde etwa von Aristoteles als „Führung unter Gleichen im Interesse Aller“ als ein Gegensatz zur Despotie dargestellt (Fontana 2006 zitiert nach Opratko, 2012: 26). Verfolgt man aber die Wandlung dieses Begriffes im historischen Verlauf weiter, so lässt sich zum Beispiel auf die Debatten der russischen Arbeiterbewegung vor der Oktoberrevolution verweisen: Dort war der Begriff einer der meistbenutzten und vertrautesten; er diente dazu, „die Rolle der Arbeiterklasse in einer bürgerlichen Revolution theoretisch zu untermauern“ (Anderson, 1979 zitiert nach Barfuss/Jehle, 2014: 24).

Gramsci wiederum gebrauchte den Begriff schon vor seiner Inhaftierung, etwa in seiner Rede vom Mai 1925 vor dem Zentralkomitee der KPI, der Kommunistischen Partei Italiens (Barfuss/Jehle, 2014: 24). Er fasst den Begriff weiter als Lenin, welcher ihn im Sinne der führenden Funktion innerhalb eines Klassenbündnisses verwendet, und stößt auf eine neue Grammatik gesellschaftlicher Analyse (Barfuss/Jehle, 2014: 29). Die Gramscianische Definition von Hegemonie ist für mich besonders wichtig, denn

sie beschreibt zunächst eine bestimmte Form der politischen Macht, die durch Konsens und Zustimmung und auf der Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert. Antonio Gramsci greift damit eine Überlegung des Croceanischen Idealismus auf und transformiert diese, indem er sie in die theoretische Problematik des Marxismus überführt und in Begriffen von „Basis“ und „Überbau“ bzw. „Strukturen“ sowie „Superstrukturen“ neu bestimmt, und zwar insofern, als dass er Hegemonie als einen Teil der Superstrukturen oder Überbauten begreift, und diese findet auf einer Ebene statt, welche er Zivilgesellschaft nennt und das „Ensemble der gemeinhin „privat“ genannten Organismen“ umfasst. Diese Zivilgesellschaft unterscheidet er dann von jener Ebene der direkten Herrschaft – geprägt durch Zwang und Gewalt –, die ebenfalls Teil der Superstrukturen ist, aber als eine „politische Gesellschaft“ den Staat im „engeren Sinn“ meint (Opratko, 2012: 37). Diese Überlegung erhält eine entscheidende Pointe, da Gramsci an anderer Stelle die Zivilgesellschaft als einen Teil des Staates selbst bestimmt und das in einer Formel verdichtete: „Staat= politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang (GH: 783 zitiert nach Opratko, 2012: 37). Der Staat erfährt also eine Erweiterung und damit eine grundlegende theoretische Neubestimmung – Gramscis Staatsbegriff ist kein nominalistischer, für ihn ist die Frage, ob eine Institution, ein Apparat oder ein gesellschaftlicher „Organismus“ offiziell als öffentlich beziehungsweise staatlich gilt, zweitrangig. Er untersucht den bürgerlichen Staat vielmehr entlang seiner Funktionen – als bestimmte Praxisformen, von denen systematisch bestimmte Effekte produziert werden. (Opratko, 2012: 37). „Staat“ bezeichnet für ihn schließlich nichts anderes als die besondere Form politischer Herrschaft, die sich die Bourgeoisie im modernen Kapitalismus verleiht. Wenn nun diese Herrschaft nicht nur in erster Linie über Zwang und Gewalt ausgeübt wird, sondern durch Führung und das Organisieren von Konsens – also Hegemonie –, dann sind die Institutionen, Apparate und gesellschaftlichen Organismen der Hegemonieproduktion in diesem Sinne selbst auch Teil des Staates (Opratko, 2012: 38). Dementsprechend „{muss} man unter Staat außer dem Regierungsapparat auch den „privaten“ Hegemonieapparat oder Zivilgesellschaft verstehen“ (GH: 816 zitiert nach Opratko, 2012: 38). Den Staat, der Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft umfasst, nennt Gramsci schließlich den „integralen Staat“ (GH: 824, vgl. 815f. zitiert nach Opratko, 2012: 38).

Finanzpolitik

Das Feld der Finanzpolitik wird in dieser Arbeit als zentrales Analysefeld benannt und soll deshalb in diesem Kapitel noch eine detaillierte Definition erhalten: Der Begriff Finanzpolitik umfasst im Allgemeinen die Gesamtheit polit.-administrativer Entscheidungsprozesse und Maßnahmen, die sich auf die Gestaltung der Staatsfinanzen beziehen. Bei der Analyse der Finanzpolitik wird unterschieden nach (a) Handlungs- bzw. Entscheidungsebenen: in Deutschland ist die starke Politikverflechtung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden charakteristisches Merkmal der Finanzpolitik, welche daher einen hohen Koordinationsbedarf birgt; (b) sachlichen Bereichen: Regelung des Finanzausgleichs, Gestaltung der Einnahmenstruktur (Steuer- und Kreditpolitik) und der Ausgabenstruktur (Verteilung nach Ausgabearten und Ausgabefeldern); (c) Zielen: Allokation der volkswirtschaftlichen Ressourcen i.S. einer möglichst effizienten Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Stabilisierung gesamtwirtschaftl. Parameter (Beschäftigungsstand, Wirtschaftswachstum, Inflation, Zahlungsbilanz), Verteilung bzw. Umverteilung zwischen Personen, gesellschaftlichen Gruppen und Regionen nach Maßgabe von Gerechtigkeiterwägungen (Distribution) (Thibaut, 2010: 263). Die Finanzpolitik steht aufgrund ihrer Dispositionsleistung über das neben Recht wichtigste Steuerungsmedium moderner Staatstätigkeit (Geld), das für praktisch alle anderen Politikfelder relevant ist, in besonderem Maß im Schnittpunkt vielfältiger Konflikte sowohl innerhalb der Regierung zwischen den Ressorts als auch zwischen den Parteien und zwischen gesellschaftlichen Interessensgruppen (Thibaut, 2010: 263).

Kapitalistische Globalisierung

Ein weiterer Begriff von zentraler Bedeutung ist jener der Globalisierung: Mit dem Begriff „Globalisierung“ wird gemeinhin ein ökonomischer Prozess der Weltmarktexpansion bezeichnet. Der Begriff bezieht sich insofern auf eine grundlegende und allgemeine Entwicklungstendenz kapitalistischer Akkumulation. Durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und deren Tendenz zu einer Ausbildung des Weltmarktes erhält „Globalisierung“ ihre eigentliche Formbestimmung (Röttger, 1997: 17).

Diese Grundstruktur ist in der Geschichte der Weltwirtschaft tief eingegraben: Schon früh bildete sich in der weltweiten Arbeitsteilung ein „immer dichter werdendes Netzwerk aus Güterströmen und Tauschbeziehungen, das jeden einzelnen Bereich der Weltwirtschaft zu einem globalen System verband“, heraus (Hoboshwam, 1995 zitiert

nach Röttger, 1997: 17). Kapitalistische Globalisierung bezeichnet auf dieser Grundlage eine spezifische Form der „Extensivierung des Weltmarkts“ (Narr, 1993 zitiert nach Röttger, 1997: 17), in der sogenannte „weiße Flecken“ in der weltweiten ökonomischen Geographie der Verallgemeinerung von politischen Handlungsrationitäten und gesellschaftlichen Entwicklungsoptionen weichen, welche durch die kapitalistische Ökonomie selbst definiert werden (Röttger, 1997: 17).

Bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde daher von Bernd Röttger wahrheitsgemäß festgehalten, dass tatsächlich kaum noch ein Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik besteht, der nicht in den umfassenden Prozess einer kapitalistischen Globalisierung eingebunden und inhaltlich konstruiert ist. Politische Kontroversen herrschen allenfalls noch um die Frage – die in dieser Arbeit natürlich auch einen prominenten Platz erhält – der Formen, unter denen diese Art der „Inwertsetzung“ der Gesellschaftsformationen organisiert wird (Esser 1993 zitiert nach Röttger, 1997: 18). Auch für die deutsche Sozialdemokratie kann festgehalten werden, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit zum zentralen Paradigma der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik avancierte. Die Strukturen der Weltökonomie verharren außerhalb des politischen Gestaltungsraumes, und indem staatlich-politische Strategien selbst der kapitalistischen Weltökonomie jene strukturelle Macht verleihen, die sie unterjocht, wird ein Reproduktionskreislauf geschlossen, da sich ein kapitalistischer Vergesellschaftungszusammenhang ausbildet. Die kapitalistische Globalisierung bezeichnet so den – auch für die von mir zu untersuchende SPD – essenziellen Zusammenhang von Ökonomie und Politik (Röttger, 1997: 18).

Dabei stellt besonders für die Strategie sozialdemokratischer Parteien in der Fiskalpolitik die Zunahme grenzüberschreitender Ströme von Waren, Dienstleistungen und Kapital (Bernauer 2000 zitiert nach Merkel, 2006: 37) eine zentrale Veränderung dar. Drei Entwicklungen, welche sich gegenseitig bedingen und verstärken, sind für die Wirtschaftspolitik nationaler Regierungen besonders relevant: erstens die Zunahme des internationalen Güterhandels, zweitens die Verflechtung der Produktionsstandorte und der Direktinvestitionen sowie drittens die Entstehung eines internationalen Finanzmarktes sowie neuer Finanzinstrumente. Die dadurch zu Tage geförderte Internationalisierung der Märkte schränkt die Optionen erheblich ein, die (sozialdemokratischen) Parteien zur Erreichung ihrer Ziele zur Verfügung stehen (Merkel, 2006: 37), was bedeutet, dass die fortschreitende Globalisierung der Märkte eine entscheidende

Restriktion der Autonomie staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik führt, die zu entscheidenden Veränderungen im Bereich der Wohlfahrtsstaatlichkeit zwingt. Somit kommen dem Staat jene Instrumente abhanden, die es ihm ermöglichen, eine den Marktkräften entgegenstehende Politik zu verfolgen (Strange 1995 zitiert nach Merkel, 2006: 37).

Neo-Gramscianische Perspektive

Die maßgeblich von Robert Cox Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre geprägte Neo-Gramscianische Perspektive (Opratko, 2010: 62) geht davon aus, dass sich Hegemonie innerhalb einer ganz konkreten „historischen Struktur“ auf drei Handlungsebenen herausbildet: 1.) auf der Ebene der sozialen Beziehungen, die materielle, institutionelle und diskursiven Formen umfassen und die die sozialen Kräfte als Hauptakteure hervorbringen; 2.) auf der Ebene des Staates bzw. der Staatsformen, die auf jeweils historisch bedingten miteinander verwobenen Komplexen von Staat und Gesellschaft beruhen und 3.) auf der Ebene der jeweiligen Weltordnungen entstehen können. (Cox 1981 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 341 f.). Das Ziel der neo-gramscianischen Forschungsperspektive ist eine Rekonstruktion hegemonialer historischer Strukturen durch das Offenlegen der gesellschaftlichen und internationalen Zusammenhänge von Produktion, Macht und Herrschaft. Eine historische Struktur besteht dabei aus einer jeweils unterschiedlichen Konstellation zwischen sozialen Produktionsbeziehungen, der Staatsform und jener der Weltordnung (Cox 1987 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 343). Im Gegensatz zu den etablierten Ansätzen wie Neorealismus und Regimetheorie, welche den Staat als einheitlichen und einzig wichtigen Akteur begreifen, identifizieren neo-gramscianische Ansätze soziale Klassen als wichtigste Akteure. Hegemonie wird dabei als eine Form von Klassenherrschaft begriffen (Bieler/Morton, 2003: 344).

Die marxistische Parteientheorie

Um den Hauptakteur werde ich auf die marxistische Parteientheorie zurückgreifen, die Anne Steckner in einem Beitrag aus 2013 so treffend beschrieben hat. Dieser Ansatz hebt sich nämlich gegenüber einer vorwiegend herrschaftsaffirmativen Parteienliteratur im Rahmen von Gouvernance-Ansätzen, modernisierungstheoretischen Paradigmen oder einer institutionen-zentrierten Regierungslehre insofern ab, als dass die

marxistische Gesellschaftstheorie mit dem Anspruch antritt, Parteien herrschaftssensibel zu untersuchen. Die Autorin bezieht sich hierbei auf Antonio Gramsci, dem das Gespür für die Bedeutung von konsensualen Elementen in der Ausübung von Herrschaft als Hegemonie zuerkannt wird - und so wird die Frage nach der Rolle von Parteien als politische Akteure in all den Bereichen der Gesellschaft aufgeworfen, in denen um Zustimmung gerungen wird (Steckner, 2003: 218). Die Hegemonietheorie im Sinne Gramscis will die Stabilitätsreserven von Herrschaft erkunden und dabei mögliche Widersprüche und Risse im Machtgefüge ausmachen, um die Potenziale einer grundlegenden Transformation der bestehenden Verhältnisse zur perspektivischen Überwindung von Herrschaft auszuloten. Eine materialistisch fundierte, hegemonietheoretisch erweiterte Konzeption von Partei unterscheidet nun zwei Dimensionen, die in Gramscis Denken oft miteinander verwoben sind, jedoch von Steckner getrennt angesehen werden: Zum Einen die politisch-strategische Frage des Aufbaues einer sozialistischen Hegemonie und die Rolle der herrschaftskritischen, antagonistischen Partei in diesem Prozess; zum Zweiten die analytische Frage nach der Stabilisierung von Herrschaft durch die Sicherung von Gefolgschaft, also der Blick auf die organisatorisch-konsensuale Bedeutung von Parteien in der Ausübung einer bürgerlichen Hegemonie (Steckner, 2013: 218). Nach dieser rahmenden Einleitung möchte ich gerne auf den Kern der Gestalt einer marxistischen Parteientheorie zu sprechen kommen. Da Parteien als Knotenpunkt der Interessensartikulation im Staat fungieren, können sie entscheidenden Einfluss darauf nehmen, was als Konflikt in die politische Arena hineingelassen wird, das bedeutet: was überhaupt als politisch gilt und der Austragung für wert befunden wird. Parteien setzen somit die Entscheidungsagenda, wobei natürlich auch außerparlamentarische Kräfte, zivilgesellschaftliche Interessensgruppen und nicht-staatliche Organisationen ihre Konfliktfähigkeit versuchen unter Beweis zu stellen, um ihren Interessen Gehör zu verschaffen und die Bearbeitung des betreffenden Konflikts zu erzwingen (Steckner, 2013: 223).

Das Parteiensystem wird nicht nur als anerkannter Modus für eine regulative Bewältigung von gesellschaftlichen Konflikten konzeptualisiert, mehr noch: Es ist zugleich ein „Mittel der Durchstaatlichung der Gesellschaft“ (Häusler/Hirsch, 1987 zitiert nach Steckner, 223), insofern es also „die gesellschaftlichen Interessen nach der Logik des Staates“ (Häusler/Hirsch, 1987 zitiert nach Steckner, 2013: 223) ordnet und das Politische herrschaftlich formiert. Eine weitere Funktion besteht überdies darin, ihr gesell-

schaftliches Vorfeld nach einer Logik der staatlichen Politikformulierungs- und Entscheidungsprozesse sowohl zu polarisieren als auch zusammenzufügen (Häusler/Hirsch, 1987 zitiert nach Steckner, 223). Entscheidend ist nun zu sehen, dass, wie Steckner feststellt, dieser Zustand nicht nur Parteien betrifft, derer sich die Bourgeoisie bedient, sondern ebenso Parteien, die mit dem Anspruch antreten, im vermachten Terrain des Staates für die Interessen der Beherrschten Politik zu machen. Dabei kann aber nicht außerhalb der strukturellen Logiken staatlicher Institutionen agiert werden, wenngleich sie bspw. eine sozialistische Programmatik verfolgen (Steckner, 2013: 223).

Mit Gramsci lässt sich das Verständnis von Partei nun dahingehend erweitern, dass diese als gesellschaftliche Kraft eine spezifische Form der Kämpfe um eine kulturelle Hegemonie sind. Eine politische Partei ist nach Gramsci „nicht nur der ganze aktive gesellschaftliche Block [...], dessen Führerin die Partei ist, weil sein notwendiger Ausdruck [...]“ (H15, S 55: 1774). Es geht um die umkämpften Prozesse der Parteienbildung im weiten Sinne, d.h. darum, wie sich dieser so genannte „Block“ als historisch konkrete Formation unterschiedlicher Kräfte in der Gesellschaft herausbildet, welche sich nicht einfach weltanschaulich nahestehen oder ähnliche Vorstellungen über die gesellschaftlichen Entwicklungsrichtungen haben, sondern auch so etwas wie eine lebensweltliche Praxis teilen (Steckner, 2013: 228). Des Weiteren ist ihr Alltagsverständnis von gemeinsamen Erfahrungen und tradierten Narrativen geprägt, ihre Interessen und ihr Selbstverständnis setzen sich aus bestimmten sozialisatorischen Prägungen und kollektiven Identitäten zusammen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass geteilte Lebensweisen und Weltauffassung bei allen tatsächlichen Gemeinsamkeiten zugleich eine von oben organisierte Ideologie darstellen, denn die konkreten Lebensverhältnisse gestalten sich oft viel mannigfaltiger und widersprüchlicher als die angestrebte Vereinheitlichung zu einem Gesellschaftsprojekt. (Steckner, 2013: 228). So bildet eine Partei im weiten Sinne Gramscis Praktiken und Diskurse aus, die übergreifende Gemeinsamkeiten des Blocks dort herstellen, wo seine ideologische Einheit durch Antagonismen entlang von Klasse, Geschlecht, Ethnie oder Religion droht infrage gestellt zu werden. Antonio Gramsci arbeitete hier mit der Metapher des „Zements“, dank dessen Bindekraft ein Block zusammengehalten wird (H11, §12: 1380 zitiert nach Steckner, 2013: 229.).

Es geht hier um die umkämpften Prozesse der Parteibildung im weiten Sinne, d.h.

darum, wie sich ein so genannter „Block“ als historisch konkrete Formation unterschiedliche Kräfte in der Gesellschaft herausgebildet, welche sich nicht einfach weltanschaulich nahestehen oder ähnliche Vorstellungen über die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung haben, sondern auch eine lebensweltliche Praxis teilen (Steckner, 2013: 228).

Im Falle einer genauen Betrachtung der SPD halte ich es für notwendig, als erstes der Darstellung Steckners zu folgen, wenn sie Parteien als Knotenpunkt der Interessensartikulation, die im Staat fungiert und entscheidenden Einfluss darauf nehmen kann, was als Konflikt in die politische Arena hineingelassen wird, also: was überhaupt als politisch gilt und der Austragung für wert befunden wird. Das, so finde ich, zentrale Zitat, dass „Die Parteiform impliziert ein (relatives) Monopol auf den Zugang zu staatlichen Ämtern und für die Bestimmung staatlich-politischer Entscheidungsprozesse. Jede gesellschaftliche Interessensartikulation muss sich daher grundsätzlich auf sie beziehen – und sei es [sic!] negativ“ (Häusler/Hirsch 1987 zitiert nach Steckner, 2013: 223). Und weiter: Keine organisierte gesellschaftliche Kraft kommt umhin, ihre Interessen auch über die Form Partei in das umkämpfte Terrain des Staates einzuschreiben, freilich auf der Grundlage von asymmetrischen, d.h. selektiven Zugangsmöglichkeiten (Steckner, 2013: 223).

Die marxistische Parteientheorie im Vergleich mit Robert Michels Parteientheorie über „Oligarchien und Eliten“

Ich möchte nach dieser Einführung in die marxistischen Parteientheorie diese noch einem Vergleich mit der berühmten Soziologie des Parteienwesens von Robert Michels unterziehen. Der dazu von mir verwendete von Friedbert W. Rüb 2012 verfasste Artikel über „Michels und die neuere Parteientheorie - die politischen Parteien und die Krise der Demokratie“ erscheint mir dafür besonders geeignet, da er sich bemüht, neuere Parteientheorien mit Michels' klassischer Arbeit über „Oligarchien und Eliten“ für eine aktuelle Analyse von Parteien fruchtbar zu machen. Er ermöglicht es mir überdies offenzulegen, weshalb ich es präferiere, die marxistische Parteientheorie zu verwenden.

Friedbert W. Rüb kommt bereits am Anfang seines Artikels zu der Erkenntnis, dass Robert Michels Parteientheorie und neuere Parteientheorien einige Gemeinsamkeiten aufweisen:

Bei Michels lassen sich drei Problemkomplexe identifizieren: a. der Gesichtspunkt, dass politische Parteien nicht durch substantielle Programme oder Zugehörigkeit bzw. Identitäten in Bezug auf soziale Gruppen definiert werden können, sondern durch die Art ihrer Organisation. Politische Parteien, so der Autor, sind durch eine spezifische organisatorische Anatomie ausgezeichnet und Parteientheorie sei deshalb unvermeidlich eine Organisationsanalyse und die neuere Parteientheorie ist ihm hierin sogar gefolgt (Friedbert, 2012: 241).

Damit verbunden denken Michels und die neueren Entwürfe der Parteientheorie das Organisationsproblem als Resultat eines nicht auflösbaren Paradoxon der Delegation, das heute in der (Institutionen-) Ökonomie und in der Politikwissenschaft als so genannte „Principal-Agent-Theorie“ Eingang gefunden hat: Das von beiden formulierte fundamentale Grundproblem der Demokratie besteht nun darin, dass die systematische und unvermeidliche Entfernung zwischen den Massen bzw. den Bürgern und ihren politischen Repräsentanten. Michels formuliert hierbei das Problem als eines der Entfremdung der Führung der Massenparteien von den in ihnen organisierten Mitgliedern, die neuere Parteientheorie als einen systematischen (Ab-) Bruch zwischen den im Staat organisierten Parteien und den sozialen und politischen Gruppierungen der Gesellschaft (Friedbert, 2012: 241).

Außerdem führt die organisationssoziologische Analyse des Phänomens der politischen Parteien sowohl bei Michels als auch in der neueren Parteientheorie ohne Umwege zu einer Krisentheorie der Demokratie: Diese besagt, dass die durch die Entstehung und den Strukturwandel der Parteien unvermeidlich in eine fundamentale Krise gestürzt wird. (Friedbert, 2012: 241f.).

Die aktuelleren Bearbeitungen dieser Parteientheorie – wie etwa das Modell der „catch-all-Partei“ von Kirchmeier oder auch die „Kartellparteienthese“ – erweitern das Erklärungsschema Michels um Aspekte wie der drastischen Reduktion des ideologischen Gepäcks der Parteien, was ihre Anpassung an situative Gegebenheiten erleichtert und den Vorrang kurzfristiger, taktischer Überlegungen gegenüber dauerhafter ideologischer Standfestigkeit erleichtert. Oder aber auch die Abkehr von der Orientierung auf Klassen oder Konfessionen und anstatt dessen Wahlpropaganda für den gesamten, so der Ausdruck, Wählermarkt. Es wird sogar ausgeführt, dass dadurch „endlich“ ein Streben verfolgt würde, welches danach trachtet, sich einen Zugang zu allen Interessensgruppen zu verschaffen. Die damit verbundene Abkehr von der Vertretung

privilegierter und damit selektiver Interessen, wobei der Hauptgrund hierfür in der Gewinnung von Wählerstimmen liegt und die Interessensgruppe als Vermittler dienen (Friedbert, 2012: 247f.). Die These der Kartellisierung wiederum fokussiert das Operieren ohne robuste Mitgliederbasis und nur noch minimaler gesellschaftlicher Verankerung aus dem Staat heraus, diese sind professionelle Organisationen geworden und die Parteilite vertritt nicht mehr die Interessen von Delegierenden, sondern agiert abgekoppelt von ihnen“ (Friedbert, 2012: 254).

„Nicht mehr die Parteimitglieder (und Wähler{innen}) kontrollieren die Herrschenden, sondern umgekehrt: die herrschenden Parteiliten kontrollieren die Parteimitglieder und die Wähler{innen}“ (vgl. Katz/Mair, 1995 zitiert nach Friedbert, 2012: 254).

Diese von mir vorgeführten Punkte sollen nun abschließend dazu dienen, die Differenzen zu der von mir präferierten marxistischen Parteientheorie herauszuarbeiten:

Im Gegensatz zur marxistischen Parteientheorie stellt der hier weiter entwickelte Ansatz von Michels' Parteientheorie zwar „die herrschenden Parteiliten“ (vgl. Katz/Mair, 1995 zitiert nach Friedbert, 2012: 254) und deren Kontrollkräfte gegenüber den Wähler_Innen in den Mittelpunkt, ist dabei aber vorwiegend eine auf Institutionen zentrierte Regierungslehre und vergisst hierbei darauf, eine herrschaftssensible Untersuchung von Parteien durchzuführen (Steckner, 2013: 218).

Die Verwendung der marxistischen Parteientheorie ist für mich auch deshalb unabdingbar, weil eher funktionalistisch argumentierende Ansätze nicht erklären können, weshalb die vermeintlich betrogenen Massen eine Partei wählen, die auf den ersten Blick Politik gegen ihre (oft als gegeben dargestellten) Interessen machen (Steckner, 2013: 237). Denn auch die von Robert Michels angestellte Parteientheorie über „Oligarchien und Eliten“ hat - auch wenn ein gewisser kritischer Impetus darin liegen mag (siehe vgl. Katz/Mair, 1995 zitiert nach Friedbert, 2012: 254) - es für sich nicht als Aufgabe erkannt, das bürgerliche Parteiensystem und die mit diesem verbundene Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaft (Steckner, 2013: 237) in den Mittelpunkt ihrer Analyse zu stellen. Dies lässt sich vor allem daran erkennen, dass es bei der marxistischen Parteientheorie nicht nur um die strukturelle Bedeutung von Parteien für die Stabilität des parlamentarischen Systems, und schon gar nicht um eine Thematisierung des für Michels so fundamentale Grundproblems der Demokratie geht: nämlich der systematischen und unvermeidlichen Entfernung zwischen den Massen bzw. den

Bürger_innen und ihren politischen Repräsentant_innen aufgrund der Entfremdung der Führung der Massenparteien von den in ihnen organisierten Mitgliedern (Friedbert, 2012: 241). Es geht im besonderen Maße um die Rolle der Parteien für die ideologische Integrationskraft und Plausibilität bürgerlicher Herrschaft (Steckner, 2013: 227).

1.2 Der facettenreiche Neoliberalismus

Um eine erste Annäherung an den Begriff Neoliberalismus zu ermöglichen, halte ich es für sinnvoll, dieses Unterkapitel für eine umfassende Darstellung der Facetten des Neoliberalismus heranzuziehen. Zu allererst soll aufgezeigt werden, wie diese so omnipräsente ideologische Konzeption es schaffte, eine hegemoniale Stellung innerhalb der westeuropäischen Gesellschaften erhalten zu können.

Die historischen „Eckdaten“ der neoliberalen Theorie lassen darauf schließen, dass diese nicht erst in den 1970er Jahren entstand, sondern ihre Ursprünge bereits bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückreichen: Ihre beiden wichtigsten Vertreter, Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, hatten schon Jahrzehnte vorher Lehrstühle inne, waren jedoch in ihren Anschauungen die meiste Zeit deutlich isoliert gewesen. Dies bezeugt auch der Umstand, dass der damalige republikanische amerikanische Präsident 1971 Richard Nixon noch beteuerte: „We are all Keynesians now“. Die Nachkriegsperiode wäre ohne einen Konsens, dass die Wirtschaft vor sich selbst gerettet werden muss, nicht möglich gewesen (Hobsbawm 1995b zitiert nach Nachtwey, 2009: 175). Dieser Konsens begann 1973 (Nachtwey, 2009: 173) – auf das in einem späteren Teil dieser Arbeit noch ausführlich thematisiert werden wird - zu kippen:

„The neo-liberal idea that markets should be liberalized as much as possible, because they were the most efficient allocator of prices – including the price of Labour – became the dominant ideology, accepted in one form or another, in most of the world by virtually the entire spectrum of political opinion, including many of the Left. The idea that institutional problems were an obstacle to the downward property of high wages at a time of high unemployment was not the property of right-wing economists“. (Sassoon, 1996: 457).

Die neoliberale Wirtschaftstheorie, darin sind sich ihre Kritiker einig, hat die Interessen

der Kapitaleigentümer und eine spezielle ideologische Bindung rationalisiert (Hobsbawm 1995b zitiert nach Nachtwey, 2009: 175).

In seinem aufschlussreichen Aufsatz „Neoliberalismus und Hegemonie“ führt Alex Demirovic - nach einer einleitenden Erläuterung des Begriffes „Hegemonie“ - aus, dass ein Neoliberalismus, der hegemonial ist, eben keine neuen Muster des Zugeständnisses und der Verallgemeinerung schafft, sondern eher einen Prozess der Neukonstitution der bürgerlichen Klasse organisiert, die sich aus dem bisherigen Kompromiss herauslöst, indem diese unter sich revolutionierenden kapitalistischen Verhältnisse erneut eine ökonomisch-korporative Phase durchläuft, ihre unmittelbaren Gewinninteressen verfolgt und die für sie günstige Lebensweise ohne oder mit denkbar geringen Zugeständnissen verfolgen will. (Demirovic, 2008: 18) Dass der Neoliberalismus nicht hegemonial ist, bedeutet nämlich keineswegs, von einem „moderateren“ Kapitalismus auszugehen; es wird nur auf andere Weise, ja vielleicht in viel stärkerem Maße geherrscht, d.h. mit weniger Konzessionen, eher mit ökonomischen Sachzwängen, also dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, mit der Kontingenz und den Ängsten vieler Menschen (vgl. Demirovic 2001 zitiert nach Demirovic, 2008: 18). Dies wird, so seine Argumentationslinie, ergänzt durch starke Rückgriffe auf private und öffentliche Sicherheitsdispositive und zeitlich, räumlich und sozial flexibel gehandhabte Ausnahmezustände (Demirovic, 2008: 18). Der Neoliberalismus ist demnach als eine praktische Ideologie der Akteure des Kapitals zu begreifen - dieser ist vor allem gegenrevolutionär und zerstörerisch geprägt; er organisiert die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse und kapitalistischen Bedingungen (Demirovic, 2008: 19). Der Neoliberalismus ist daher der Versuch, den Kapitalismus, den Markt, den Wettbewerb und das Leistungsprinzip als Lösung der Gerechtigkeitslücken auszuweisen, welche - aus seiner Sicht - von einer Politik der sozialen Gerechtigkeit erzeugt wurden. Diese Umstellung von sozialer Gerechtigkeit, so Demirovic, auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit begünstigt eine besitzindividualistische Orientierung, und diese zerstört die Allgemeinheit der Überbauten. Soweit diese nach Prüfungsprozessen (Controlling, Evaluation und Ranking) erhalten bleiben, stärken sie aufgrund von Umstrukturierungen auch ihrerseits die soziale Selektion. Dies bedeutet demnach, dass der Neoliberalismus eine Herrschaftsstrategie ist, die versucht, so weit wie möglich ohne Konzession zu herrschen (Demirovic, 2008: 20). Wohl gerade aus diesem Grunde hat der Neoliberalismus es in der Praxis stets verstanden, sich mit

anderen ideologischen Komponenten verknüpft: Entsprechend konnte der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft erfahren werden, aber auch in Verbindung mit dem Neokonservatismus nach Art von Ronald Reagan und einem starken, warfare-orientierten Staatsinterventionismus, mit einem christlichen Fundamentalismus nach Art von George W. Bush und einer Kaperung des Staatsapparates durch wenige Unternehmen wie etwa Halliburton in Verbindung mit einem autoritären Populismus nach Art einer Margarete Thatcher oder Silvio Berlusconi und dessen Strategie, sich den Staat für seinen privaten Zweck als Unternehmer anzueignen, oder eben schließlich mit der Sozialdemokratie Tony Blairs und Gerhard Schröders sowie den Bündnisgrünen (Demirovic, 2008: 21). Von eben jenen Protagonisten des „Dritten Weges“ wird denn auch die tatsächliche Wandlungsfähigkeit - wie dies auch Joachim Bischoff bejaht - einer durch den neoliberalen Gesellschaftsumbau in Richtung eines entfesselten Kapitalismus bewirkten Zuspitzung der sozialen Konflikte befördert. Bischoff schlägt wohl gerade deshalb einen kämpferischen Ton an, wenn er schreibt, dass Die Zielvorstellung, einer Gesellschaft der Eigentümer ohne solidarische Sicherungssysteme zu etablieren, illusionär bleiben wird. (Bischoff, 2005a: 7). Der Neoliberalismus ist somit in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zur herrschenden Ideologie geworden. Neoliberale Politik zielt auf eine politisch gewollte Veränderung der Einkommensverteilung; mit jedem Schritt in diese Richtung verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb der Kapitale, der Versuch einer Behauptung und Erweiterung ihrer individuellen Raumanteile; durch die einsetzende Abwärtsspirale wiederum radikalieren sich die Vertreter einer neoliberalen Politik, was zum Einen für die Parteien des bürgerlichen Lagers zutrifft, zum anderen ist unübersehbar, dass die Mitte-Links-Parteien – wie in dem von mir behandelten Fall von SPD und Grünen – zu den entscheidenden Akteuren einer Transformation des „Rheinischen Kapitalismus“ gehören, denn die SPD erweist sich als politische Förderin des Finanzmarktkapitalismus, obwohl sie mit den Grünen gemeinsam – wie ich auch später noch ausführen werde – eigentlich damit angetreten wäre, den Entfesselungsprozess des Kapitals zu stoppen, doch leider war das genaue Gegenteil der Fall (Bischoff, 2005b: 15).

Der Neoliberalismus und das Soziale bei Jörg Reitzig

Der Beitrag von Jörg Reizing aus dem Jahr 2008 wirft meiner Ansicht nach einen Blick

auf zentrale ideologische Leitlinien eines Neoliberalismus, der sich im Sozialen festsetzt. Die entscheidende Frage hierbei ist, wie eine „Politik der Marktentfesselung“ im Rahmen des bestehenden Wohlfahrts- bzw. Sozialstaates praktisch ins Werk gesetzt werden kann (Reitzig, 2008: 140) und ist daher auch für diese Arbeit von Bedeutung. Zum argumentativen Standard neoliberaler Theorie gehört auch der Hinweis auf den evolutionistischen Charakter der Entwicklung sozialer Verhältnisse. So wehrte Hayek stets die Kritik an der Ungerechtigkeit von Marktresultaten ab, indem er darauf verwies, dass niemand sie geplant habe. In diesem Zusammenhang scheint es allerdings äußerst fraglich, ob die Bedeutung, welche neoliberale Theorien dem Umstand, dass nicht alle sozialen Verhältnisse das Ergebnis zielgerichteter Handlungen sind, wirklich angemessen sind (Reitzig, 2008: 142f.). Beispielsweise ist für Rawls die Tatsache, dass marktmäßige Handlungen in ihrer Summe Ergebnisse in der Verteilung knapper Güter hervorbringen, welche von niemandem geplant wurden, offensichtlich kein hinreichender Grund, diese nicht unter Gerechtigkeitsaspekten in Frage zu stellen (Reitzig, 2008: 143). Die neoliberalen Ansätze erscheinen im schlechtesten Sinne reduktionistisch: Denn reale Komplexität und die Pluralität menschlicher Handlungsmotive verkümmern zu einer unterkomplexen Simplizität und motivationalen Eindimensionalität. Ohne es so zu nennen, unterstellt ein Neoliberalismus, dass das unmittelbare Verhältnis zwischen den Menschen zueinander gar nicht thematisiert werden soll (Reitzig, 2008: 144).

Ich finde es nun besonders wichtig, zu sehen, dass auf der Ebene der politischen Legitimation von Herrschaft diese Diskurse aber eine Art Liturgie befördert haben, bei der statt der vernunftgeleiteten und mit den Mitteln demokratischer Politik betriebenen Ausschöpfung des produktiven Potenzials zur Mehrung des kollektiven Wohlstandes die weitgehende „Befreiung“ des Kapitals von staatlicher und demokratischer Einflussnahme zur leitenden Prämisse geworden ist. Eine Zunahme der sozialen Ungleichheit erscheint hier als eine Vorbedingung einer Besserstellung der am wenigsten Begünstigten (Reitzig, 2008: 144). Des Weiteren wird durch die Umdeutung der Frage einer gerechten Verteilung zur Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen zudem das Problem wachsender sozialer Polarisierung biologisiert und der Umstand verschleiert, „dass sich die soziale Ungleichheit seit geraumer Zeit innerhalb jeder Generation verschärft und die zentrale Trennlinie nicht zwischen Alt und Jung, sondern immer noch, ja mehr denn je zwischen Arm und Reich verläuft“ (Butterwegge 2008 zitiert nach Reitzig, 2008: 144f.).

Neoliberalismus und die Finanzpolitik: „The possibility of a great transformation“

Da das von mir zur Analyse ausgewählte Policy-Feld die Finanz- und Wirtschaftspolitik sein wird, möchte ich außerdem noch auf „Den Neoliberalismus und die Finanzpolitik“ bei Elmar Altvater hinweisen. Dieser schreibt einleitend in die Thematik der „Neoiberalen Transformationen des real existierenden globalen Kapitalismus“, dass die „Revolution“ der sozialen, ökonomischen und politischen Systeme im Verlauf der 1970er erst die „Konterrevolution“, von der Milton Friedman sprach, möglich machte (Altvater, 2008: 53). In den Kategorien von Antonio Gramsci gesprochen, handelt es sich dabei um eben die von ihm so prominent eingeführte, „passive Revolution“, eine Anpassung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse des zeitgenössischen Kapitalismus an die neuen Herausforderungen, in deren Verlauf die Herrschaft eines globalen Kapitals über die subalternen Klassen durch Wandel gestärkt worden ist (Röttger, 1997 zitiert nach Altvater, 2008: 54).

Zu den wichtigsten Aspekten der historischen Transformation in den 1970er Jahren gehörten demnach (Altvater, 2008: 54):

Das Ende des Bretton Woods Systems der festen Wechselkurse im März 1973, denn dadurch wurde die Bildung der Wechselkurse den Kräften der mehr und mehr liberalisierten und globalisierten Finanzmärkte überlassen. Unter Margarete Thatcher wurde schließlich dann die nach dem Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse Liberalisierung der Kapitalmärkte durchgeführt, welche den privaten Akteuren alle Pforten für ihre Geschäfte öffnete. Die Bildung von entscheidenden Preisen für die Entwicklung der Weltwirtschaft wie Wechselkursen und Zinssätzen war nicht mehr Sache offizieller oder staatlicher Stellen. Diese wurden nun von privaten Akteuren, d.h. etwa multinationalen Banken, spekulativen Investment und anderen Fonds sowie transnationalen Unternehmen überlassen. Die neuen privaten Akteure nutzten die ihnen gewährte Freiheit sogleich, um neue Finanzprodukte zu kreieren, d.h. neue Instrumente zur Steigerung ihrer Gewinne und zur Öffnung von regulierten Märkten, um ihre Geschäftsfelder dadurch erweitern zu können. Eine Regulation (durch Devisenkontrollen, von der Zentralbank festgelegte Zinssätze, Kreditkontrollen usw.) gilt den Finanzmarktakteuren als „Repression“ der Finanzsysteme, welche unbedingt aufzugeben war. Seit diesem Zeitpunkt haben Finanzmärkte ihre eigenen Methoden der finanziellen Unterdrückung ausgeübt: nämlich – und das scheint mir eine ganz zent-

rale Maßnahme dieser Transformation zu sein – gegen die reale Wirtschaft zum Zwecke eines Transfers von Einkommen zu den Finanzakteuren (Altvater, 2008: 54). Somit kehrt die finanzielle Unterdrückung („oppressive powers of capitalists“) wieder und wird zu einem Hauptkennzeichen moderner neoliberaler Politik in einem globalen Raum. Dieser Zustand ist als eine „accumulation by dispossession“ (Harvey, 2003 zitiert nach Altvater, 2008: 54). bezeichnet worden (Altvater, 2008: 54).

Die Gewerkschaften, als die Repräsentanten des am wenigsten mobilen „Produktionsfaktors“, wurden hingegen geschwächt. Die mobilsten „Produktionsfaktoren“, unter welchen sich etwa Investitions-, Hedge-, Pensions- bzw. Private-Equity-Fonds finden, besitzen eine ungeheure monetäre, ökonomische und in der Folge auch politische Macht, mit welcher sie in der Lage sind, Regierungen - wie dies nach wie vor der Fall ist - unter Druck zu setzen. (Altvater, 2008: 57). Die Nationalstaaten werden nur mehr zu „Hütern des Standortes“ als zu „Hütern der Verträge“ gemacht – ihre Aufgabe ist es, für die Wettbewerbsfähigkeit des jeweils „eigenen“ Wirtschaftsstandorts im globalen Wettbewerb zu sorgen und diesem Ziel alle anderen Politikoptionen unterzuordnen (Altvater, 2008: 57). Dies geschieht deshalb, weil sich innerhalb der Staatsapparate die veränderten ökonomischen, mithin auch sozialen und politischen Kräfteverhältnisse artikulieren, sowohl in den repressiven wie den ideologischen Staatsapparaten. Diese Transformationen stellten schließlich den Hintergrund der neoliberalen Konterrevolution gegen den Keynesianismus dar (Altvater, 2008: 57).

Altvater beschreibt den nun für meine spezielle Analyse einer finanzmarktdominierten Kapitalakkumulation bedeutenden Abschnitt, in dem die letzten Hindernisse eines vollen Sieges des Neoliberalismus in der Welt mit dem Zerfall der Sowjetunion in eine Reihe von Staaten zerfiel. So hatten die Hasardeure des Neoliberalismus triumphiert: Allen voran hat Ronald Reagan mit seiner Politik, „die Sowjetunion totzurüsten“ gewonnen (Altvater, 2008: 58).

Es kann demnach festgehalten werden, dass das politische Rezept des Neoliberalismus ein ziemlich einfaches ist: Gesteigerte Standortkonkurrenz führt zur Entdeckung der wettbewerbsfähigsten (oder mithin besten) Orte, Produkte und Verfahren. Politische Deregulierung, ökonomische Liberalisierung und die möglichst weitgehende Privatisierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sind ein positiver Beitrag zu einer ökonomischen - und wegen einer Interdependenz der Ordnungen auch gesellschaftlicher wie politischer - Stabilität (Altvater, 2008: 61).

Post-Neoliberalismus

Mit dem Begriff „Post Neoliberalismus“ ist keine neue Phase der kapitalistischen Vergesellschaftung und damit ein Ende der vorhergehenden gemeint. Es wird von Ulrich Brand betont, dass es auf der einen Seite um eine Diagnose der aktuellen Kontinuitäten und Brüche geht, andererseits und vor allem aber um eine Analyse unterschiedlicher Strategien und zum Dritten um eine Blickveränderung von den vermeintlichen Wirkungen von „Großstrategien“ auf mitunter sehr kleinteilig sich verändernde oder zu verändernde soziale Verhältnisse (Sekler/Brand, 2011 zitiert nach Brand, 2011: 47). Dabei handelt es sich bei einem möglichen Prozess der Post-Neoliberalisierung um äußerst unterschiedliche Antworten auf den Sachverhalt, dass sich die bisherigen neoliberalen Strategien aufgrund von Kritik oder Dysfunktionalität nicht mehr so einfach durchsetzen lassen und die von ihnen erzeugten Krisen immer weniger bearbeitet werden können. Deren unter Umständen zunehmende gesellschaftliche Bedeutung ist nicht nur als Folge der Widersprüche und Krisen des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, mit denen auch herrschende Institutionen und Akteure umzugehen haben. Es ist demnach auch ein Verdienst von emanzipatorischen, unabhängigen Medien, kritischen Intellektuellen sowie von Menschen in Gewerkschaften und linken Parteien. Vor diesem nun dargelegten Hintergrund dient der Begriff Post-Neoliberalismus einerseits als Analyseperspektive zur Beschreibung der – unterschiedlich starken und multiskalar stattfindenden – Brüche mit dem Neoliberalismus im Sinne von Projekten, Strategien und Praxen sowie andererseits als normative Ausrichtung und Zielorientierung (Sekler 2007 zitiert nach Brand, 2011: 48). Dadurch fasst der Begriff nicht nur ausschließlich emanzipatorische Praxen, sondern auch die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) oder die sozialdemokratischen „Dritten Wege“ würden sich als „post-neoliberal“ bezeichnen lassen. Genau hier, so meinen die Autoren, liegt nun die Stärke des Begriffes, denn es können unterschiedliche Strategien in den Blick genommen werden. Im Gegensatz zum Begriff „Postfordismus“, welcher heuristisch eine neue Phase kapitalistischer Vergesellschaftung analysierter machen soll, umfasst die Begrifflichkeit des Post-Neoliberalismus eher die strategischen Auseinandersetzungen um sich verändernde politische, ökonomische und kulturelle Entwicklungsmuster, Kräftekonstellationen und sich unter Umständen herausbildende hegemoniale Verhältnisse (Brand, 2011: 48).

Mit dem Begriff Post-Neoliberalismus wird also eine fruchtbare Debatte um die strategischen Optionen (in einzelnen Politik- und Konfliktfeldern, aber auch übergreifend) in

der aktuellen Krise ermöglicht. (Brie 2009; für Lateinamerika Macdonald/Rückert 2008; Boron 2003 zitiert nach Brand, 2011: 48). Angesichts des wachsenden Bewusstseins, dass die bestehenden Formen der Krisenbearbeitung nicht angemessen sind, können verschiedene übergreifende post-neoliberale Strategien identifiziert werden (Brand, 2011: 48), welche sich in einzelnen Bereichen aber unterschiedlich ausformen. Für mich ist jene post-neoliberale Strategie zentral, die auf einen „mitfühlender Konservatismus“, auf eine Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus abzielt, der defacto zu einer Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln führt (Brand, 2011: 49), indem sich ein autoritärer Kapitalismus (Deppe/Schmitthenner/Urban 2008 zitiert nach Brand, 2011: 49), der sich in der aktuellen Krise interessanterweise nochmals akzentuierte, aber durchaus auch zu kleineren Veränderungen führt – wie etwa begrenzte Managergehälter, gewisse Regeln zur erzwungenen Wiederherstellung von Vertrauen, Verstaatlichung einiger Finanzinstitutionen ohne Mitsprache des Staates (vgl. ausführlich Rilling 2008 zitiert nach Brand, 2011: 49) –, aber, und dies scheint mir zentral zu sein, die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse zu erhalten versucht. Bezugnehmend auf die SPD und ihre Entwicklungstendenzen nach ihrer Neoliberalisierung So wird ein Bündnis mit den „kleinen Leuten“ in den Zentren der Macht gesucht, diese Zentren werden nur noch selektiv für „nützliche“ und billige Arbeitskräfte geöffnet, die Marktchancen für die Insider werden erhöht durch eine aktive staatliche Förderung und eine repressive Exklusion aller „Überflüssigen“ und eine Sozialstaatspolitik, welche die Einzelnen zu einer Verwandlung in einen „Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ zwingt, gemacht (Brand, 2011: 49).

Theoriearbeit revisited

Wie wir gesehen haben, besitzt die von mir angestellte Theoriearbeit eine auffällige Vielschichtigkeit – von einer einleitenden Zusammenfassungen bestimmter Theorieansätze (Bsp. Neo-Gramscianismus, marxistische Parteientheorie) über die Definitionsversuche zentraler Begriffe dieser Arbeit (Bsp. Hegemonie, kapitalistische Globalisierung) bis zu einer umfangreichen Klärung der konzeptionellen Facetten des Neoliberalismus.

Dieses Unterfangen hat für mich offengelegt, wie komplex etwa die Gestalt des Neoliberalismus ist, da er ganz offensichtlich in beinahe jede Lebenssphäre vordrang und diesen umzugestalten wusste: die politische (Demirovic) ökonomische (Altwater) so-

wie soziale (Reizig) Die anderen, von mir erklärten Begriffe und Theorien sollen diesen umfangreichen Neoliberalismus-Begriff, und auch seine historische Entwicklung und die durch ihn eingesetzten habenden Phänomene (kapitalistische Globalisierung) erklären und kritisieren.

Da der eigentliche Analysegegenstand meiner Arbeit, die SPD, ihre Politikentwürfe spätestens ab der Rot-Grünen Regierungszeit diesem universalen Neoliberalismus gänzlich unterordnete, erschien es mir essenziell, diese Begriffs- und Theoriendefinitionen vorzunehmen um für mich auch einen gewissen Überblick über ein ansonsten ausuferndes Themengebiet zu erhalten. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden vor allem die ausgewählten Theorien an prominenter Stelle zum Einsatz kommen und die Begriffe eine durch deren Anwendung unterstützende Rolle einnehmen.

2. Methode

Dieses Kapitel soll dazu dienen, auf die von mir für diese Arbeit verwendete qualitative Methode einzugehen und mein Vorgehen beim Erstellen einer qualitativen Inhaltsanalyse sowie zweier Expert_inneninterviews veranschaulichen.

Die Bewertungskriterien für eine qualitative und kritisch-emanzipatorische Sozialforschung sind eng verbunden mit den Grundlagen einer qualitativen Methodologie und den daraus resultierenden verschiedenen Sichtweisen auf die Gültigkeit qualitativer Forschung und ihre Konsequenzen für Bewertungskriterien (Freikamp, 2008: 215).

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass das spezifische Verständnis qualitativer Methoden und Methodologie im direkten Gegensatz zu den Grundsätzen quantitativer Methoden und Methodologie steht (Bortz & Döring 1995, Steinke 1999 zitiert nach Freikamp, 2008: 217), das als in Stichpunkten nomothetisch, deduktiv, partikular explanativ, ahistorisch, erklärend, messend und mit dem Ideal des Experiments dargestellt wird. Dieses Gegensatzverhältnis zwischen qualitativer und quantitativer Methodologie und den ihm zugrundeliegenden konstruktivistischen Positionen ist daher von entscheidender Bedeutung für die Diskussion von Bewertungskriterien.

Die kritisch-emanzipatorische qualitative Methodologie folgt nun im Besonderen dem Verständnis einer qualitativen Methodologie, geht dabei aber in ihrem kritischen und emanzipatorischen Standpunkt darüber hinaus, denn sie fügt der qualitativen Methodologie eine explizit definierte Perspektive hinzu, eine kritisch emanzipatorische und

damit partizipative Sicht: Dabei wird im Sinne der konstruktivistischen Positionen qualitativer Sozialforschung bewusst reflektiert und zielgerichtet genutzt. Um ihrem Anspruch gerecht werden zu können, muss sie aber Gegenstand und qualitative Methode so wählen, dass sie die emanzipatorische und partizipative Aneignung durch die Gesellschaft optimal bedienen (Freikamp, 2008: 217).

Experten-Interviews mit zwei Wissenschaftler_innen, Oliver Nachtwey und Armin Puller, deren Forschungsschwerpunkte sich auf die sozialdemokratischen Parteien konzentrieren.

Der Experte hat in Abgrenzung zum Spezialisten die Eigenschaft, über ein umfassenderes Wissen zu verfügen, das nicht nur zur Problemlösung, sondern auch zur Erkenntnis und zur Begründung sowohl von Problemursachen als auch von Lösungsprinzipien befähigt (Pfadenhauer, 2005: 115).

Mit seinem Wissen über die Prinzipien eines Sachverhalts verfügt der Experte – im Verhältnis zu anderen mit der betreffenden Problemlage befassten Personen, im Verhältnis zu Nicht-Experten (und daher auch zu Spezialisten) – über einen exklusiven Wissensbestand, d.h. über Wissen, das prinzipiell nicht mehr jedermann zugänglich ist (Pfadenhauer, 2005: 115f.).

Historische Methode

Da diese Arbeit die Untersuchung einer historischen Thematik beabsichtigt, werde ich mit der historischen Methode arbeiten, die ich nun kurz erläutern möchte. Man kann, nach Jörn Rüsen, die historische Methode definieren als „Summe der Regeln, nach denen menschliche Vergangenheit als Geschichte vergegenwärtigt wird“ (Rüsen, 1988: 62). Sie sollte demnach als Verbund von methodologischen Prinzipien verstanden werden, das spezifisch für ein bestimmtes Entwicklungsstadium der Geschichtswissenschaft ist (Topolski, 1988: 112).

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf aufmerksam machen, dass Jerzy Topolskis Erwähnung der Benützung einer historischen Methode in nicht-historischen Disziplinen, wie meine eine ist, für mich von Interesse ist, da er schreibt, dass die Historische Methode im Sinne eines Forschungsinstrumentes, wenn es von eben jenen Nicht-HistorikerInnen benutzt wird, die Bedeutung einer entwicklungsge-schichtlichen und genetischen Betrachtungsweise annimmt. So wird das Auseinanderbrechen von historischen Verbindungen zwischen chronologische aufeinanderfolgenden Tatsachen und/ oder Zuständen und Sachverhalten verhindert (Topolski, 1988: 103).

Expert_inneninterviews

Experteinterviews stellen ein sehr voraussetzungsvolles und damit auch ausgesprochen aufwendiges Instrument zur Datengenerierung dar, dessen Einsatz sich nur im Hinblick auf ein ganz bestimmtes Forschungsinteresse, wie dem meinigen, als zweckdienlich erweist (Pfadenhauer, 2005: 127). Der Sinn und Zweck von Expert_inneninterviews scheint dabei auf der Hand zu liegen: Diese zielen nämlich auf die Rekonstruktion von besonderen Wissensbestände bzw. von besonders exklusivem, detailliertem oder umfassendem Wissen über besondere Wissensbestände und Praktiken – also auf eine Rekonstruktion von Expertenwissen (Pfadenhauer, 2005: 113).

Der Erkenntnisgegenstand eines Expert_inneninterviews muss sich dabei als fokussiert auf einen besonderen Wissensbestand im sozialen Wissensvorrat erweisen: auf das Sonderwissen (vgl. Schütz/Luckmann 1979 zitiert nach Pfadenhauer, 2005: 114). Ich habe mich dazu entschlossen, die qualitative Methode mittels einer Literaturanalyse und eines Expert_innen-Interviews anzuwenden.

Angewendete Interviewformen

Die von mir in dieser Arbeit angewendeten Interviewformen für meine Experteninterviews waren einerseits ein narratives Interview mit Armin Puller und ein audio-visuelles Online-Interview (Skype-Interview) mit Oliver Nachtwey.

Das Skype-Interview ist durch die inzwischen weite Verbreitung des Internets in (post)modernen Gesellschaften Ausdruck der zunehmenden Erhebungen via Internet. Das am weitesten verbreitete Softwareprogramm, welches audiovisuelle interpersonelle Kommunikation (per gesprochener Sprache) mittels Internetverbindung ermöglicht, ist Skype. Hierunter wird die kostenlose (Video)Telefonie über Computernetzwerke verstanden, die auch als Voice-over-IP (IP=Internet Protocol) oder als VoIP bezeichnet wird. Der Einsatz von Skype unterstützt Videokonferenzen oder auch Video-Interviews durch die Übertragung sowohl auditiver als auch visueller Daten (Misosch, 2015: 179). Die Vor- wie auch Nachteile dieser Interviewtechnik haben sich mir im Rahmen ihrer Anwendung auch offen dargelegt: 1.) Erreichbarkeit von geografisch dispersen Gruppen: Durch den Einsatz von Internet-Technologien sind auch geografisch disperse Gruppen oder Einzelpersonen erreichbar sowie 2.) Einfache Kontaktaufnahme: Die zu interviewenden Personen können mittels Online-Kommunikation kontaktiert werden oder online mittels eines Anrufs aktiv zur Teilnahme an der Studie aufgefordert werden. Einzige Voraussetzung für die direkte Kontaktaufnahme ist die Kenntnis der

Kontaktdaten (z.B. E-Mail-Adresse) (Misosch, 2015: 182). Als Nachteil empfand ich dagegen den eher geringen Grad an Verbindlichkeit: So konnte etwa bereits in einer Studie gezeigt werden, dass einige Skype-Interviews bei einer Verabredung zum Online-Interview nicht zustande kamen, weil sich die potenziell zu Befragenden nicht zur verabredeten Zeit einloggten (Misosch, 2015: 183).

Das narrative Interview kam wiederum bei meinem Interview mit Armin Puller zum Einsatz. Zu dieser Interviewform hat Uwe Flick eine aufschlussreiche Beschreibung formuliert: „Von einer besonderen Form der Sequenzialität gehen narrative Analysen aus. Die einzelne zu interpretierende Äußerung wird zunächst daraufhin betrachtet, ob sie Teil einer Erzählung ist, und dann analysiert. Erzählungen werden einerseits im narrativen Interview zur Rekonstruktion biographischer Verläufe stimuliert und erhoben (Flick, 2016: 436). Andererseits wird das Leben als Erzählung (Brunner 1987 zitiert nach Flick, 2016, 436). betrachtet, um die narrative Konstruktion von Wirklichkeit (Brunner 1991 zitiert nach Flick, 2016: 437) zu analysieren, ohne dabei ein explizit auf die Hervorlockung von Erzählungen abzielendes Erhebungsverfahren zu verwenden“ (Flick, 2016: 437).

So können Erzählungen {wie die Armin Pullers, der die Frage nach einer vorhanden gewesenen antikapitalistischen Strömung innerhalb der SPD erörterte} als eine besonders aufschlussreiche Art der subjektiven und sozialen Konstruktion von Ereignissen in der Darstellung gelten. Dabei ist die Kombination formaler Analyse mit einem sequenziellen Vorgehen in der Interpretation zur Auseinandersetzung mit Konstruktion in Darstellung und Erfahrung kennzeichnend für narrative Analysen (Flick, 2016: 441).

Transkription und selektive Transkription

Der Begriff Transkription leitet sich vom lateinischen „transcriptio“ ab und bedeutet in den empirischen Sozialwissenschaften die Verschriftlichung von verbalen oder auch nonverbalen Daten.

Umgeschrieben werden dabei audio(visuelle) gespeicherte Daten (Sekundärdaten) in Textdaten (Tertiärdaten), die dann der Analyse zugeführt werden. Transkriptionen sind in der qualitativen Forschung unabdingbar, da hier keine Daten erhoben werden, die numerisch codiert und verarbeitet werden können, sondern die Daten liegen in komplexer Form vor (als gesprochene Sprache inklusive Gesten, Bewegungen usw.).

Es muss eine Form gefunden werden, um diese komplexen Daten systematisch auswerten zu können. Für diesen Zweck haben sich Formen der Verschriftlichung entwickelt, die die Daten in Textformat transferieren, damit diese dann anschließend ausgewertet können (Misosch, 2015: 249).

Neben der Variante der vollständigen Transkription der verbalen Daten können auch Verfahren der selektiven Transkription eingesetzt werden: Die Befürworter des Vorgehens selektiver Transkription argumentieren, dass die Verschriftlichung von gesprochener Sprache (und gegebenenfalls non- und paraverbalen Elementen) immer eine Komplexitätsreduktion bedeutete und damit auch einen Selektions- und Interpretationsprozess beinhaltet, welcher fehleranfällig ist. (Misosch, 2015: 257).

Eine vollständige Transkription wäre oftmals für das eigentliche Erkenntnisziel des Projekts nicht notwendig und würde in diesen Fällen nur Kosten verursachen (Halcomb & Davidson, 2006 zitiert nach Misosch, 2015: 257). Es ist jedoch zu beachten, dass bei einer selektiven Transkription genauso schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden müssen, nämlich die der Transkriptionsrelevanz der einzelnen Interviewpassagen. Selektives Vorgehen bedeutet aufgrund dieser Vorselektion, dass die notwendigen Interpretationsprozesse bereits vor der Transkription stattfinden, da nur jene Passagen verschriftlich werden, die entsprechende forschungspraktische Relevanz besitzen. Daher findet hier ein doppelter Selektionsprozess statt: zum einen jene epistemologische Selektion, die die Entscheidung für ein bestimmtes Transkriptionssystem notwendigerweise mit sich bringt, zum anderen eine inhaltliche Selektion, die die im Hinblick auf die Forschungsfrage bedeutungsrelevanten Passagen kennzeichnet, welche dann im Anschluss transkribiert werden sollen (Misosch, 2015: 257).

Aufgrund einer solchen doppelten Selektionsleistung sowie aufgrund der Tatsache, dass man Gehörtes oftmals weniger genau zu analysieren vermag als Verschriftlichtes, ist der Einsatz der selektiven Transkription immer kritisch zu reflektieren (Misosch, 2015: 257).

3. Eine komplexe Transformation: Vom Aufstieg des Neoliberalismus, der Diskreditierung des Keynesianismus und der Implementierung der „Marktsozialdemokratie“

Dieses erste inhaltliche Kapitel beschäftigt sich nun mit der bereits in der Einleitung kurz umrissenen programmatische Kehrtwende der deutschen Sozialdemokratie („Dritter Weg“) und dem ihr vorangegangenen Versagen des Keynesianismus, dem

Aufstieg des Neoliberalismus und der dadurch ausgelösten langsamen Wandlung der SPD hin zur „Marktsozialdemokratie“.

Als Erstes soll deshalb auf die historischen Gegebenheiten hingewiesen werden, die bereits zu Beginn der 1970er Jahre jene Rahmenbedingungen schufen, um diesen nachhaltigen Paradigmenwechsel in der SPD überhaupt erst möglich zu machen.

In diesem Zusammenhang wird das Jahr 1973, indem die ökonomische, soziale und politische Stabilität zu Ende ging, welche die Welt seit 1945 geprägt hatte, als zentral angesehen (Hobsbawm 1995b zitiert nach Nachtwey, 2009: 173): Durch den in diesem Jahr vollzogenen Zusammenbruch des Systems der fixen Wechselkurse setzte eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs ein, die den Weg für sinkende Profitraten in der Realwirtschaft durch Aktivitäten auf den Finanzmärkten zu kompensieren versuchte. Die dadurch verursachte, sehr schnelle Zunahme von Finanzgeschäften war bereits damals Ausdruck von Krisentendenzen (Buckel/Oberndorfer/Troost/Ypsilanti, 2013: 22) gewesen – und obwohl die meisten zu jenem Zeitpunkt davon ausgingen, dass die nun auftretenden Probleme der Weltwirtschaft temporär bleiben würden (Hobsbawm 1995b zitiert nach Nachtwey, 2009: 173), eröffnete die Stagflation der 1970er Jahre verschiedene politische Handlungsoptionen, von denen sich am Ende die Kombination aus monetaristischen und marktliberalen Rezepten durchsetzen sollte (Buckel/Oberndorfer/Troost/Ypsilanti, 2013: 22).

Bis in die 1980er Jahre konnte nicht richtig eingeschätzt werden, wie „unwiederbringlich die Fundamente des Goldenen Zeitalters bereits zerstört waren“ (Hobsbawm 1995b zitiert nach Nachtwey, 2009: 173). Franz Walther hält hierzu unmissverständlich fest, dass 1973 der Traum vom planvollen Bau einer krisenfreien sozialdemokratischen Gesellschaft endete, und mit ihm - in einer brutalen Art und Weise - auch der Frühling einer keynesianistischen Euphorie (Walther, 2010: 33):

„Der sozialdemokratische Keynesianismus hatte von 1966 bis 1973 mit prallem, pausbäckigem Optimismus den Anbruch einer neuen Zeit gesteuerter und gerechter Wohlstandsmehrung verkündet. Krisen waren in diesem Zukunftsversprechen Übel von gestern, waren wie klassische Seuchen oder frühindustrielle gesellschaftliche Volkskrankheiten durch die moderne Medizin aus der Welt zu schaffen. Die moderne Medikation der Politik für die zuvor erratischen Bewegungsabläufe der Ökonomie war eben der Keynesianismus. Und die volkspädagogische Version davon lautete: Stagnierte die Produktivität, wuchs die Zahl der Arbeitslosen, dann musste der Staat über die Haushaltspolitik

durch Ausweitung kreditfinanzierter Ausgaben antizyklisch gegensteuern, um den Wirtschaftsmotor mit höherer zyklisch gegensteuern, um den Wirtschaftsmotor mit höherer Verve anzukurbeln. Eine maßvolle Erhöhung der Preise, also eine geringe Inflation, mochte dabei die Folge sein. Aber das war aus demokratiestabilisierenden Gründen zu verschmerzen, da die Erfahrungen der dreißiger Jahre gezeigt hatten, dass massenhafter Ausschluss der Menschen aus dem Arbeitsleben die größte Gefahr für die freiheitlichen Verfassungsstaaten bedeutete“ (Walther, 2010: 33f.).

Die soeben geschilderten sozioökonomischen Verhältnisse stellten vor der Krise von 1973 den Mehrheitskonsens in den meisten demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften Europas und Nordamerikas dar. Was dann geschah, war ein Explodieren der Erdölpreise und ein Absinken der Produktions- und Umsatzraten in einer rasanten Geschwindigkeit, wodurch plötzlich wirtschaftliche und soziale Probleme kondizierten, die nach den keynesianisch-sozialdemokratischen Überzeugungen gar nicht zur gleichen Zeit hätten auftreten dürfen. Auf einmal wurde eine Stagflation ausgelöst – einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, Anstieg der Inflationsrate, stagnierendem Wachstum und erhöhten Preisen –, und außerdem fand 1973 der Aufwärtstrend in der deutschen Wirtschaft ein Ende. Deutschland schlitterte in die bis zu diesem Zeitpunkt gravierendste Rezession seiner Nachkriegsgeschichte, die dazu führte, dass zwei Jahre später die Zahl der Arbeitslosen wieder die Millionengrenze überschreiten sollte. Die klassische keynesianische Ausgangskonstellation, in der eine aktive Beschäftigungspolitik durch Globalsteuerung nun die Aufgabe gehabt hätte, kraftvoll einzusetzen, wäre zu diesem Zeitpunkt gefragt gewesen. Aber das verbot sich, weil zugleich die Inflationsrate – und vor kaum etwas fürchtete sich die deutsche Bevölkerung damals mehr als vor einer rasanten Geldentwertung – signifikant anwuchs (Walther, 2010: 34). Nun musste der Staat zwei Aufgaben erfüllen, die sich konträr zueinander verhielten (vgl. Abdelshauer zitiert nach Walther, 2010: 34f.): Er musste zum einen durch expansive Ausgabenpolitik die wirtschaftliche Nachfrage steigern; hatte zum anderen aber, da die Staatsquote zuletzt aus vielerlei Gründen schon markant in die Höhe schoss, so wird argumentiert, das Defizit der öffentlichen Hand zu verringern, um überhaupt wieder Manövrierraum für künftige antizyklische Aktionen zu gewinnen (Vgl. Merkel zitiert nach Walther, 2010: 35). Die sozialdemokratische Zentralregierung befand sich in einem offenkundigen Dilemma (Walther, 2010: 35). Das sozialdemokratische Versprechen der vergangenen Jahre wirkte doch kohärent, aus einem Guss, gleichsam bestechend linear. Die politische und ökonomische Realität der Jahre ab 1973 aber erlaubte es anscheinend nicht mehr, die Leistungsfähigkeit und Stringenz

des sozialdemokratischen Projektes unter Beweis zu stellen und somit war – folgt man der Argumentationslinie von Franz Walther – der große Zauber des keynesianischen Projekts unter Beweis gestellt worden. Der große Zauber dieser verheißungsvollen Zeit zerbrach somit in den Jahren 1973 bis 1975; zumindest bröckelte damals seine hegemoniale Stellung in Öffentlichkeit und Politik, bis sie schließlich in den 1980er Jahren fast zur Gänze unterminiert wurde (vgl. Padgett/Paterson, 1991 zitiert nach Walter, 2010: 35).

An dieser Stelle möchte ich noch anfügen, dass dieser Entwicklung keineswegs ein Automatismus vorangegangen ist: Es handelte sich dabei durchaus um einen veritablen, interessensgeleiteten Kampf der Ideen, welcher in jenen Jahren handfest und zielgenau stattfand. Als überragender Sieger dieses Duells ging – worauf bereits hingewiesen wurde – der Monetarismus hervor, der als akademische Schule längst präsent gewesen ist (Walther, 2010: 35f.).

Ungeschickt wird man den neoliberalen Gegnern des sozialdemokratischen Keynesianismus nicht vorwerfen können: Diese kritisierten erstens den keynesianistischen Feind nicht alleine deshalb, weil mit seinem Werkzeugkasten die ökonomische Krise nicht zu beheben war. Sie warfen den Kontrahenten viel mehr vor, Ursachen der Krise und damit Auslöser aller übrigen gesellschaftlichen Probleme zu sein. Damit hatte man bereits eine zweite, argumentative Ebene betreten; bei der an den manifesten Verdruss des Großteils der Bevölkerung gegen Staat und Administration an. Der Keynesianismus, so warb die Gegenseite für ihren Entwurf, trage die Schuld an der Kreation eines gigantischen bürokratischen Leviathan, mit Kolonnen von Staatsfunktionären, welcher allen gleich zur dritten Ebene, auf welcher man die Flagge der Freiheit und des Individuums entrollte. Die Neoliberalen rekrutieren darüber hinaus gerne auf das Argument der Internationalität von Handel wie Finanzen und auf die Alternativlosigkeit zur Anpassung nationaler Ökonomien an die so vorgegebenen Sachzwänge. Aber sie ahnten stets, dass es nicht reiche, den Bürgern allein das Korsett anzubieten (Walter, 2010: 10). Sie schmückten sich „ihren Weg immer auch mit den Accessoires von Freiheit, Subjektivität, Privatheit, Unabhängigkeit“ (Walter, 2010: 37). Wenn man an dieser Stelle nun etwa den Hegemonie-Begriff von Antonio Gramsci hernimmt, wird klar, warum dieses so genannte „Korsett“ mit gewissen Accessoires, wie es Walter ausdrückte, geschmückt wurde: Es handelt sich hierbei um die zu Tage tretende bestimmte Form der politischen Macht, die durch Konsens und Zustimmung und auf der

Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert (Opratko, 2012: 37). Der Keynesianismus spielte in diesem Drehbuch demnach die Rolle eines störenden, staatlichen Dirigenten (Dixon zitiert nach Walter, 2010: 37f.). Der Neoliberalismus dagegen durfte die Rolle des individuellen Helden ausfüllen, welcher aus eigener Initiative und in innerer Verantwortung dem Licht der Freiheit entgegenschritt. In dieser bipolaren Hell-Dunkel-Inszenierung hatten zu allen Zeiten alle Ideologien, die faszinieren wollten und Massen zu ergreifen versuchten - so Walter - ihr Drama in Szene gesetzt. Der Neoliberalismus verhüllte jedoch auf der vierten Ebene seines semantischen Feldzuges gern den manichäischen Zug seiner Lehre. Dieser pflegte nämlich eine sorgfältige Realitäts- und Sachlichkeitsrhetorik, die schließlich in die fünfte und letzte Ebene dieser Hegemonialstrategie mündete: Einem pragmatische Realismus der Antikeynesianer, welcher die fleißigen Einzelnen, die Leistungsbereiten mit der Aussicht auf eine materielle und soziale Besserstellung und dem Credo „Leistung muss sich wieder lohnen“ begeisterte und einen Habitus zu kreieren vermochte, der es als legitim ansah, dass jeder „seines Glückes Schmied“ werden könne. Der Tüchtige hatte auf diese Weise endlich wieder „freie Bahn“, dann würde die Wirtschaft rasch wieder flottgemacht sein (Walter, 2010: 38). Gerade auf der fünften Ebene dieses Ideologiekampfes wurde dann den damaligen Gegnern, den Sozialdemokrat_innen, ein empfindlicher Schlag versetzt: Durch ihr fortwährendes Spitzen gegen die Staatsfixiertheit und den zentralistischen Zugriff sozialdemokratischer Politik gelang es den Neoliberalen erfolgreich, eine Distanz jüngerer, akademischer und eher linkslibertärer Bürger gegenüber autoritären Staatslösungen herzustellen. (Walter, 2010: 38). Neoliberalismus hier, eine Art von Ökoliberalität da, das waren seit den 1970er Jahren die bevorzugten Einstellungen der meinungssteuernden Mittelschichten gewesen. Die sozialdemokratische Denkart verlor demgegenüber an Boden, büßte ihren Reiz ein und geriet in einer zunehmenden Weise in die Defensive bei den kulturell-gesellschaftlichen Multiplikatoren Deutschlands (Walter, 2010: 38f.).

Obwohl diese Entwicklungen - wie wir gerade gesehen haben - bereits einen fundamentalen Erosionsprozess darstellten, wurde durch den Appell an die Fleißigen, Leistungsbereiten, Aufstrebenden auch noch ein gezielter Angriff auf eine Kerngruppe der Sozialdemokrat_innen, auf die mehrheitlich sozialdemokratische Facharbeiterschaft selbst verübt, was ihr durch die verschärfte Individualisierung der gemeinschaftlichen Emanzipationsperspektive des traditionellen Sozialismus gelang. Dadurch wurde der

Ehrgeiz jedes Einzelnen bestärkt, der dazu ermutigt werden sollte, mit dem Sprungbrett der „Chance“ zum Ausstieg aus der bisherigen Begrenzung und zum eigenen Aufstieg in die höheren Ränge der gesellschaftlichen Hierarchie (Walter, 2010: 39) zu gelangen. Der Neoliberalismus setzte also den Hebel bei lang überlieferten, aber bis dahin chronisch enttäuschte Hoffnungen des sozialdemokratischen Milieus auf eine allgemeine Hebung der sozialen Lage an. Er übergab damit die Möglichkeit, die inferiore Klassensituation zu verlassen und dem Individuum selbst, dispensierte es auch von der Solidarität mit allen anderen, den weniger mobilen Teilen der eigenen Sozial-schicht. Genau auf diese Weise drohte er die alte Sozialdemokratie zu enteignen und sie durch Teiladaption und Umfunktionalisierung ihres Zukunftsversprechens ihres historischen Projekts zu berauben. Diese Deutung einer neuen, wie ich es formulieren würde, von Selbstverantwortung und einem eher anti-kollektivistischem Denken geprägten Aufstiegsmöglichkeit fand dann eben seinen Ankerplatz in der Aufstiegsbiographie der Generation Schröder (Walter, 2010: 39).

Diese Entwicklungen führten schließlich dazu, dass die Sozialdemokrat_innen bei der Verteidigung des interventionistischen Sozialstaates nun ohne ein intellektuell stringenten Paradigma ausgestattet waren. Ihre Gegner besaßen hingegen – worauf im obigen Teil schon verwiesen wurde - ein solch durchkomponiertes Konzept, mit dem sie sich auf ein breites Einverständnis der gesellschaftlichen Mitte stützen konnten. Die Sozialdemokrat_innen gelang es über Jahre hinweg nicht mehr, ihnen diesbezüglich Paroli zu bieten - und das obwohl wohlfahrtsstaatliche Erwartungen bei einem Großteil der Bevölkerung bereits feste Wurzeln geschlagen haben: So wurden etwa die Institutionen der Daseinsvorsorge sehr wohl genutzt und geschätzt und immerhin durften die Sozialdemokrat_innen darauf auch fürderhin bauen sowie ihre Wahlkämpfe ausrichten (Walter, 2010: 39f.).

Doch überraschenderweise kam der Keynesianismus in den Jahren 1977 bis 1979 plötzlich wieder in die Gänge, als Geld- und Finanzpolitik vorübergehend an einem Strang zogen und sich so gemeinsam den vorangegangenen restriktiven Kurs verließen, noch ein letztes Mal seine antizyklische Kraft, da die Beschäftigungsverluste jetzt ganz kompensiert werden konnten – was durchaus einen beachtlichen Erfolg für die SPD unter Helmut Schmidt zu bedeuten hatte. Leider konnte dieser Erfolg seinerzeit nicht mehr in ein überzeugendes Narrativ übersetzt werden – vor allem auch deshalb, weil Schmidt selbst keine allzu große Abneigung gegenüber einer Reihe der Einwände

des Monetarismus gegen einen großzügigen Sozialkeynesianismus zeigte. Franz Walter zieht an dieser Stelle ein interessantes Resümee, wenn er festhält, dass der Siegeszug des Monetarismus in der gouvernementalen Politik nicht mit Thatcher begann, sondern seinen Anfang – zumindest tröpfchenweise – unter James Callaghan und Helmut Schmidt nahm (Walter, 2010: 40), für die zumindest Letzterer noch von der eigenen Partei heftig gescholten worden war (Walter, 2010: 40). Folgende Aussagen, die er seiner Partei ausrichtete, lassen dieses Bekenntnis klar erkennbar werden:

„Wer mehr tun will, muss in die Geld- und Sozialleistungen tiefer hineinschneiden, als es in dem Kompromisspaket von mir vorgeschlagen wurde. Von den beiden Möglichkeiten scheitert die eine, es nämlich durch höhere Kreditaufnahmen zu finanzieren, an mir. Ich kann das nicht verantworten. Die zweite Möglichkeit scheitert an euch. Wer mehr für die beschäftigungswirksamen Ausgaben des Staates tun will, muss tiefer, noch viel tiefer in die Sozialleistungen reinschneiden“ (Winkler, 2000a zitiert nach Nachtwey, 2009: 162).

Erst nach den Ereignissen von 1989, dem Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Staaten, setzten sich diese Erkenntnisse Stück für Stück durch (Nachtwey, 2009: 173). Diese Epochenwende war ganz wesentlich gekennzeichnet vom Aufstieg des Neoliberalismus im politischen Feld in Kombination mit „sozial subversiven“ (ebd. 514) Entwicklungen in den gesellschaftlichen Strukturen. In ökonomischer Hinsicht handelte es sich dabei vor allem um die Prozesse einer fortschreitenden Integration der internationalen Güter- und Finanzmärkte - kurz Globalisierung genannt - und die Veränderung der Produktion - kurz: Postfordismus -, die die Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Politik veränderten. In sozialer Hinsicht war dies Modernisierung, Enttraditionalisierung und Individualisierung der sozialen Klassenverhältnisse und Lebensweisen sowie ein Wandel der Einstellung der Bürger, die sozialdemokratische Parteien vor die Aufgabe stellen, alte und neue Anhänger in Allianzen bei den Wahlen zu vereinen (Nachtwey, 2009: 173).

Der Aufstieg eines spezifischen - {hegemonialen} - Neoliberalismus, wie ich ihn bereits eingangs zu definieren versuchte, war dieser besonderen historischen Konstellation geschuldet, die auch Oliver Nachtwey treffend zu charakterisieren weiß: Der Optimismus der vergangenen Jahrzehnte verflog demnach, und der wohlfahrtsstaatliche Konsens begann zu bröckeln, die geistige Landschaft – wie in diesem Kapitel bereits veranschaulicht – veränderte sich. Die wirtschaftliche Krise und die Finanzprobleme des

Sozialstaates begünstigten dann die Kultivierung eines Nährbodens, der eine „Renaissance konservativer Krisentheorien“ (Offe 1979 zitiert nach Nachtwey, 2009: 174) hervor brachte. Der neue antiwohlfahrtsstaatliche Diskurs war, trotz der signifikanten Differenzen zwischen Deutschland und Großbritannien, auf die bereits hingewiesen wurde – siehe (vgl. Schmidt, 2005 zitiert nach Nachtwey, 2009: 208f.) -, durchaus von ähnlicher Gestalt gewesen: Man diagnostizierte eine Anspruchsinflation und Erwartungsüberlastung gegenüber dem Staat, dessen Interventionen die Freiheit und dessen Generosität die Eigeninitiative beschneiden würden. Das Hauptargument der Neokonservativen und Neoliberalen war, dass der Staat und die staatliche Intervention die wirtschaftliche Tätigkeit hemmten. Daher wurde ihrerseits der umfassende Wohlfahrtsstaat als schleichendes Gift für die Leistungsbereitschaft der Bürger_innen betrachtet. Der Aufstieg des Neoliberalismus beruhte auf einer komplexen Situation, in der die Kritiker des Wohlfahrtsstaates erfolgreich die Schwächen und Widersprüchlichkeiten der Regierungspolitik des Goldenen Zeitalters anprangerten. Die gestiegenen Staatsausgaben des Goldenen Zeitalters ließen den Kapitalismus stabiler werden, schützten ihn aber nicht vor dem so genannten „Long Downturn“ (Nachtwey, 2009: 174).

Daher kam es zu Beginn der 1980er Jahre bereits zu einem „sozialdemokratischen Arrangement“ mit der neoliberalen Konstellation: So waren etwa Maßnahmen der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung – zumindest, wenn man einen internationalen Blickwinkel einnimmt [...] – auch programmatisch keineswegs mehr so fremd wie noch einige Jahre zuvor (vgl. Smith 1998 zitiert nach Bieling, 2000: 24).

Joachim Bischoff schreibt zu dieser Entwicklung des Zusammenbrechens vom wohlfahrtsstaatlichen Regime, dass man hierbei etwa die damit einhergegangene Tendenz zur Verschiebung der Lohneinkommen zu den Kapital- und Vermögenseinkommen beobachten könne. Das Sinken der Lohneinkommen wiederum war eine langfristige Entwicklung – insofern war allen Stagnationstheoretikern, die in der Tradition des Keyneschen Denkens standen, klar, dass die Prosperität der Nachkriegszeit begrenzt sein muss (Bischoff, 2005: 6). Die Widersprüche der Krise der fordistischen Entwicklungsetappe führten schließlich zur neoliberalen Konterrevolution, die sich in Kürzungen von Sozialleistungen, Steuersenkungen, Senkung von Staatsausgaben sowie Senkung der Löhne äußerte. In der neoliberalen Phase der Weltwirtschaft seit 1970 verschlechterte sich die Entwicklung dramatisch und der ökonomisch bedingten Verschiebung der Verteilungsverhältnisse wurde nicht entgegengesteuert, sondern durch

Steuersenkungen für die Unternehmen und Reiche sowie die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme verschärft (Bischoff, 2005: 7). An diesem Punkt gilt es für mich darauf hinzuweisen, dass die SPD es als eines ihrer primären Ziele angesehen hat, den von Bischoff so dargestellten demokratischen Kapitalismus ein ums andere Mal zu retten: Immer wieder handelte es sich um eine Verteidigung dieser speziellen Form des Kapitalismus, welche wenigstens kurzzeitige Befriedigung von Erwartungen und die Pazifizierung der Arbeiter_innen durch den Kauf von Zeit (Demirovic, 2013: 311). Doch durch diesen „Kauf auf Zeit“ wurde die Krise lediglich in die Zukunft verlagert, denn auch die staatlichen Maßnahmen und die Pazifizierung der Arbeiter_innen haben es nicht vermocht, die Kapitalanleger länger an den demokratischen Kapitalismus zu binden. Dieser lag in ihren Händen und sie haben ihn schlichtweg instrumentalisiert, um für ihre Interessen Zeit zu gewinnen (Demirovic, 2013: 312).

3.1 Die SPD Anfang der 1990er Jahre: In der strategischen Defensive

Zu Beginn meiner Untersuchungen halte ich es für notwendig, auf die schwierige Ausgangssituation, in der sich die SPD Ende der 1980er und 1990er Jahre durch ein „strategisches Dilemma“ befand, hinzuweisen.

Im Konkreten bedeutete das für die SPD, dass die aufkommenden neuen sozialen Bewegungen – allen voran das Entstehen der neuen Partei Die Grünen - sich trotz der Hinwendung der SPD zur Umweltpolitik dauerhaft etablieren konnten. Außerdem gelang es der Partei, folgt man Thomas Hauf, trotz erfolgreicher Landtagswahlen in den 1980er Jahren nicht mehr, die Regierungsverantwortung im Bund zu übernehmen, was mit der Zeit zu einem als desolat zu bezeichnenden Erscheinungsbild der deutschen Sozialdemokratie führte (Hauf, 2007: 54).

In den 1990er Jahren änderte sich die innenpolitische Situation Deutschlands dramatisch und war auf entscheidende Weise von dem Ereignis der Wiedervereinigung geprägt. Dieses Ereignis konnte die SPD nicht für sich nutzen: Aus organisatorischer Perspektive lässt sich dazu festhalten, dass die etwa die meisten Landtagswahlen in den neuen Ländern klar verloren gingen. Zu dem gestaltete sich der Aufbau der SPD in den neuen Bundesländern äußerst zäh, die Mitgliederdichte erreichte im Osten nicht das westdeutsche Niveau. In den 1990er Jahren begann sich außerdem abzuzeichnen, dass es der PDS gelingen würde, sich als dritte große Partei in den neuen Bundesländern fest zu etablieren. Möchte man an dieser Stelle den Versuch unternehmen, eine Zusammenfassung der diffizilen Situation der SPD zu wagen, so lässt

sich festhalten, dass sich nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 und der Vereinigung mit der SDP gleich mehrere Herausforderungen ergaben (Hauf, 2007: 54):

Doch die Zeit spielte gegen die SPD: Denn auch wenn Teile der Partei eine plausible finanzpolitische Protesthaltung durch die Wiedervereinigung wurde ihr Konzept zunichte gemacht: „While Lafontaine was thinking of the costs of unity, Kohl seized the opportunity history had given him and ran with it. Wearing the mantle of Kanzler für Deutschland, he negotiated with Mikhail Gorbachev from a position of strength and dealt swiftly with all those Western countries (especially Britain) which expressed anxiety at the rise of a powerful and united Germany“ (Sasson, 1996: 726). Für die deutschen Sozialdemokrat_innen barg diese Entwicklung eine besonders bittere Ironie in sich; denn wie Sasson selbst ausführt, gab sich die SPD - welche unter Kurt Schumacher noch die Partei darstellte, die zur damaligen Zeit vom Ziel der Wiedervereinigung am überzeugtesten war (Sasson, 1996: 727) - nun, im Prozess der Wiedervereinigung, als „thoroughly westernized“: „It had profoundly identified itself with the institutions and structures of the Federal Republic, a political edifice it had long considered purely temporary. When the crunch came, the SPD was reluctant to accept the end of West Germany“ (Sasson, 1996: 727).. Die „party of Adenauer“ jedoch, „which for so long had looked only to the West and ignored Eastern Germany, had become the party of German unity“ (Sasson, 1996: 727). Und das obwohl das als „finanzpolitischer Protest“ zu wertende Abstimmungsverhalten bei der Bundesratsabstimmung der beiden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (Saarland) und Gerhard Schröder (Niedersachsen) gegen den Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat - der die institutionellen und ordnungspolitischen Grundlagen für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und der durch die Übernahme des westdeutschen Sozialsystems beabsichtigten begrenzten sozialen Abfederung des Transformationsprozesses schaffen sollte (Schröder, 2013: 460) – ein sinnvolles Zeichen gegen den zu erwartenden Beginn einer finanzpolitischen Katastrophe darstellte, was sich bereits im ersten Halbjahr 1990 als sehr berechtigt herausstellen sollte, denn zu dieser Zeit brachen Produktion und Beschäftigung gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich ein. Der eigentliche Crash begann jedoch erst im zweiten Halbjahr 1990. Die Wucht der einbrechenden Depression überstieg nach Ablauf eines halben Jahres die der vierjährigen Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren (Schröder, 2013: 461). Der Verweis auf diese Entwicklungen konnte

der SPD bei den Bundestagswahlen 1990 jedoch keinen Erfolg sichern: „Bei der ersten gemeinsamen Wahl zum Deutschen Bundestag stand der Vereinigungskritiker Oskar Lafontaine gegen den „Kanzler der Einheit“ Helmut Kohl, so dass auch aus dieser Konstellation die Wahl zu einer gesamtdeutschen Abstimmung über Tempo und Art der Vereinigung geriet. Die Regierungskoalition gewann mit deutlichem Vorsprung (CDU/CSU: 43,8%, FDP: 11,0%), die SPD sackte auf 33,5% ab und erzielte damit ihr schlechtestes Ergebnis seit der Bundestagswahl von 1975 (Schröder, 2013: 480).

3.2 Das Wirken der Regierung Kohl bis 1998 und ihr Abgang

Ich möchte nun anhand eines kurzen Exkurses über die Regierungspolitik der aus CDU/CSU und FDP gebildeten Regierungs-Koalition unter Helmut Kohl in den 1990er Jahren darüber Klarheit schaffen, welche von der von ihr gesetzten Maßnahmen – vor allem in der Wirtschafts- und Finanz-, aber auch in der Arbeitspolitik – dem Sieg der SPD bei den Bundestagswahlen 1998 den Boden bereitete.

Die Schwarz-Gelbe Koalition wollte zwar eine Wende in der deutschen Politik herbeiführen, doch weder wollte, noch konnte sie dies in dem Ausmaß, in dem es zum Beispiel Margaret Thatcher in Großbritannien vermochte. Die „konservative Transformation“ des deutschen Wohlfahrtsstaates bestand vor allem in einer Bescheidung der Handlungsfähigkeit des Staates durch die steigende Verschuldung, die sich meist in einer Kürzung bei den Sozialleistungen äußerte, die durch fiskalischen Druck begründet wurden (vgl. Pierson 1996: 166-70; Borchert 1996: 47-57 zitiert nach Nachtwey, 2009: 208). Helmut Kohl konnte aus verschiedenen Gründen nicht so radikal vorgehen, wie das in Großbritannien der Fall gewesen ist. Eine Begründung dafür liegt wohl auch bei dem Umstand, dass in der CDU immer noch eine stärkere sozialpolitische Tradition fortwährte und ein großer Arbeitnehmerflügel präsent war, und auch bei den Liberalen war die Balance zwischen Wirtschafts- und Sozialliberalen noch nicht endgültig gekippt. Selbst gewisse Einschnitte gelangen nur schwerlich, weil das politische System in Deutschland eine Vielzahl von Vetospielern - die Bundesländer, den Bundesrat, die Gewerkschaften etc. - bereithält, die Rückbau-Reformen erschweren. Was die Kohl-Regierung bis 1990 erreichte, war eine relative Stabilisierung der Sozialfinanzen durch Ausgaben- und Leistungskürzungen und Einnahmeerhöhungen. Die Kürzungspolitik, so meint zumindest Oliver Nachtwey, war aber nichts genuin Neues, son-

dem sogar schon von der sozialliberalen Koalition begonnen worden. Die Kohl-Regierung verschärfte lediglich das Tempo (vgl. Schmidt, 2005 zitiert nach Nachtwey, 2009: 208f.). Die Grundphilosophie des deutschen Sozialstaates blieb weitgehend unangestastet (vgl. Schmidt, 2006a: 143 zitiert nach Nachtwey, 2009: 209) und im Jahr 1992 fügte man mit der Pflegeversicherung sogar noch eine weitere Säule zu den bestehenden Sozialversicherungen hinzu, die allerdings nur nach dem „Teilkaskoprinzip“ funktioniert, da sie nur eine Unterstützungsleistung für die häusliche Pflege beinhaltete, und diese war von daher auch „Rückbau im Ausbau“ (Lessenich, 2003b zitiert nach Nachtwey, 2009: 209). Selbst in den Arbeitsbeziehungen gab es keinen größeren angelegten Angriff auf die Gewerkschaften. Während Thatcher in den Jahren 1984/85 die Bergarbeiter in die Knie zwang, erkämpfte die IG Metall 1984 die 35-Stunden-Woche. Von der Kohl-Regierung wurde daraufhin den § 116 des Arbeiterförderungsgesetzes, der indirekt vom Streit betroffene Arbeitnehmer von Lohnersatzleistungen ausschloss. Dadurch gelang es allerdings nicht, die Gewerkschaften wirklich zu schwächen. (vgl. Hasel 2006 zitiert nach Nachtwey, 2009: 209). Selbst die Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt waren noch eher gering geblieben (vgl. Heise 1999 zitiert nach Nachtwey, 2009: 209).

Die Kohl-Regierung hatte sich wie die Thatcher-Administration einer angebotspolitischen Agenda verschrieben, die aber ihr beabsichtigtes Ziel, nämlich mehr Beschäftigung zu schaffen, nicht erreichte. In den 1990er Jahren begannen sich dann die Probleme insofern zu häufen, als sich eine Erschöpfung des komplexen Gleichgewichtes aus sozialen und wirtschaftlichen Aspekten im Modell Deutschland - welche bislang miteinander vereinbart wurden - abzuzeichnen begann. Der Druck der globalen Marktintegration nahm stetig zu, und vor allem war die Deutsche Einheit eine gewaltige Aufgabe ordnungspolitischer, institutioneller und finanzieller Transfers (Strecke 1997 zitiert nach Nachtwey, 2009). Es kam zwar zu einem Wandel, und immer wieder inkrementellen Kürzungen bei der sozialen Sicherung, doch insgesamt blieb der „dynamische Immobilismus“ (Lessenich 2003b zitiert nach Nachtwey, 2009: 209) des deutschen Sozialmodells eine Konstante. Dies lässt aber nicht darüber hinweg täuschen, dass bereits gravierende neoliberale Zäsuren bestanden haben, die sich etwa in den Konvergenz-Kriterien des Maastrichter Vertrages äußerten, was die liberal-konservative Regierung Kohl in den 1990er Jahren weiter auf Spar- und Privatisierungsdruck gehen ließ (vgl. Zohlnhöfer, 2007 zitiert nach Nachtwey, 2009: 209). Dazu kam natürlich, dass sich, was ich bereits ausführte, nach der Wiedervereinigung die

Haushaltslage weiter zuspitzte und die Bundesregierung daraufhin den Pfad der kooperativen Sozialpolitik verließ und zu einer konfliktiven wechselte: So sah das Sparpaket 1996 neben Haushaltseinschnitten auch die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Lockerung des Kündigungsschutzes für Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten vor (vgl. Schmidt 2005 zitiert nach Nachtwey, 2009: 209f.) – das bedeutete einen beträchtlichen Angriff auf die Interessen der Gewerkschaften, der aber gleichsam einen großen Mobilisierungseffekt bedeutete, denn schließlich war gerade die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine im eigenen Lager legendäre Errungenschaft gewesen – war diese doch 1956 in einem 114 Tage dauernden Streik erkämpft worden. Die massiven Proteste, die dieses Sparpaket zur Folge hatte, läutete schließlich das Ende der Ära Kohl ein (Nachtwey, 2009: 210).

3.3 Die SPD bis 1998 – ein Wahlsieg und sein Zustandekommen

Um an dieser Stelle den Übergang zu dem für die SPD in den 1990er Jahren wohl zentralsten Ereignis – der Bundestagswahl 1998 und die Rückkehr in die Regierungsverantwortung nach einer 16-jährigen Oppositionszeit – vollziehen zu können, möchte ich in einem kurzen Abschnitt die sozioökonomische Ausgangssituation in den späten 1990er Jahren beschreiben, die einen solchen Wechsel ermöglichte.

Wie bereits im obigen Abschnitt festgestellt wurde, war das Ende der christlich-liberalen Koalition im Wahljahr 1998 so gut wie fix. Kohl musste einräumen, dass sein Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, nicht mehr erreichbar war. Das Jahr 1998 begann mit schlechteren Arbeitsmarktdaten als im Wahljahr 1994: Im Januar 1994 hatte die Zahl der Arbeitslosen im Januar bei 4,03 Millionen gelegen, im Januar 1995 waren hingegen 4,82 Millionen Personen ohne Arbeit (Bachmeier 2006 zitiert nach Bökenkamp, 2010: 523). Die Arbeitslosenquote betrug somit 12,6%, in Ostdeutschland waren zum ersten Mal mehr als 20% der Erwerbsfähigen arbeitslos. In der vormals boomenden Baubranche waren in Ostdeutschland 40% der dort Tätigen ohne einen Arbeitsplatz (Bökenkamp, 2010: 523). In keiner Bundestagswahl zuvor hatte die Beschäftigungslosigkeit in der Bundesrepublik eine derart große Rolle eingenommen wie in jener 1998 (Bökenkamp, 2010: 524). Diese thematische Polarisierung begünstigte den Wahlkampf für die Sozialdemokratie ungemein: Das in der Bevölkerung verankerte Empfinden, Deutschland leide unter einer „sozialen Schieflage“, war allgegenwärtig geworden. Die konservativ-liberale Kohl-Regierung wurde dafür mitverantwortlich gemacht, denn schließlich ließ diese es zu, dass die Unternehmens- und Aktienkurse

weit stärker gestiegen waren als die Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung. Zusätzlich wurden gerade die hohen Einkommen durch Steuerreformen und neu erschaffene Abschreibungsmöglichkeiten in überproportionaler Weise entlastet. Diese wachsende materielle Ungleichheit wurde aber nicht als eine Begleiterscheinung des Kapitalismus hingenommen, gegen die es nichts zu unternehmen gäbe - sie wurde vielmehr als eine virulente „Gerechtigkeitslücke“ aufgefasst, die einer dringenden staatlichen Regulation bedürfte (Prokla-Redaktion, 2000: 486). Die Bundestagswahl 1998 führte interessanterweise – und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die, wie ich es zusammenfassen würde – hegemonialen Kräfte der kapitalistischen Globalisierung, in den breiten Bevölkerungsschichten Deutschlands niederschlugen (Prokla-Redaktion, 2000: 486) – zu einer erheblichen (wahl)politischen Mobilisierung, die vor allem von dem Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ getragen wurde. Die „Soziale Gerechtigkeit“ war ein Grundwert geworden, der nicht derart offensichtlich und auf Dauer verletzt werden konnte, wie dies von der Regierung Kohl vorexerziert wurde (Prokla-Redaktion, 2000: 486).

3.4 Die SPD ab 1998: Aufbruch und Niedergang

Im Herbst 1998 fand zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein richtiger Regierungswechsel statt: Im Gegensatz zu den vorangegangenen Regierungswechseln war jeweils eine Partei schon an der Vorgängerregierung beteiligt gewesen. Erst durch die Regierungsübernahme der Rot-Grünen Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurden zum ersten Mal die Parteien, die bisher die Regierung gestellt hatten, komplett durch bisherige Oppositionsparteien ersetzt (Egle/Ostheim/Zohlnhöfer, 2003: 7). In seinem essayistischen Text „Vorwärts oder Abwärts“ reflektiert Franz Walther, wie ich finde in einer deliziös-humoristischen Weise die Stimmung, die dieser und andere Regierungswechsel hin zu einem sozialdemokratischen Machtwechsel, hervorbrachten, treffend:

„Ende der Neunziger Jahre schienen die Requiems auf die Sozialdemokrat{innen} allesamt dementiert und falsifiziert zu werden. Der totgeweihte Patient kehrte prächtig erholt auf die politische Bühne zurück und forderte für sich die Hauptrolle. Elf der 15 Regierungschefs aus den Ländern der Europäischen Union gehörten der Sozialdemokratie an; in zwei anderen nationalen Kabinetten waren Sozialdemokrat{innen} zumindest als Juniorpartner vertreten. Auf den europäischen Gipfeltreffen des Jahres 1999 weilten Sozialdemokraten fast unter sich, worauf sie die Öffentlichkeit durchaus gerne und stolz aufmerksam machten. Tony Blair,

Gerhard Schröder, Lionel Jospin, Göran Persson, Wim Kok und auch Romano Prodi - das waren die politischen Helden jener Jahre, zunächst vor Selbstbewusstsein strotzend, mit der Überzeugung ausgestattet, auf der Höhe der Zeit zu agieren, wieder - wie in frühen Zeiten - als politisches Agens der Zukunft zu walten. Kaum jemand sprach zum Ausgang des 20. Jahrhunderts noch sinister vom Ende der sozialdemokratischen Ära; viele schwärmten hingegen nun von neuen „Dritten Wegen“ (Walther, 2010: 43).

Als die so genannte „Linksregierung“ endlich in die Regierungsverantwortung gespült worden war, wurde denn auch sogleich der neoliberale Umbau des Kapitalismus weitgehend fortgesetzt: Bereits ein Jahr nach dem Antreten der Rot-Grünen Koalition konstatierte die Redaktion der kritischen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift Prokla in ernüchterndem Ton, dass gerade einmal ein Jahr nach dem glänzenden Wahlerfolg dieses neuen politischen Projekts – das wenigstens ansatzweise eine Alternative zur konservativ-neoliberalen Politik der Vorgängerregierung darstellen hätte können - bereits abgestürzt ist (Prokla-Redaktion, 1999: 346).

So gestaltete sich ein für die SPD besonders schmerzlicher Konflikt zwischen einer „neoliberalen Globalisierung vs. Erhalt der Bastionen des Rheinischen Kapitalismus“ (Röttger, 2008: 91). Mit der Agenda 2010 wurde schließlich ein „point of no return“ (Walter, 2006b: 242 zitiert nach Nachtwey, 2009: 220) in der Partei-Programmatik erreicht, der die SPD in einen für die Geschichte der Sozialdemokratie beispiellosen Paradigmenwechsel (Meyer, 2004b zitiert nach Nachtwey, 2009: 220) hineinführte: Dieser ignorierte das noch 1998 von der Sozialdemokratie abgegebene Versprechen der sozialen Gerechtigkeit und baute anstatt dessen den Sozialstaat „im Umbau um“ (Meyer 2004a, b zitiert nach Nachtwey, 2009: 220). Rückblickend betrachten SPD und Grüne die zurückliegenden sieben Jahre als eine Periode des Aufbruchs und der Veränderung. Die bundesdeutsche Gesellschaft stecke ihrer Behauptung nach in einem tiefgehenden Umbruch, der von Rot-Grün jedoch in einer mit beträchtlichen Fortschritten versehenen Weise angegangen worden sei (Bischoff, 2005: 7). Zum Selbstbild der Koalition gehörte aber auch das Eingeständnis, dass Teile der Bevölkerung sich schwertaten, die von ihr entwickelten politischen Lösungen für die gesellschaftliche Umbruchsituation zu akzeptieren. Auch das vorgezogene Votum der Wähler 2005 über die Bilanz von Rot-Grün sei letzten Endes durch die „mutige Politik“ der Regierungskoalition erzwungen worden (Bischoff, 2005: 8) – so konstatiert Schröder später

im Bundestag: „Dieser Reformprozess ist in seinem Umfang und in seinen Konsequenzen einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir haben in Angriff genommen, was unsere Vorgängerregierung unterlassen hatte. Wir haben begonnen, wozu CDU/CSU und FDP 16 Jahre lang Zeit, aber niemals den Mut hatten (Schröder, Rede im Bundestag vom 1.7.2005). So bleiben Schröder, Fischer und Müntefering bei der These, das bürgerliche Lager sei unfähig zu strukturellen Reformen. Die Regierungskoalition habe sich dieser wichtigen Herausforderung gestellt und dabei die eigene politische Mehrheit in der Bevölkerung verloren. (Bischoff, 2005: 8). Dennoch wird unbeirrt an der (schmerzhaften) Richtigkeit der Konzeption festgehalten, wenn Schröder überzeugt zu Protokoll gab, dass mit den Reformen der Agenda 2010 wichtige Bereiche unserer Gesellschaft in ihren Strukturen grundlegend erneuert wurden. Diese Reformen seien notwendig gewesen, um den Sozialstaat auch in Zukunft zu erhalten und die Wirtschaft auf die Herausforderungen der Globalisierung einzustellen. Er musste jedoch an dieser Stelle auch einräumen, dass diese für ihn als notwendig geltenden Reformen gegen massive Widerstände von Interessensgruppen durchgesetzt werden mussten – dabei hätten einige, seiner Meinung nach, in dieser Situation auf unverantwortliche Weise die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger instrumentalisiert (Schröder, 2005 zitiert nach Bischoff, 2005b: 8).

3.5 Die Implosion der SPD: Der „Dritte Weg“

Der Entwurf für die Programmatik des „Dritten Weges“ der Sozialdemokratie war, was ein wenig verblüffend erscheinen mag, nicht sonderlich originell gestaltet worden. Er sollte einen erkennbaren Überbau zimmern für etwas, was der britische Amtskollege Gerhard Schröders, Tony Blair, politisch längst in die Tat umgesetzt hatte. Der „Third Way“ war nichts Geniunes, er war, gleichsam als Korrektivvorgang, abgeleitet aus den Schwächen der ersten und zweiten, der bislang dominanten, realen Wege (Vgl. Sturm zitiert nach Walter, 2010: 47). Solche Überlegungen trafen den Nerv und die Mentalität eines einsetzenden - wie bereits am Ende meines vorigen Kapitels gezeigt – Umwerbens _innen der gesellschaftliche Mitte. Der neue „Dritte Weg“ verhieß – wie es Walter sarkastisch zu bewerten weiß - Maß und Besonnenheit, er versprach, den Extremismus und die Übertreibungen der ersten und zweiten Wege zu meiden. Im präzisen Fall der historischen Gegebenheiten zum Ende des 20. Jahrhunderts sollte das bedeuten: Man wollte weder an den verbohrt Traditionalismen der alten Sozialdemokratie festhalten noch einfach die Rigiditäten der zuletzt regierenden Neoliberalen und

Neokonservativen prolongierten (Walter, 2010: 47). Im Grunde erkannten die Protagonisten des „Dritten Weges“ die konstitutiven Axiome des Neoliberalismus an, während sie die grundlegenden Prämissen der Altsozialdemokrat_innen verwarfen. Die Monetaristen bzw. Neoliberalen hatten in den 1960er und 1970er Jahren die keynesistischen Rivalen schroff negiert, aus einer fundamentalen Kritik an diesen ihre eigene, prinzipiell alternative Ideologie entwickelt. Eine so klar und scharf akzentuierte Gegenidee hatten die Sozialdemokrat_innen mit dem Dritten Weg nicht anzubieten: Es war viel mehr erstaunlich mit anzusehen, mit welcher Skrupellosigkeit sie die bereits hegemonial gewordene Wirtschaftsphilosophie der vorangegangenen zwanzig Jahre, die vom Primat der Märkte, dem Segen des Wettbewerbs, den Vorzügen privater Verantwortlichkeiten, der Modernisierungsleistung hochflexibler Finanzbewegungen ausgingen – folgten und von der Alternativlosigkeit all dieser Phänomene in einer Globalisierungsgesellschaft überzeugt waren (Walter, 2010: 47). Von Seiten der damaligen Oppositionspartei FDP kam vom Fraktionschef Guido Westerwelle süffisantes Lob: Die Programmschrift, so Westerwelle, entspreche „in weiten Teilen den Vorstellungen der FDP“ man denke daher, ihre Kernaussagen als Entschließung in den Bundestag einzubringen (vgl. die Tageszeitung, 1999 zitiert nach Walter, 2010: 50). Der Dritte Weg dieser Spielart bedeutete tatsächlich eine Kapitulation der Sozialdemokratie vor tragenden Elementen alt- und neoliberaler Sichtweisen. Denn auch - das sei hier noch einmal nachdrücklich festgehalten - die alten Sozialdemokrat_innen nahmen nun den Markt als Maß aller Dinge an (vgl. Sturm zitiert nach Walter, 2010: 51) Die alte Riege in der SPD wollte den Markt - als sie diesen nicht mehr abzuschaffen versuchte, doch bändigen, regeln, zumindest durch Prinzipien des Allgemeinwohls einrahmen und vermenschlichen - es ging darum „den Märkten Tag für Tag das Soziale abzuringen - diese Programmatik bildete die Leitlinie einer postmarxistischen reformistischen Sozialdemokratie (Nachtwey 2009 zitiert nach Walter, 2010: 51), die plötzlich darauf erpicht war, den Kräften des Marktes ohne hemmende Reglements volle Entfaltungsmöglichkeiten verschaffen zu wollten. Das gehörte seit den späten 1990er Jahren - im Falle der SPD muss man, so denke ich, die Zeit Lafontaines als Parteivorsitzenden vielleicht ausklammern - zu den Kernanliegen der postreformistischen Sozialdemokratie des „Dritten Weges“ und der Neuen Mitte. Das allerdings der Staat - die wohl bedeutendste Institution der Sozialdemokratie - nun von eben jener durch ein von ihr geschaffenes ideologisches Konglomerat gänzlich diskreditiert wurde, weil dieser auf einmal, aus einer prinzipiellen programmatischen Ohnmacht

der Linken heraus, so ließe sich festhalten, als ein Erzeuger von Abhängigkeiten, unehrlichem Verhalten, Bürokratisierung und Betreuungsfälle sei (vgl. Giddens zitiert nach Walther, 2010: 51). Gerade der Wohlfahrtsstaat habe Verantwortungslosigkeiten, Arbeitsscheu, unmoralische Lebensführung und sogar Kriminalität hervorgebracht (Walter, 2010: 51). An dieser Stelle sei darin erinnert: Liberale hatten stets vor der so genannten „Krake Staat“ gewarnt. Die SPD folgte ihr nun darin und verabschiedete sich so von sich selbst. Früher galt ihnen der Staat als die Instanz, mit welcher die Gesellschaften - ihrer Diktion nach - gezielt und vernünftig auf sich selbst einzuwirken vermochte, marktbedingte Privilegien einzudämmen konnte und die prinzipielle Gleichheit aller Einzelnen in ihrer Würde, ihren Rechten und Möglichkeiten garantieren sollte. Jetzt wurde der Staat dem Markt sogar nachgeordnet: der Staat hatte zu agieren, um die Märkte zu stärken, das Humankapital für den harten Wettbewerb zu befähigen und zu aktivieren und damit Standardvorteile für die globale Konkurrenz zu schaffen. (Walter, 2010: 51f.) Man kommt an dieser Stelle unwillkürlich zu dem ernüchternden Paradigmenwechsel, der die SPD nun dazu anleitete, dass der Staat jetzt die Märkte nicht mehr begrenzen sollte, sondern - und dies bedeutete eine totale ideologische Schubumkehr - anstatt dessen wollte man sie lieber öffnen, ja ihre Dynamik forcieren (Walter, 2010: 52). In der Programmatik des „Dritten Weges“ vollzieht sich somit der Abschied der Sozialdemokratie von der Arbeiterbewegung, die um den Preis eine sozialstrukturell gesehen, eher kleine „neue Mitte“ von Symbolanalytikern zu gewinnen, so zitiert Mahnkopf Anthony Giddens {.....} „von ihrer Fixierung auf die sozial Schwächeren“ lässt (Mahnkopf, 2000: 490f.)

3.6 Die historische Entwicklung des Neoliberalismus und sein steigender Einfluss auf die Sozialdemokratie

Mit diesem Abschnitt sollte vor dem eigentlichen Eintauchen in die Policy-Analyse der für mich entscheidende historische Entwicklungsprozess des „Aufstiegs des Neoliberalismus“ und des damit einher gegangenen „Abstiegs des Keynesianismus“ – der sich bereits partiell unter der sozialliberalen Koalition zu vollziehen begann (siehe dazu Winkler, 2000a zitiert nach Nachtwey, 2009: 162) – deutlich gemacht werden. Die nach dem sozialdemokratischen Keynesianismus, der „mit prallem, pausbäckigem Optimismus den Anbruch einer neuen Zeit gesteuerter und gerechter Wohlstandsmehrung verkündete“ (Walther, 2010: 33) eintretende Phase, in der die Sozialdemokratie ihr keynesianisches Projekt verlor (vgl. Padgett/Paterson, 1991 zitiert nach

Walther, 2010: 35) und sich daher einen neuen, den „Dritten Weg“ suchte (Walter, 2010: 47). Dieser „Dritte Weg“, der – wie unter 8.1 besprochen – den Abschied der Sozialdemokratie von der Arbeiterbewegung bedeutete, wird von Alex Demirovic als Paradebeispiel für einen Neoliberalismus gesehen, der es stets verstanden hat, sich mit anderen ideologischen Konzepten zu verknüpfen (Demirovic, 2008: 21). Diese gerissene Wandlungsfähigkeit ist, würde ich sagen, entscheidend für die Zähigkeit der Hegemonie des Neoliberalismus: Durch seine Fähigkeit andere Ideologien oder ideologische Elemente überzudeterminieren (Demirovic, 2008: 21).

4. Rot-Grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik: Ein nostalgischer keynesianischer Versuch und die neoliberale Deformierung

Dieses Kapitel soll – auch zum Zwecke eines besseren Überblicks – in 3 Zeitabschnitte unterteilt werden. Die zeitliche Gliederung, die sich an jener von Beck und Scherer aus 2002 orientiert, lautet: 1. „Lafontaine-Trittin-Phase“ (von 9/1998-3/1/1999), 2. „Eichel-Riester-Phase“ (von 4/1999-2/2002) und 3. die „Hartz-Clement-Phase“ (von 3/2002- {2005}) (Beck/Scherer, 2002: 1).

Zu Beginn der Regierungsperiode, in der so genannten „Lafontaine-Trittin-Phase“, mühte sich der neue Finanzminister Lafontaine, eine keynesianische Politik auf nationaler und europäischer Ebene zu etablieren. In Europa wollte er mit einer koordinierten Finanzpolitik den Steuerwettbewerb der europäischen Staaten begrenzen. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sollte dafür genutzt werden, um in Europa für ein höheres Wachstum zu sorgen. Damit lag Lafontaine vornehmlich die Neubelebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragepolitik am Herzen, welche durch eine koordinierte Geld-, Finanz- und Lohnpolitik wirken sollte (Lafontaine/Müller 1998 zitiert nach Nachtwey, 2009: 215). Es wurde demnach eine nahe liegende Strategie verfolgt, die – ganz in der Tradition einer Nachkriegs-Sozialdemokratie – ein höheres Wirtschaftswachstum durch eine steigende Nachfrage ein höheres hervorrufen und so für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen soll, da dadurch vor allem die Nachfrage der unteren Einkommensgruppe gestärkt werden wird. Auffällig ist daher, dass der erste Haushalt der Rot-Grünen Regierung daher deutlich expansive Züge trug, ganz besonders im Budget des Sozialministeriums (vgl. Zohlnhöfer 2003b: 195 zitiert nach Nachtwey, 2009: 215). Auf internationaler Ebene sollte die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten re-reguliert und wieder unter politische Kontrolle gebracht werden, um

auf diese Weise der nationalen Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, und Beschäftigungspolitik im Bemühen um ein höheres Wirtschaftswachstum sowie die Reform der Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssystemen größere Handlungsspielräume zu verschaffen (vgl. Lafontaine/Müller, 1998 zitiert nach Bieling, 2000: 28). Auch in der Steuerpolitik setzte Lafontaine auf eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch Umverteilung, welche das primäre Ziel verfolgte, die in den Kohl-Jahren verursachte Gerechtigkeitslücke zu schließen. Die Kernpunkte der Steuerreform umfassten vorwiegend Maßnahmen, welche die Steuerbelastung niedriger Einkommen zudem senken sollten und sie für mittlere und höhere Einkommen unverändert ließ (vgl. Zohlnhöfer 2003 b: 196; Eichenhorst/ Zimmermann 2005 zitiert nach Nachtwey, 2009: 215). Unter seiner Führung hatte die SPD zuvor mit ihrer Mehrheit im Bundesrat die Steuerreform der Kohl-Regierung verhindert (Nachtwey, 2009: 215). Und so trug diese Steuerreform verteilungspolitischen Gesichtspunkten noch einmal eine klassisch sozialdemokratische Handschrift (Egle 2006: 164 zitiert nach Nachtwey, 2009: 215). Obwohl der Finanzminister de facto der Richtlinienkompetenz des Kanzlers unterstand, verfügte er anfangs über ausreichende Freiheiten, um seinen eigenen Kurs verfolgen zu können: fiskalische Stimulierung, Anregung der Massenkaufkraft durch Steuerbelastungen, Vorstöße zur internationalen Koordination der Steuerpolitik und die Aufforderung an die Zentralbank, die Zinsen zu senken (Beck/Scherrer, 2002: 4). Dies wurde von Lafontaine später auch in einem seiner Bücher, welches nach seinem Ausscheiden als Bundesfinanzminister erschienen ist, wie folgt erläutert: „Ein Ziel der rot-grünen Bundesregierung war es, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Ich hatte als Bundesfinanzminister auf Konsolidierung durch Wachstum gesetzt. Während der Bundeshaushalt 1999 eine Reduzierung der Neuverschuldung auswies, stiegen die Reallöhne der Arbeitnehmer{innen} um drei Prozent und die Europäische Zentralbank senkte den Leitzins auf 2,5 Prozent. Das Ergebnis dieser Maßnahmen war, {so sein Urteil} zufrieden stellend. Das Verbrauchervertrauen nahm zu, die Wirtschaft wuchs real um 1,9 Prozent und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Die öffentliche Gesamtverschuldung, die sich im Vorjahr noch um 1,8 Prozent erhöht hatte, nahm nur noch um 1,6 Prozent zu. Die Rechnung für das erste Jahr der Koalition war aufgegangen“ (Lafontaine, 2002: 213). Als interessante Randnotiz zu den Grünen möchte ich diesbezüglich noch anmerken, dass die SPD unter dem Parteivorsitzenden Lafontaine mit den Grünen noch die Hoffnungen auf eine ökologische und gesellschaftliche Moder-

nisierung verband. (Beck/Scherrer, 2002: 4). Diese Maßnahmen von Rot-Grün entsprachen nicht nur in etwa den Erwartungen ihrer traditionellen Wähler, sondern bekräftigten überdies hinaus noch zentrale Merkmale, z.B. Arbeitsbeziehungen, sozialstaatliche Leistungen und korporatistische Steuerung, des Modell Deutschland. Eine solche grundsätzlich als begrüßenswert zu bezeichnende Ausrichtung der Politik von Rot-Grün erfuhr gleich nach Koalitionsbeginn dennoch einen ersten Rückschlag, als im Februar 1999 die Hessen-Wahl aufgrund eines populistisch aufgeladenen Wahlkampfes der CDU unter dem Spitzenkandidaten Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die Verwundbarkeit der Bundesregierung beim Thema Migration offen zu Tage trat (die Grünen verloren in Hessen 4 Prozentpunkte, der SPD blieb ein Teil ihrer traditionellen Arbeiterwählerschaft fort; Hofrichter/Westle 2000 zitiert nach Becker/Scherrer, 2002: 4). Diese Schwächung durch die Wähler hatte weitreichende Konsequenzen für die Koalition: Der Verlust der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat etwa eröffnete der Opposition die Möglichkeit, Gesetzesvorhaben der Regierung zu blockieren, um so auch indirekt die angebotsorientierte Fraktion innerhalb der Koalition zu stärken (Becker/Scherrer, 2002: 5). Nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines im März 1999 - der gewissermaßen eine politische Niederlage für eine traditionelle sozialdemokratische Politik darstellte und wiederum den massiven Einfluss des Kapitals auf den Kurs der Wirtschaftspolitik ganz klar verdeutlichte (Kreutz 2002, Heise 2002 zitiert nach Becker/Scherrer, 2002: 5) - wurde Hans Eichel neuer Finanzminister, was einen neuerlichen Politikwechsel und den Eintritt in die „Eichel-Riester-Phase“ markierte (Beck/Scherer, 2002: 1-5), der den nachfrageorientierten Expansionskurs - der von Lafontaine konsequent verfolgt wurde - zum Erliegen brachte und anstatt dessen einen Konsolidierungskurs implementierte, der nahezu alle vorhergegangenen Ausgabensteigerungen zurücknahm (vgl. Zohlnhöfer 2003b: 197f.). Diese Umstellung führte schließlich zum Konjunkturunbruch im Sommer 2001, worauf die Bundesregierung unter dem Motto der Politik einer „ruhigen Hand“ aktive Interventionen ablehnte (Nachtwey, 2009: 216). Hans Eichel vollzog in der Steuerpolitik nicht unmittelbar eine derart radikale Wende wie in der Haushaltspolitik, sollte jedoch im Verlauf - wie dies auch Christoph Scherrer und Stefan Beck in ihrem Artikel aus dem Jahr 2002 beschrieben (Scherrer/Beck, 2002: 4) - nachhaltig die Richtung änderte, indem es vorrangig nicht mehr um Umverteilung, sondern einer Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“ (Egle 2006 zitiert nach Nachtwey, 2009: 216). Für Unternehmen wurden die

Körperschaftsteuersätze gesenkt, Veräußerungen von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften steuerfrei sowie Aktionäre mit hohem Einkommen besser gestellt. Darüber hinaus wurden bei der Einkommensbesteuerung sowohl der Eingangs- als auch der Spitzensteuersatz gesenkt (Nachtwey, 2009: 216). Diese erheblichen Steuersenkungen für Spitzenverdiener und Unternehmen stärkten zwar – neben einer sehr moderaten Lohnentwicklung- die so oft beschworene internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, untergruben aber tendenziell die institutionellen Grundlagen eines deutschen Modells (Beck/Scherer, 2002: 5). Da die ungleiche Entlastung der Haushalte keine Stimulierung der Nachfrage bewirkte, brachen mit der wirtschaftlichen Schwäche die Steuereinnahmen ein, was zu einem Rückgang von kommunalen Investitionen führte (vgl. Vesper 2004 zitiert nach Beck/Scherer, 2002: 5) und erhöhte somit den Druck, die staatlichen „built-in stabilizers, wie z.B. Sozialausgaben, welche sich antizyklisch entwickeln, einzuschränken. Die prozyklische Fiskalpolitik trug daher selbst zu den immer wieder angeführten vermeintlichen „Sachzwängen“ bei. Zudem untergrub die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen die Einbindung vor allem großer Unternehmen, und damit langfristig die Steuerbasis (Kellermann, 2005 zitiert nach Beck/Scherer, 2002: 5).

Die zweite zentrale Reform betraf die Teilprivatisierung der Renten. Nach einem anfänglichen Aussetzen der unter Helmut Kohl beschlossenen Rentenkürzung und einer Ausdehnung der Versicherungspflicht ging Rot-Grün auch hier zu einer Politik über, die nicht nur Teile der traditionellen sozialdemokratischen Wählerschaft belastete, sondern darüber hinaus das für den deutschen Sozialstaat zentrale Solidarprinzip aushöhlte (Mosebach, 2005a zitiert nach Beck/Scherer, 2002: 5).

Die beiden Autoren erkennen an dieser Entwicklung eine Unterordnung der Wirtschaftspolitik unter das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit, durch die einzelne Maßnahmen zugunsten der traditionellen Klientel in dieser Phase, insbesondere die Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes 2001 gegen den Widerstand v.a. mittelständischer Unternehmen, erklärungsbedürftig. Die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung war zwar zweifellos ein Erfolg für die Gewerkschaften, aber letztlich ein vergleichsweise bescheidener Kompensationsversuch (Beck/Scherer, 2002: 5).

Die als letzte zu behandelnde „Hartz-Clement-Phase“ ergab sich – so lässt sich wohl konstatieren – eben aus jener paradoxen Hinwendung der SPD zur marktorientierten Arbeitsmarktpolitik wegen der die rot-grüne Regierung weit davon entfernt war, ihr zentrales Wahlkampfversprechen von 1998 zu erfüllen, nämlich die Arbeitslosigkeit

spürbar zu senken (Beck/Scherer, 2002: 5). Kanzler Gerhard Schröder stand deshalb unter erhöhtem Handlungsdruck (Beck/Scherer, 2002: 5), dem er mit den tiefen Einschnitten in das soziale Netz, der Agenda 2010 meinte, entgegensteuern zu können (Beck/Scherer, 2002: 1).

4.1 Die Finanzpolitik von Rot-Grün unter der Linse des Neo-Gramscianischen-Ansatzes

Um nun diese beschriebenen Policy-Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik in eine angemessene theoretische Untersuchung zu überführen, möchte ich zuerst den von mir in meiner Einleitung bereits erklärten Neo-Gramscianischen-Ansatz verwenden.

Wie wir gesehen haben, lässt sich der Beginn des „Rot-Grünen-Projekts“ vor allem in Bezug auf den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik in zwei Phasen teilen: Jene, in der Oskar Lafontaine als Finanzminister den Versuch einer Revitalisierung des Keynesianismus startete (Lafontaine/Müller 1998 zitiert nach Nachtwey, 2009: 215) und die darauf folgende, in der Hans Eichel diesen Versuch beendete und schließlich eine klassische Austeritätspolitik als politisches Programm verfolgte und darüber hinaus das Ziel Lafontaines, die höheren Einkommen zu besteuern umkehrte und diese entlastete (Nachtwey, 2009: 216).

Wenn nun die Ausführungen von Robert Cox für eine detaillierte Beschau dieser Policy heranziehen, wird klar, dass diese Form der Hegemonie - die nicht zuletzt einer internationalen Beeinflussung ausgesetzt ist - eine Ordnung innerhalb der Weltökonomie mit einer dominanten Produktionsweise ist, die alle Länder durchdringt und zu anderen, untergeordneten Produktionsweisen führt. Die Welthegeemonie ist demnach als soziale Struktur, als ökonomische Struktur und als politische Struktur zu beschreiben. Die Welthegeemonie drückt sich in universellen Normen {...}, Institutionen und Mechanismen aus, welche generelle Regeln festlegen für das Verhalten von Staaten und für die sozialen Kräfte, die die nationalen Grenzen überschreiten - Regeln, die so die dominante Produktionsweise unterstützen (Cox, 1983 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 341).

Obwohl ursprünglich ein nationales Phänomen, kann sich Hegemonie - wie in unserem Fall die Hegemonie des Neoliberalismus - grundsätzlich ausdehnen, indem eine bestimmte Form der sozialen Produktionsbeziehungen auf andere Länder übertragen wird, welche letztlich dazu führt, dass die nationale Organisation der Produktion in

eine Hierarchie weltweit miteinander verflochtener Produktionsstrukturen eingebunden ist (Cox 1983; 1987 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 348). Dieser Prozess der Expansion macht eine Verbindung von sozialen Kräften unterschiedlicher Länder dann möglich (Bieler/Morton, 2003: 348): „A world hegemony is thus in it's beginnings an outward expansion of the international (national) hegemony established by a social class“ (Cox, 1983: 171 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 348). Anhand dieser Feststellung lässt sich erkennen, warum sich die finanz-und wirtschaftspolitische Neu-Formierung der SPD mit einer bemerkenswerten Rasanz vollzog: Durch den Umstand, dass die Hegemonie des Neoliberalismus sich, worauf bereits verwiesen wurde schon lange vor dem Antreten der Regierung aus SPD und Grünen formierte (vgl. Walter, 2010: 40) und durch das Konzept des „Dritten Weges“ in späterer Folge von der Sozialdemokratie auch noch ein programmatisches Gesicht bekam, konnte diese „world hegemony“ (Cox, 1983: 171 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 348) sich als äußerst resistent gegenüber anderen Ideologien erweisen.

Neben Cox wurden in den 1980er und 1990er Jahren die wohl wichtigsten Studien aus neo-gramscianischer Perspektive von einem weiteren Wissenschaftler der York-Universität in Toronto verfasst: Stephen Gill (Bieler/Morton, 2003: 352). Gill, auf den ich an dieser Stelle gerne noch eingehen möchte, hat der These von der Internationalisierung des Staates eine theoretisch besser fundierte Basis gegeben. Gill sieht eine vom transnationalen Kapital vorangetriebene Umstrukturierung der Produktions- und Finanzbeziehungen und damit das Entstehen eines neuen transnationalen Akkumulationsregimes. Diese Entwicklung wird durch zwei Schlüsselprozesse organisiert: vom so genannten „neuen Konstitutionalismus“ des „disziplinären Neoliberalismus“ und die damit einhergehende Verbreitung einer Marktgesellschaft. Der Kern dieses „neuen Konstitutionalismus“ besteht in der konsequenten Verbreitung der „Marktdisziplin“ – damit sind makroökonomische Prinzipien wie Markteffizienz, Disziplin und Wettbewerbsfähigkeit gemeint (Bieler/Morton, 2003: 353), die – wie wir gesehen haben – tonangebend ab der „Eichel-Riester-Phase“(Beck/Scherer, 2002: 1) (Senkung der Körperschaftssteuer, des Eingangs- als auch des Spitzensteuersatzes) (Nachtwey, 2009: 216) etc.) wurden und sich in der darauf folgenden „Hartz-Clement-Phase“ (Beck/Scherer, 2002: 1) mit der Durchsetzung der Hartz-Reformen noch radikalisierten (Beck/Scherer, 2002: 1). Abgestützt wird dieser Prozess noch zusätzlich durch eine ebenfalls veränderte – nunmehr neoliberal ausgerichtete – Politik der internatio-

nenalen Institutionen, v.a. des IWF, des GATT/WTO, der G7 sowie auch über die regionalen Integrationsprozesse z.B. der EU und der NAFTA (Gill, 2001 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 353). Durch die auf dieser Ideologie kapitalistischen Fortschritts basierende Verbreitung des Konzepts der Marktgesellschaft und die sie begleitende Etablierung ausgrenzender - Hartz IV(<http://www.sueddeutsche.de/politik/lafontaine-rechnet-ab-diese-spd-ist-nur-noch-huelle-1.301146-3>) - politischer Strukturen zielt der von Gill in die Diskussion mit eingebrachte „neue Konstitutionalismus“ wiederum darauf ab, den Neoliberalismus als einzig mögliches und „gutes“ Entwicklungsmodell zu präsentieren (Gill 1995 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 353).

4.2 Eine Diskussion mit Hilfe der marxistischen Parteientheorie

Die von Anne Steckner in ihrem Aufsatz zur marxistischen Parteientheorie zutage geförderte herrschaftssensible Untersuchungsmethode von Parteien – die sie passenderweise auch mit hegemonietheoretischen Überlegungen anzureichern versucht (Steckner, 2013: 237) - soll hier an dieser Stelle für die Analyse der SPD verwendet werden.

In dieser Hinsicht lässt sich die Neoliberalisierung der SPD in der Rot-Grünen Regierung, so finde ich, mit einem direkten Verweis auf Marx analysieren, indem es heißt: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur gestiegenen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind“. (MEW, 3:46 zitiert nach Opratko, 2012: 28). Dieses berühmte Zitat von Marx veranschaulicht, so finde ich, in äußerst prägnant die strukturelle Macht des Neoliberalismus, die als ein die Gesamtheit der Gesellschaft, würde ich sagen, durchdringendes Phänomen gesehen werden muss, dass die Finanz-und Wirtschaftspolitik der Regierungskoalition nach dem Abgang Lafontaines, wie wir gesehen haben, problemlos übernehmen konnte, weil diese seit den 1980er Jahren herrschende geistige Macht, die nach Gramsci so benannte „passive Revolution“ (Altvater, 2008: 53) eben gerade auch die politische Linke erfolgreich zu infizieren im Stande war. Soweit zur integrativen Dimension von Führung, welche die konsensualen Aspekte von Herrschaft berührt. Dort, wo Zustimmung ausbleibt und sich Widerstand formiert, werden die Gegner dieses

„Gesellschaftsprojekts“ entweder marginalisiert, delegitimiert oder möglichst umfassend desorganisiert (Steckner, 2013: 235). So umschreibt die gramscianische Metapher der „Enthauptung“ der gegnerischen Kräfte durch die Absorption ihrer Intellektuellen in die eigenen Reihen der Herrschenden einen Prozess, der zur Entmachtung derer beiträgt, die sich nicht in die bestehende Formation – in diese Neu-Formierung der SPD – einfügen wollten (H1, §44; 102 zitiert nach Steckner, 2013: 235f.).

Die Partei SPD war somit nichts anderes als der Knotenpunkt der Interessensartikulation im Staat und entschied mit darüber, was als Konflikt in die politische Arena eingelassen wurde (Steckner, 2013: 223) (z.B. Ablehnung einer Finanzmarktregulierung), aber anstatt dessen eine Finanzpolitik der De-Regulierung und des Soziallabbaus betrieb (<http://www.spiegel.tv/filme/lafontaine-interview/>). Parteien ist es möglich, so die Entscheidungsagenda zu setzen und die Bearbeitung von Konflikten zu ermöglichen. Wie ich bereits in Kapitel 2 einleitend bemerkt habe, stellt Steckner treffend fest, dass dieser eben beschriebene Zustand nicht nur Parteien betrifft, die der Bourgeoisie angehören, sondern ebenso Parteien, die mit dem Anspruch antreten, im vermachteten Terrain des Staates für die Interessen der Beherrschten Politik zu machen (Steckner, 2013: 223).

Dieses Beispiel offenbart den Mechanismus, mit dem sich die Bourgeoisie dem Parteiensystem bedient, um ihre Interessen im Staat zu bündeln, zu formieren und durchsetzen zu können, denn „Die herrschende Klasse herrscht nicht mehr, indem sie {unmittelbar} „regiert“ (wie in der selbstverständlichen Identität von staatlicher Gewalt und Ausbeutungsfunktion noch im Feudalismus), sondern indem sie in einer Anordnung des institutionalisierten „Klassenkampfes“ ein Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten aufrechterhält. Das Feld dieses Klassenkampfes sind die Parteien“. (Efferding 1983 zitiert nach Steckner, 2013: 221). Nach Antonio Gramsci bildet eine Partei aber darüber hinaus noch Praktiken und Diskurse aus, die übergreifende Gemeinsamkeiten des Blocks dort herstellen, wo seine ideologische Einheit durch verschiedene Antagonismen entlang von Klasse, Geschlecht, Ethnie oder Religion droht infrage gestellt zu werden: Hier benutzt Gramsci die Metapher des „Zements“ durch den dieser Block zusammengehalten wird (H11, §12:1380 zitiert nach Steckner, 2013: 229) – ist jedoch, so würde ich schließen wollen, im Laufe des Prozesses der Neoliberalisierung der SPD aus den Fugen ihres „Blocks“ geraten – was die Bildung eines neuen „Blocks“, dem der Linkspartei (Seemann/Bukow, 2010: 23), zu bedeuten hatte.

4.3 Post-Neoliberalismus - Vertiefung des Neoliberalismus?

Wenn wir uns an dieser Stelle die von mir aufgezeigte post-neoliberale Strategie des „mitfühlenden Konservatismus“ widmen, so würde ich feststellen, dass der „Dritte Weg“ durchaus nicht nur als eine post-neoliberale Konzeption gesehen werden kann, da dieser, wie ich meine, den bereits veranschaulichten Aufstieg des Neoliberalismus in Deutschland – der Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre aufkam (siehe Winkler, 2000a zitiert nach Nachtwey, 2009: 162) – weder abmilderte oder gar aufhielt (Sekler 2007 zitiert nach Brand, 2011: 48). Ich würde eher davon ausgehen, dass der „Dritte Weg“ Schröders – wenn wir uns die finanzpolitischen De-Regulierungen in Kapitel 9 noch einmal in Erinnerung rufen (Nachtwey, 2009: 216). – zu einer Vertiefung des Neoliberalismus führte. Diese von SPD und Grünen auf den Weg gebrachte Vertiefung wurde, wie Albrecht Müller festhielt – der die Regierung Gerhard Schröders als „Rammbock der neoliberalen Revolution“ beschrieb –, durch einen von diesem „Rammbock“ verursachten Dambruch eingeleitet, denn dieser führte zur eigentlichen Umsetzung der neoliberalen Ideologie (Müller, 2004 zitiert nach Butterwegge, 2014: 221).

4.4 Neoliberale Finanzpolitik in der Analyse von Elmar Altvater und James Ferguson

Um noch eine weitere Perspektive, die mir selbst wichtig erscheint, an dieser Stelle in den Diskurs einzubringen, möchte ich auf Elmar Altvaters „Globalisierten Neoliberalismus“ näher eingehen. Bemerkenswert an seinen Ausführungen ist, dass diese in gewisser Weise die Argumentationslinie von Cox stützen, indem auch Altvater zu dem Schluss gelangt, die Nationalstaaten fungieren im Zeitalter neoliberaler Globalisierung eher als „Hüter des Standorts“ denn als „Hüter der Verfassung“ - sie haben in ihrer Funktion für die Wettbewerbsfähigkeit des jeweils „eigenen“ Wirtschaftsstandortes im globalen und ordnen diesem Ziel alle anderen Produktionsfaktoren unter (Altvater, 2008: 57).

Diese Entwicklung ist möglich, weil sich innerhalb der Staatsapparate die veränderten ökonomischen, mithin sozialen und politischen Kräfteverhältnisse artikulieren, sowohl in den repressiven wie den ideologischen Staatsapparaten. Diese Transformationen stellen den Hintergrund der neoliberalen Konterrevolution gegen den Keynesianismus dar (Altvater, 2008: 57) die wohl auch Oskar Lafontaine als Finanzminister mit seiner Idee, die globalen Finanzmärkte zu regulieren, (Lafontaine/Müller 1998 zitiert nach Nachtwey, 2009: 215) scheitern hat lassen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einen interessanten – durchaus auch als, so glaube ich, psychologischen – Aspekt, nämlich den Neoliberalismus als eine Art Dogma, ja Staatsreligion zu begreifen, hinweisen (Altvater, 2008: 59):

Altvater beschreibt Doxa als Lehrsätze und Prinzipien des Urteilens und Bewertens, welche eigentlich nicht hinterfragt und so zu Glaubenssätzen, zu Dogmen werden können. Auch in politischen Kreisen, eben auch unter Sozialdemokrat_innen und Grünen wurde der Neoliberalismus als ein solches Dogma akzeptiert und die Annahme – die sich auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Rot-Grünen Koalition ab Finanzminister Eichel bemerkbar machte (Nachtwey, 2009: 216) – einer grundsätzlichen Stabilität des privaten Sektors. Wenn sich trotzdem Instabilitäten oder sogar Krisentendenzen zeigen sollten, sind politische Institutionen dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Diese haben dann offensichtlich die Gesetze des Marktes durch ungerechtfertigte Eingriffe verletzt (Altvater, 2008: 59f.).

Zugleich ist der Neoliberalismus - wie wir bereits an dem Beispiel des Credo „Fördern und Fordern“ sehen konnten - eine sehr optimistische Ideologie, in der eben Dogma eingeschlossen ist, dass die Menschheit für alle Probleme, denen sie ausgesetzt ist, geeignete Lösungen zu finden imstande ist (Altvater, 2008: 60).

Es lässt sich demnach schließen, dass sich die Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD spätestens nach dem Abgang Lafontaines diesem Konzept des „globalisierten Neoliberalismus“ völlig öffnete und dass die Hartz-Reformen, die im vorigen Kapitel besprochen wurden, die radikalste Konsequenz dieser Entwicklung darstellen. Mit der Implementierung dieser Gesetzgebung hat die SPD quasi vor dem globalisierten Neoliberalismus kapituliert und diesen zu einem Teil ihrer eigenen Programmatik erhoben. James Ferguson hat in seiner Bilanz zu „Afrika in der neoliberalen Weltordnung“ aus 2006 den Neoliberalismus ähnlich wie Altvater als einen Prozess ansieht, in welchem sich der Staat zurückzieht und der Markt ausdehnt: „In keeping with the economic philosophy of „Neoliberalism“ it was preached that removing state “distortions“ of markets would create the conditions for economic growth, while rapid privatizations would yield a flood of new private capital investment“ (Ferguson, 2006: 40) . Dieses „structural adjustment“ (Ferguson, 2006: 40) könnte angeblich die unterdrückende und lähmende Rolle des Staates zurückdrängen und den Weg in eine neue, „vitale Zivilgesellschaft“ (Van der Wale 2001 zitiert nach Ferguson, 2006: 41) oder wie es im Diskurs um die Hartz-Gesetze der SPD formuliert wurde: in einen „aktivierenden Sozialstaat“

(Andreß/Kronauer, 2006: 35) bahnen, der angeblich sowohl demokratischer als auch wirtschaftlich effizienter sei (Ferguson, 2006: 40). Diese Effizienz konnte jedoch weder in Deutschland noch in Afrika nachgewiesen werden: „The idea that deregulation and privatization would prove a panacea for African Economic stagnation was a dangerous and destructive illusion. Instead of economic recovery, the structural adjustment area has seen the lowest rate of economic growth ever recorded in Africa (actually negative in many cases, along with rising inequality and marginalization“ (Ferguson, 2006: 40-41).

4.5 Gerechtigkeit im globalisierten Finanzkapitalismus

Betrachten wir schließlich das von mir über die Rot-Grüne Finanz- und Wirtschaftspolitik verfasste Kapitel aus dem Blickwinkel von Jörg Reitzig, der die soziale Gerechtigkeit im Visier einer neoliberalen Theorie untersuchte.

So sind die ab dem Finanzminister Hans Eichel eingesetzte Politikmaßnahmen durchaus als ein legislatives Bündel anzusehen, die den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit weder als einen notwendigen Legitimationsbegriff, noch als einen sinnvollen Orientierungsbegriff politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung (Kersting, 2000 zitiert nach Reizig, 2008: 140) ansehen. Auf der Ebene der politischen Legitimation von Herrschaft haben diese Diskurse, was ich als wesentlich erachte, eine Art Liturgie befördert, bei der statt der vernunftgeleiteten und mit den Mitteln demokratischer Politik betriebener Ausschöpfung des produktiven Potenzials zur Mehrung des kollektiven Wohlstandes die weitgehende „Befreiung“ des Kapitals von staatlicher und demokratischer Einflussnahme zu einer leitenden Prämisse geworden ist (Reitzig, 2008: 144), was die in den darauf folgenden Jahren immer virulenter werdende soziale Ungleichheit entlang der Trennlinie zwischen Arm und Reich signifikant beschleunigte (Butterwegge 2008 zitiert nach Reitzig, 2008: 145).

An dieser Stelle soll noch einmal auf den Begriff der „kapitalistischen Globalisierung“ zurückgekommen werden. Wie wir gesehen haben, hat die Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD sich der Hegemonie, die diese auf die nationale Gesetzgebung ausübt, unterordnete: Merkels Befund, dass die Internationalisierung der Märkte – die wohl, so würde ich sagen, als ein „Produkt“ des bereits diskutierten globalisierten Neoliberalismus gesehen werden kann – die Optionen der sozialdemokratischen Parteien zur Erreichung ihrer Ziele wurden fortan durch eine massive Restriktion der Autonomie einer staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gestört (Merkel, 2006: 37). Darüber hinaus kam es (wie wir auch in Rückbezug auf Reizig sahen) durch diese

neoliberale „Geißelung“ der interventionistischer Politikmaßnahmen zu entscheidenden Einschnitten in der Wohlfahrtsstaatlichkeit (Merkel, 2006: 37). Jedoch war die Regierungspolitik der Rot-Grünen Regierung, wenn wir uns die tiefe der De-Konstruktion der Sozialstaatlichkeit und eines relativ gerechten Steuerstaates der Konstruktion eines neuen ansehen, meiner Ansicht nach zu tief, als dass man lediglich von „Einschnitten in den Wohlfahrtsstaat“ (Merkel, 2006: 37) reden kann.

5. „Was there no alternative?“ - Die Frage nach einer antikapitalistischen Strömung innerhalb der SPD

Nach dem Abschluss meines ersten Hauptteils möchte ich meinen Forschungsfokus noch auf einen Aspekt lenken, der mein besonderes Interesse gewonnen hat: Die Frage, ob der stets kultivierte wirtschafts- und finanzpolitische Fetisch der SPD, das Generieren von Wachstum, innerhalb der Partei jemals ernsthaft in Zweifel gezogen wurde.

Dabei sollen auch andere Positionen - die sich von dieser emanzipativen unterscheiden - kurz dargestellt werden, bevor als Letztes die Differenzen zwischen diesen beiden „Teilen“ herausgearbeitet werden.

Bevor dies geschieht, soll auf die Paläo-Marxisten – also Anhänger_innen eines orthodoxen Marxismus (Sachs, 2010: 78) – hingewiesen werden, die meinen hier zur Diskussion gestellten Kritikpunkt – der bei Wolfgang Merkel unter dem Titel „Der Zusammenbruch des sozialdemokratischen Reformismus“ firmiert – bereits aufgenommen, ohne ihn aber explizit auf die SPD zu beziehen:

Diese kritisierten die Sozialdemokratie bereits dafür, dass diese die sozialistische Transformation der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur nicht realisiert oder eingeleitet, sondern sie letztendlich sogar ver-, zumindest aber behindert (Miliband/Liebmann, 1986 zitiert nach Merkel, 1993: 39). Der Grund wird zum einen in der Wirkung von Michels „ehernem Gesetz der Oligarchie“ gesucht, das die an ihren „sicheren“ Positionen (Politik als Beruf) interessierten sozialdemokratischen Führer zu „Managern des Konsens“ in der kapitalistischen Gesellschaft macht (Miliband/Liebmann, 1986 zitiert nach Merkel, 1993: 39). Dies bedeutete auch, dass der Wunsch, an den Wahlurnen Erfolg zu haben, zwangsläufig zu einer Verwässerung des sozialdemokratischen Programms und einem dadurch verursachten „fruchtsamen Zentrismus“, (Liebmann 1986 zitiert nach Merkel, 1993: 39), der seinen konkreten programmatischen

Ausdruck - wie dies in Kapitel 4.4 von mir bereits erklärt wurde – für die SPD im „Dritten Weg“ fand. Diese daraus erwachsene „Capital-Labour collaboration“ verursachte schließlich einen tiefen hierarchischen Konflikt zwischen Führern und Gefolgschaft, da erstere letztere mit hierarchisch-bürokratischen Mitteln zu einer Kooperation gezwungen wurden. Als dann der „Kollaps des Keynesianismus“ und der „Zusammenbruch des Neokorporatismus“ (Panitch 1986 zitiert nach Merkel, 1993: 40) die Handlungsspielräume der Sozialdemokratie infolge ihrer Selbstentwaffnung drastisch verminderte, wurde auch die Mobilisierungsfähigkeit unter den Wählerschichten nachhaltig geschwächt (Merkel, 1993: 40).

Der von mir interviewte Wissenschaftler Armin Puller ist wiederum der Ansicht, dass es in der europäischen Sozialdemokratie nach 1945 zu keinem Zeitpunkt einen Entwurf gegeben hätte, der sich daran orientierte, das allgegenwärtige Paradigma des Wirtschaftswachstums in einer fundamentalen Weise in Frage zu stellen: „Das Projekt der Sozialdemokratie in Gesamteuropa nach 1945 hat auf einer keynesianischen Strategie beruht. Das bedeutet also, dass man die Meinung vertreten hat, es soll für Wirtschaftswachstum gesorgt werden, und von diesem Wachstum kann man dann – je nach politischer Lage – auch einen Teil abzweigen zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse, insbesondere der sozialen Basis der Sozialdemokratie. Das hat ja tatsächlich ganz gut funktioniert bis in die 1970er, in manchen Ländern sogar bis in die 1980er Jahre. Und dann kommen halt die Schwierigkeiten dieses Modell zu reproduzieren. Und da wurde ich sagen, dass diese Schwierigkeiten sich dargestellt haben an einzelnen Punkten. Punkt 1 wäre sicherlich die Regierung Mitterand in Frankreich in den 1980er Jahren, die das Projekt Keynesianismus in einem Land versucht hat und damit gescheitert ist. Dann ist die Regierung Callaghan auch {...} daran gescheitert in Großbritannien in den 1970er Jahren, weil die versucht haben, eine Strategie der keynesianischen Belebung zu verbinden mit harten Einschnitten, was die Lohnentwicklung betrifft – da sind die eigentlich in größeren gewerkschaftlichen Protesten untergegangen {...} Und sicherlich auch eben der Helmut Schmidt“ (Puller, Interview vom 2016). Er begründet das Versagen dieser politischen Projekte mit folgenden Argumenten: „Man hat dann gesehen, mit diesen keynesianischen Politikmaßnahmen kann man eigentlich die alte Strategie nicht mehr wiederbeleben und dann setzt ab den 1980er Jahren eine lange Phase der Schwäche einer dauerhaften politischen Strategie und auch einer ideologischen Orientierung ein“ (Puller, 2016).

„Jetzt kann man sagen, dass das auch auf die Strategie der Linken in der Sozialdemokratie eine Auswirkung gehabt hat: {...} Wo der Fordismus geherrscht hat, war es so, dass Die Linken sich als diejenigen, die diese Strategie als problematisch kritisieren {...} man hat eben gemeint, dass die Maßnahmen, die man jetzt erreicht hat, schön und gut sind, aber sie müssen es jetzt weiter getrieben werden - das heißt natürlich auch, dass man nicht an einem Bruch damit hingearbeitet hat, sondern an eine Verbreiterung und Vertiefung. Das wurde schon als eine anti-kapitalistische Strategie, aber in dem Sinne, dass man sich angedockt hat an die Zentristen in der Partei oder an die zentristische Strategie“ (Puller, 2016).

„In der Zeit des Postfordismus war es dann eher so, dass in dieser ganzen ideologischen und politischen Schwäche, die man an den Tag gelegt hat, die Linken irgendwo gefangen waren zwischen einerseits am Festhalten an der Möglichkeit Keynesianischen Politik - die man eben dann noch stärker als links empfunden hat im Vergleich zu dem, was sonst passiert ist - und Strategien, die wirklich darüber hinaus gewiesen haben, aber keine wirklichen Anknüpfungspunkte gefunden haben. Diese Anknüpfungspunkte gab es am ehesten noch bei sozialen Bewegungen und Gewerkschaftslinken, aber sie haben nie besondere Relevanz erlangt, deswegen war auch in dieser Phase das keynesianische Projekt der zentrale Bezugspunkt. Alle, die dieses Projekt nicht als Bezugspunkt gewählt haben - eine Minderheit von solchen Leuten gab es sicherlich auch -, die haben nie in irgendeiner Partei besondere Relevanz erlangt. Das waren Leute, die eher als Utopisten verschrien waren und die auch in der Realpolitik nie besonders verankert gewesen sind. Und ich denke, dass dieses Bild, das ich da insgesamt gezeichnet habe, nicht nur zutrifft auf die sozialdemokratische Parteien, sondern sicherlich auch auf {und dieser Verweis erscheint mir deswegen als so überaus bedeutsam, weil er die tief gehende Verankerung des keynesianischen Projekts in der Linken Europas vor Augen führt} die kommunistische Parteien, die ja in Ländern wie Italien und Frankreich eben die politische Linke dominiert haben, also da würde ich sagen, war das relativ ähnlich - zumindest ab der Phase Ent-Stalinisierung dieser Parteien. Aber beispielsweise in der Phase, in der sie besonders erfolgreich waren, in der Vor- und Hauptphase des Euro-Kommunismus-Strategie in den 1970er Jahren, würde ich sagen, war das Projekt auch das eines radikalisierten Links- Keynesianismus“ (Puller, 2016). Das hat so eine Sogwirkung ausgelöst, in die sich dann auch die antikapitalistischen Kräfte eingegliedert haben“ (Puller, 2016).

Diese ungebrochene Präsenz des Keynesianismus lässt sich, so finde ich, mit der Feststellung Adam Prezowskis unterstreichen: „It was Keynesianism that provided

the ideological and political foundations for the compromise of capital democracy. Keynesianism held out the prospect that the state could reconcile the private ownership of the means of production with democratic management of the economy“ (Prezowski, 1993: 207). Dazu Puller weiter: „Das war ja insgesamt auch nicht die Absicht des Euro-Kommunismus, ein neues Wirtschaftsmodell für Europa zu finden, sondern das war auch sehr stark ein kulturelles bzw. ideologisches Projekt, man wollte quasi eine Strategie des demokratischen Sozialismus fahren - also Massen begeistern, Massen involvieren - das waren ja auch wirklich große Parteien mit einer intellektuellen Anziehungskraft. Da ist viel diskutiert worden, aber vor allem eigentlich eher, was so die Zukunft der demokratischen Institutionen betrifft; weniger die Frage des Wirtschaftsmodells, das hat man da, vielleicht ein bisschen zu viel sogar, hintenangestellt {...} da hat sich niemand wirklich auf Fragen der politischen Ökonomie konzentriert, sondern eher auf die der Zukunft eines politischen Projekts, einer hegemonialen Vision“ (Puller, 2016)

Puller meint darüber hinaus, dass „die Möglichkeit kapitalistische Produktionsverhältnisse ohne Wachstum {kaum existiert} - alleine schon, weil die sozialen Kosten des Modells viel zu hoch sind, also ohne Wachstum kann man die sozialen Kosten des Kapitalismus noch weniger im Zaum halten als das jetzt schon der Fall ist, und wenn man sich anschaut, wie sich momentan die Lage in Europa zuspitzt, ist klar, dass die Sozialdemokratie mit diesem Modell nicht auf der Gewinnerseite stehen wird“ (Puller, 2016).

6. Die Position der SPD-Linken zu Beginn von Rot-Grün und das Gegenüber der Schröder'schen Modernisierer

Die unter Finanzminister Lafontaine gesetzte politische Linie in der Finanz-und Wirtschaftspolitik der Rot-Grünen Regierung sieht Puller – anders als die bisher von mir angeführten Autor_innen und eben auch Oliver Nachtwey - der 2016 gar meinte, Lafontaine sei „das Gelenk“ gewesen, welches die SPD-Linke zusammengehalten habe (Nachtwey, 2016) - eher als moderaten linken Kurs an, da vor allem die Frage im Mittelpunkt stand, wie die Systeme an die Erfordernisse des Kapitals angepasst werden können, „ohne dass es gar so arg ist, wie das, was die Konservativen wollen“ (Puller, 2016). Es gibt also ein „Abmildern im Sinne von Übergangsregelungen - die Alten haben es besser als die Jungen, {...} bestimmte Bereiche schützen wir im Unterschied zu anderen, wir beginnen langsam zu liberalisieren und zu flexibilisieren, wir

versuchen, den Gewerkschaftskonsens einzuholen, weil man gesehen hat, dass es gegen die auch nicht geht (Callaghan-Regierung). Und in dieser Phase kommt jetzt der Lafontaine als historisch moderater Linker in die Rolle des Finanzministers {...} sein Projekt war auch nicht das der Linken der 1970er Jahre, sondern es ist irgendwo dazwischen gestanden und war nicht besonders gut ausgearbeitet {...} es gab eine Ansammlung von Politikvorschlägen - wie beispielsweise die 35-Stunden-Woche in Frankreich unter Aubry - es war nicht ein konsistentes, kohärentes Programm, das man da vor Augen hatte, sondern es war die Kritik an dem sozialdemokratischen Neoliberalisierungsprojekt, auf der einen Seite, und auf der anderen Seite das Wissen, darum, dass man nicht mehr das Projekt der 1970er Jahre fortführen kann - und irgendwo dazwischen steht jetzt der Lafontaine“ (Puller, 2016). Allerdings fügt er kritisch hinzu, dass der Orientierungspunkt für Lafontaines finanzpolitisches Konzept jenes war, dass Jacques De Lores entworfen hatte: Der Jacques De „Lore-Plan“ sah vor, die Sozialdemokratie stimmt dem europäischen Binnenmarkt zu, aber auf der anderen Seite wird das aber flankiert von einem europäischen Wohlfahrtsmodell – eben durch die Allianz Deutschland-Frankreich (Puller, 2016). Und diese Strateige war nach dem Vertrag von Maastricht wahrscheinlich schon wieder in weite Ferne gerückt, aber für ihn war das schon die Richtung, in die es gehen müsste. Das, was daraus geworden ist, ist, dass es sich sehr stark eingegliedert hat in die sozialdemokratische Variante des Neoliberalismus (Puller, 2016).

Diesem Programm stand aber jenes von Gerhard Schröder im Weg, dass die unter dem britischen Premierminister Tony Blair begonnene und, wie Puller meint, „von Stuart Hall als sozialdemokratische Variante des Neoliberalismus“ (Puller, 2016) bezeichneten Politik-Entwurf verfolgte (Puller, 2016)

7. Zwischenfazit

Wenn an dieser Stelle von mir nun ein Zwischenresümee gesetzt wird, dann zu dem Zweck, die Komplexität des ersten Abschnittes dieser Arbeit besser fassbar zu machen und zu versuchen, die wichtigsten Erkenntnisse noch einmal angemessen zu rekapitulieren.

Der Grund für den großen inhaltlichen Umfang dieses ersten Abschnittes meiner Arbeit liegt in der Erkenntnis, dass die „Neoliberalisierung der SPD“ nicht erst in den 1990er Jahren einsetze, sondern sich bereits unter der Regierungszeit Helmut Schmidts bemerkbar machte (Winkler, 2000a zitiert nach Nachtwey, 2009: 162). Um

darauf hinzuweisen, dass die SPD die Bundestagswahlen 1998 vor allem durch die von der Regierung Kohl gerissene „Gerechtigkeitslücke“ – etwa durch eine überproportionale Entlastung höherer Einkommen – und einem dadurch innerhalb der Bevölkerung erstarkten Verlangen nach der berühmten „sozialen Gerechtigkeit“ (Prokla-Redaktion, 2000: 486) an die Macht kam, sah ich es außerdem als zielbringend an, auch die Regierungszeit Helmut Kohls kurz zu beleuchten. Die Situation der Bundes-SPD zu Beginn der 1990er Jahre war u.a. aufgrund des historischen Ereignisses des Falls der Berliner Mauer (Sasson, 1996: 727) äußerst problematisch und konnte erst 1998 vollends wieder aufgelöst werden.

Wie wir gesehen haben, hatte die SPD in den 1990er Jahren zumindest bis zu dem Schlüsseljahr 1998 und der eindeutig gewonnenen Bundestagswahl eine Reihe von strukturellen und programmatischen Problemen, die sie in eine offensichtliche Defensive führte (die verlorene Bundestagswahlen 1990, 1994 (<http://www.spiegel.tv/filme/lafontaine-interview/>)) und die falsche Einschätzung der allgemeinen Stimmungslage innerhalb Deutschlands durch den Zusammenbruch der DDR, die schwierige strukturelle Entwicklung der Partei) (Frenzel, 2002 zitiert nach Sachs, 2010: 120) und in der es erst ab der Übernahme des Parteivorsitzes durch Lafontaine gelang, eine einigermaßen anhaltende Aufbruchsstimmung innerhalb der Partei zu erzeugen (<http://www.spiegel.tv/filme/lafontaine-interview/>).

Nach der Bundestagswahl 1998 in der Rot-Grünen Koalition angekommen, wurde zuerst durch den Finanz- und Wirtschaftsminister Lafontaine ein moderater linker sozialdemokratischer Kurs eingeschlagen und es sich auch zum Ziel gesetzt hätte, eine internationale Finanzmarktregulierung durchzuführen (vgl. Lafontaine/Müller, 1998 zitiert nach Bieling, 2000: 28). Die umgesetzte Politik war schließlich eher moderat ausgefallen, aber verfügte dennoch über einige positive Charakteristika: da vor allem die Frage im Mittelpunkt stand, wie die Systeme an die Erfordernisse des Kapitals angepasst werden können, „ohne dass es gar so arg ist, wie das, was die Konservativen wollen“ (Puller, 2016). Es gibt also ein „Abmildern im Sinne von Übergangsregelungen - die Alten haben es besser als die Jungen, {...} bestimmte Bereiche schützen wir im Unterschied zu anderen, wir beginnen langsam zu liberalisieren und zu flexibilisieren, wir versuchen, den Gewerkschaftskonsens einzuholen, weil man gesehen hat, dass es gegen die auch nicht geht (Stichwort: Callaghan-Regierung). Und in dieser

Phase kommt jetzt der Lafontaine als historisch moderater Linker in die Rolle des Finanzministers {...} sein Projekt war auch nicht das der Linken der 1970er Jahre, sondern es ist irgendwo dazwischen gestanden und war nicht besonders gut ausgearbeitet {...} (Puller, 2016).

Nach dem Rücktritt des Finanzministers wurde sogleich an dem – sich bereits früher abgezeichnet habenden – neoliberalen Umbau der SPD weitergearbeitet: Die SPD wurde somit unter den folgenden Finanzministern Hans Eichel und Wolfgang Clement zuerst zu einer „Partei der Wettbewerbsfähigkeit“ (Vgl. Egle 2006 zitiert nach Nachtwey, 2009: 216) und später zu einer „Partei der Agenda 2010“ (<http://www.sueddeutsche.de/politik/lafontaine-rechnet-ab-diese-spd-ist-nur-noch-huelle-1.301146-3>) werden.

Mein Bestreben ist es daher gewesen, die rot-grüne Finanz- und Wirtschaftspolitik aus verschiedenen theoretischen Blickwinkeln zu betrachten – Neo-Gramscianismus, Globalisierter Neoliberalismus, Post-Neoliberalismus, Neoliberalismus und Hegemonie und der neoliberale Gerechtigkeitsbegriff –, um ein möglichst vielschichtiges analytisches Bild zu entwerfen.

Dieses „Bild“ macht erkennbar, dass es sich beim Neoliberalismus, - eben um jene Welthegeemonie handelt, die er als soziale (die Beschleunigung der sozialen Ungleichheit zwischen Arm und Reich durch die „Befreiung“ des Kapitals von staatlicher und demokratischer Einflussnahme (Butterwegge zitiert nach Reizig, 2008: 145)), ökonomische (die Beseitigung der „Verzerrungen“, die der Markt durch den Staat erfährt und dadurch die Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum schafft (Ferguson 2006 zitiert nach Wacquant, 2012: 682)) und politische Struktur (die Programmatik des „Dritten Weges“ (Demirovic, 2008: 21)) (Cox, 1983 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 431) beschreibt und die sich – wie ich es gerade noch einmal zusammenfassend dargestellt habe – in universellen Normen {...} Institutionen und Mechanismen ausdrückt (Cox, 1983 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 341). Hegemonie kann sich auf diesem Wege ausdehnen, indem eine bestimmte Form der sozialen Produktionsbeziehungen auf andere Länder übertragen wird. Diese Produktionsbeziehungen führen schließlich dazu, dass die nationale Organisation der Produktion in eine Hierarchie weltweit miteinander verflochtener Produktionsstrukturen eingebunden ist (Cox 1983; 1987 zitiert

nach Bieler/Morton, 2003: 348).

Daher ist es für mich von immenser Bedeutung gewesen, sich zu fragen, ob es – vor allem wenn man die sehr kurze Erfolgsperiode des Keynesianismus betrachtet (.....) – nicht einmal eine antikapitalistische Strömung innerhalb der SPD gegeben hätte, die eventuell sogar einmal um die Mehrheitsfähigkeit innerhalb der Partei rang – was Armin Puller klar ausschließt, da „die Möglichkeit kapitalistische Produktionsverhältnisse ohne Wachstum {kaum existiert}“ (Puller, 2016).

Der zweite Teil dieser Arbeit wird sich daher nicht nur mit dem nach dem Abgang Schröders weiterhin in der SPD „führenden“ Neoliberalismus – in den zwei Koalitionsregierungen unter Angela Merkel – beschäftigen, sondern soll zum Abschluss in einem Ausblick eine Perspektive entwickeln, die sich mit der Zukunft der SPD und der internationalen Linken – unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen (etwa die Wahl von Martin Schulz zum SPD-Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 2017 und die Donald Trumps zum US-Präsidenten) – auseinandersetzen wird.

8. Die Post Schröder-SPD von 2005 bis 2009: Die 2. Große Koalition

Die Große Koalition, die aufgrund von vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 zustande kam, war Schröder im Grunde wegen der im vorherigen Kapitel erläuterten Kontroversen um den „größten Sozialabbau nach dem Krieg“ (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hartz-iv-die-maer-vom-grossen-sozialabbau-1281085.html>) „passiert“: Die Ausgangssituation für diese Bundestagswahl hätten für die SPD nicht ungünstiger sein können: Im Mai 2005 wurde bei der Landtagswahl im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen die letzte Rot-Grüne Koalitionsregierung von einer Schwarz-Gelben Koalition abgelöst und die bereits seit Mai bestehende Oppositionsmehrheit im Bundesrat war fast zu einer Zweidrittelmehrheit angewachsen. Dies bedeutete für Schröder und den Parteivorsitzenden Franz Müntefering einen Vertrauensverlust der Mehrheit der Deutschen erlitten zu haben, den der Bundeskanzler und der Parteivoritzende als Anlass nahmen, um über den Weg einer unechten Vertrauensfrage Neuwahlen einzuleiten (Bundestag 2005: 17485; Seemann 2009; Jung/Wolf 2005 zitiert nach Seemann/Bukow, 2010: 23).

Das Ergebnis der Bundestagswahlen 2005, endete für die SPD mit einer Überraschung: mit 34,9% befand sich die Sozialdemokratie immerhin fast auf Augenhöhe mit der Union, die auf 35,3% kam. (Wenke/Bukow, 2010: 23).

Die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik hatten sich dennoch soweit verändert, dass sich nun ein Fünf-Parteien-System anbot, indem es der Partei Die Linke – nicht zuletzt unter tatkräftiger Mitwirkung des vorherigen SPD-Parteivorsitzenden und Bundesministers Lafontaine – gelang, enttäuschte SPD-Mitglieder und –Wähler_innen zu gewinnen (Seemann/Bukow, 2010: 23).

Obwohl Gerhard Schröder die Bildung einer großen Koalition unter der Führung der CDU/CSU am Wahlabend noch ausschloss, herrschte in der SPD alsbald Einigkeit darüber, dass eine Große Koalition die einzig reale Option zur Regierungsbildung darstellte. Alle anderen Koalitionsoptionen zerschlugen sich rasch, was aber an dem Umstand, dass die Regierungsverhandlungen einen vergleichsweise langen Zeitraum, immerhin 65 Tage, beanspruchten (Jun, 2010: 300f.).

Zum Zustand der SPD in den Koalitionsjahren von 2005-2009 kann gesagt werden, dass sich der Niedergang der ehemaligen Großpartei mit Beschleunigung fortgesetzt hat. Die SPD verlor erheblich an gesellschaftlicher Zustimmung und an Gestaltungskraft, was sich an den deutlich zurückgegangenen Wähleranteilen, schmerzlichen Mitgliederverlusten, schwerwiegenden Identitätsproblemen, heftigen innerparteilichen Kontroversen und spürbaren Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von geeignetem Nachwuchspersonal ablesen ließ (Jun, 2010: 299). Jun hält außerdem fest, dass „eine strukturelle Asymmetrie gegenüber der Union nicht mehr aufzuhalten ist“. (Jun, 2010: 299). Der Umstand, dass es während der ersten drei Jahre der Amtszeit der Großen Koalition innerhalb der SPD zu einem Flügelkampf zwischen der Parteilinken und Parteilinken über die Agenda-Politik und damit einhergehend über die zentralen Werte der Partei – über Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit – kam. (Jun, 2010: 303). Als besonders strittig galt hierbei die Rolle des Wohlfahrtsstaates und natürlich auch der Gerechtigkeitsbegriff, der – wie wir bereits durch meine Analyse unter Anwendung von Jörg Reizig gesehen haben – geändert werden musste (Vgl. Jung, 2010: 303). In der Zeit der Großen Koalition dominierten insgesamt die so genannten „Netzwerker“ (Jung, 2010: 303).

9. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD in der 2. Großen Koalition

Um nun den thematischen Bogen zu schließen, möchte ich in meiner chronologischen Abhandlung des Prozesses der Neoliberalisierung der SPD die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition, in der die Sozialdemokrat_innen sich den Posten

des Finanzministers, den Peer Steinbrück bekleidete, sichern konnte (Jun, 2010: 300). Einen entscheidenden Punkt zur Beurteilung der Frage, wie sich die SPD in der Neuauflage der Großen Koalition weiterentwickelte, spricht, so finde ich, der Autor Thomas Rixen in seinem Beitrag - der den provokativ-humoristischen Titel „Was kam nach Kirchhoff?“ trägt – an: Denn der Trend zu einer stärkeren steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit und Konsum einerseits und einer Entlastung des Kapitals wurden nicht gestoppt (Rixen, 2010: 208). Durch den anhaltenden Druck des internationalen Wettbewerbs kam es zu einer Senkung der Steuersätze für Unternehmen und Kapitalbesitzer und zusätzlich dazu wurde Unternehmensbesteuerung durch die Maßnahmen zur Begrenzung der Gewinnverlagerungen verkompliziert (Rixen, 2010: 208).

Die in die Regierungszeit der 2. Großen Koalition fallende Finanzkrise dient hierfür als programmatisches Beispiel für diese Entwicklung. Diese wurde nicht in einer Weise behandelt, die sich als gerecht bezeichnen hätte lassen können, da das Krisenmanagement der Großen Koalition sich dadurch auszeichnete, dass nicht die Verursacher der Finanzmarktkrise die Zeche für die Maßnahmen zur Bankenrettung und Konjunkturstützung am Ende zahlen mussten. Während die das Krisendebakel wesentlich verursachenden Hasardeure und Spekulanten mittels des beim Bund angesiedelten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) aufgefangen wurden, mussten Arbeitnehmer_innen, Rentner_innen, Arbeitslose und Arme eben jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockten, durch (Mit-) Finanzierung des Bankenpaketes sowie der beiden Konjunkturprogramme einmal mehr auslöffeln (Butterwegge, 2014: 285). All dies unterstreicht die, wie ich finde, vor allem für die SPD verblüffend erscheinende fehlende Bereitschaft, einen Neuanfang zu wagen, sowie die Machtlosigkeit ihrer Kritiker_innen, personelle, inhaltliche und programmatische Alternativen zu erzwingen (Butterwegge, 2014: 285f.). Doch auch wenn der Umstand eines nicht erfolgten, emanzipativ ausgerichteten programmatischen Neuanfanges nach der Finanzkrise auf den ersten Blick für Verwunderung sorgt, gibt es dafür eine simple Erklärung, die einiges an Bedrohlichkeit in sich trägt: Zwar befindet sich der Neoliberalismus bis heute in einer schon länger andauernden Legitimationskrise, seinen dominierenden Einfluss auf die Massenmedien und die öffentliche Meinung sowie die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse hat dieser bisher jedoch weder hierzulande noch im Weltmaßstab eingebüßt. Obwohl die Finanzmarktkrise einst von den angelsächsischen Musterländern einer „freien

Marktwirtschaft“ ausging, ist die neoliberale Hegemonie in Deutschland nach wie vor ungebrochen (Butterwegge, 2014: 286).

Die SPD war in dieser Zeit nicht fähig oder willens gewesen, aus dieser neoliberalen Hegemonie auszubrechen (Butterwegge, 2014: 286), in der sie sich seit Rot-Grün befand, was ich – wie wir im nächsten Kapitel sehen werden – als Hauptgrund für die sehr schwere Niederlage bei den Bundestagswahlen 2009 identifiziere.

9.1 Gramsci und der „passive Konsens“

In diesem Zusammenhang soll in einem weiteren Schritt das Verständnis von Partei – mit einem Rückbezug auf den Text von Anne Steckner über die marxistische Partientheorie - durch Gramsci dahingehend erweitern, dass Parteien als gesellschaftliche Kraft eine spezifische Form der Kämpfe um kulturelle Hegemonie sind. Eine politische Partei ist ihm zufolge „nicht nur die technische Organisation der Partei selbst, sondern der ganze aktive gesellschaftliche Block {...}, dessen Führerin die Partei ist, weil sein notwendiger Ausdruck {...}“ (H15, §55: 174 zitiert nach Steckner, 2013: 228).

Das Projekt einer Partei, die auf eine gesellschaftliche Hegemonie abzielt, muss am praktischen Alltagsverstand unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen andocken, deren Lebensbedingungen als Gegenstand politischer Auseinandersetzung aufgreifen und zu Interessen artikulieren. Für Gramsci geht es darum, den „aktiven Konsens der Regierten“ (H15, § 10: 1726 zitiert nach Steckner, 2013: 233) zu gewinnen, indem diese über Mobilisierung und Verankerung in ihren alltäglichen Praxen in ein Gesellschaftsprojekt eingebunden werden, es als „das ihrige“ betrachten, oder wie Candeias schreibt: „In einem solchen Projekt müssen sich die Bedürfnisse und Interessen der Subjekte re-definieren lassen, damit es von den Subjekten gewollt und aktiv angestrebt [bzw. gewählt] wird“ (Candeias, 2004 zitiert nach Steckner, 2013: 233). Hierbei stellt nun die Aktivierung eines relevanten Teils der Bevölkerung eine notwendige, wenngleich auch nicht die einzige Form einer Generierung von Zustimmung dar. Damit nun aber auch relevante Teile der subalternen Klassen der Ausübung von Herrschaft über sie zustimmen, müssen ihre Interessen, ihre Lebensrealitäten und Denkweisen zu einem gewissen Grad im Projekt der Herrschenden aufgehoben sein (Steckner, 2013: 233). Dieses Verhältnis lässt sich als eines der Repräsentation bestimmter gesellschaftlicher Klassen oder Gruppen durch eine - so genannt „ihre“ - Partei konzeptionalisieren: Die Partei wird zwar als „ihr Ausdruck anerkannt“ (H13,

§23: 1577 zitiert nach Steckner, 2013: 233). Folgt man nun dieser Ausführung über die Zustimmung zur Herrschaft durch die subalternen Klasse, die - ermöglicht durch eine gewisse Einschreibung ihrer Interessen (H13, §23: 1577 zitiert nach Steckner, 2013: 233) in eine Partei und damit auch in das umkämpfte Terrain des Staates (Steckner, 2013: 223) - so ist erkennbar, dass die SPD im Bundestagswahlkampf 2005 zumindest noch erfolgreich den Eindruck erwecken konnte, sie würde Teile der subalternen Klassen (Steckner, 2013: 233) tatsächlich repräsentieren – was vor allem an der unglücklichen Nominierung Paul Kirchhofs als Schattenfinanzminister der CDU zu verdanken war, dessen steuerpolitische Ideen der SPD eine willkommene Angriffsfläche boten, um die CDU als unsozial und - {welch Ironie} - neoliberal darzustellen (Rixen, 2010: 191), da dieser etwa ein Steuerkonzept mit einem einheitlichen Steuersatz von 25% vorschlug, was sich als ein willkommenes Wahlkampfgeschenk für Gerhard Schröder entpuppen sollte (<http://www.tagesspiegel.de/politik/paul-kirchhof-der-professor-aus-heidelberg/4334590.html>). Erst nach der Regierung Merkel I und dem erneuten Mittragen von Maßnahmen, die - wie wir an den von mir im vorherigen Kapitel herangezogenen Beispielen sahen - zu einer erneuten Entlastung des Kapitals führten (Rixen, 2010: 208), lässt sich konstatieren, dass „sie {die SPD} indes als weit entfernt von den eigenen Belangen wahrgenommen {wird}, als eine abgehobene Veranstaltung von „denen da oben“, bei der die Repräsentation misslingt (Steckner, 2013: 233). Diese Entwicklung, wird, so finde ich, retrospektiv treffend 2013 von Oskar Lafontaine zusammengefasst:

„{Es} muss eine Möglichkeit bestehen, dass das, was erzählt wird, noch einigermaßen ankommt bei der Bevölkerung: Das war beispielsweise so, als der Professor aus Heidelberg {Paul Kirchhoff im Bundestagswahlkampf 2005} das große Thema war: Da hat man der SPD noch abgenommen, dass sie jetzt vielleicht doch eine gerechtere Steuerpolitik machen will. Heute ist das, wie wir an den Wahlergebnissen sehen, ungleich schwieriger geworden - die SPD hat sich eben in eine Glaubwürdigkeitskrise manövriert“ (<http://www.spiegel.tv/filme/lafontaine-interview/>)

10. Die Bundestagswahlen 2009: Die SPD in der Sackgasse

Nach der schweren Niederlage bei den Bundestagswahlen 2009 – die SPD verlor 11,2 Prozentpunkte und rutschte somit auf 23% ab – wurde der Höhepunkt der elektoralen Krise der Partei erreicht: Nach elf Regierungsjahren war die SPD demotiviert, ausge-

zehrt, schwer enttäuscht und zerrissen, was ihre Arbeitsbilanz anging. Die Mitgliederentwicklung verzeichnet mittlerweile seit zwei Jahrzehnten stark rückläufige Zahlen, und seit den 1990er Jahren hat die Partei annähernd 400.000 Mitglieder verloren. Die demografische Entwicklung innerhalb der Mitglieder zeigt ein eindeutiges Bild: Die Mitglieder altern kontinuierlich, die Beitrittsziffern sind konstant niedrig, Rentner_innen stellen bereits die größte Mitgliedergruppe (Butzlaff/Micus, 2011: 12).

Die Partei ging infolgedessen tief gespalten aus der eigenen Regierungsperiode hervor. Die programmatische Stoßrichtung für die Oppositionszeit war daher ausgesprochen unklar geworden: Sollte man die eigene Regierungspolitik verurteilen und verwerfen, welche als entscheidender Grund für diese schmerzhafteste Wahlniederlage galt oder sollte man sich mit breiter Brust vor die eigenen Entscheidungen stellen und die Regierungsbilanz vielleicht sogar loben? Dass in einer solchen Situation grundlegender Klärungsbedarf bestand und der Ruf nach umfassenden Reformen laut erklang, mag kaum überraschen. Daher wurde von der neu angetretenen Parteiführung um Sigmar Gabriel als Parteivorstand und Andrea Nahles als Generalsekretärin darauf geachtet, die Wieder-Einbeziehung der Mitglieder in den Entscheidungsprozess der Partei wieder zu aktivieren. Zu diesem Zeitpunkt fehlte es nicht an ambitionierten Reform-Ideen: Man wollte den Glaubwürdigkeitsverlusten der eigenen Regierungsperiode entgegenzutreten, die Parteiarbeit und –integrität auf völlig neue Fundamente stellen und die innerparteiliche Demokratie stärken (Butzlaff/Micus, 2011: 13). Es sollte eine neue politische Leitidee im Dialog mit der eigenen Basis und der Zivilgesellschaft entwickelt werden, um die SPD wieder attraktiver werden zu lassen. Man bemühte sich außerdem darum, die „Hinterzimmer-Kritik“ aufzugreifen, die Parteibasis nicht nur punktuell, sondern fortwährend einzubinden. Die ganze SPD solle – wie es euphorisch formuliert wurde – vitalisiert und wieder enger mit der deutschen Gesellschaft verknüpft werden. (Vgl. SZ zitiert nach Butzlaff/Micus, 2011: 13).

Die diesbezügliche neue „Kampfparole“ konnte allerdings mehr als eine Imitation jener Parolen gelten, die etwa der Linken authentischer von den Lippen gingen, schließlich wollte man wieder „raus ins Leben, [...] dahin, wo's anstrengend ist“ (vgl. Dausend zitiert nach Butzlaff/Micus, 2011: 13).

Die Sozialdemokratie stellte sich die Frage, ob „Mitte“ und „Solidarität“ künftig noch zusammengehen. Die „solidarische Mitte“ war im Jahr 2003 im Zuge des Programmfindungsprozesses die große Entdeckung des damaligen SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz, welcher im Oktober 2007 in Hamburg auf dem Bundesparteitag zu dem

Schluss gelangte, wengleich im fortan gültigen Grundsatzprogramm der Partei von der „solidarischen Mehrheit“, welche man Gewinnen wollte, die Rede war. (Walter, 2010: 132). Solche Sprachkorrekturen galten seinerzeit als Erfolg des linken Parteiflügels, der sich partout nicht als „Mitte“ identifizieren lassen wollte (Walther, 2010: 132).

Nun hat die tiefe soziale Spaltung des sozialdemokratischen Potenzials seit den 1970er Jahren die Grundlagen der Sozialdemokratie tatsächlich unterminiert. An dieser Stelle offenbart sich nun eines der fundamentalsten Probleme für eine im neoliberalen Zeitalter nicht mehr wehrfähigen Sozialdemokratie: Das von ihr verfolgte Solidaritätsprinzip beruhte nämlich stets auf dem Prinzip der Reziprozität: Die einen geben den Bedrängten anderen, wenn sie erwarten durften, in späterer Folge in einer für sie kritischen Situation äquivalente Hilfe zu erhalten. Solidarität bedeutete demnach nicht eine Form von Mildtätigkeit, sondern eine korrelative Unterstützungsbeziehung zwischen im Grunde gleichstandenen Gruppen bzw. Individuen. Nur deswegen lässt sich Solidarität organisatorisch versteigen oder gar in Form von wohlfahrtsstaatlichen Systemen institutionalisieren (Walter, 2010: 134).

Walter gelangt zu der trüben Erkenntnis, dass die Industriegesellschaft seit den 1970er Jahren ihre Fähigkeit, Solidarität zu erzeugen sukzessive einzubüßen begonnen. Seither habe sich in den Branchen der überkommenen industriellen Räume eine Schicht von „Überflüssigen“, „Entbehrlichen“ und „Verlorenen“ entwickelt und verfestigt, welche nicht zurückgeben kann, was ihr über den Sozialstaat, also über die Abgaben und Steuerzahlungen insbesondere der Mittelklassen, zugeteilt wird. Daher wurde das Grundgesetz der Solidarität infrage gestellt (Walther, 2010: 134).

11. Das „harte Brot“ der Opposition? – Die SPD von 2009-2013

Für den von mir zu untersuchenden Policy-Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik halte ich es für die Erschaffung eines adäquaten Gesamtbildes für sinnvoll, die in der Regierung Merkel II getroffenen Entscheidungen in eben diesem Bereich in einer kurzen Darstellung erläutern möchte, auch um damit aufzuzeigen, wie die Union es verstand, sich programmatisch an die SPD anzupassen

Als die SPD bei den Bundestagswahlen 2009 eine sehr schwere Niederlage einstecken musste (Vgl. Faas, 2010: 900), wurde von CDU/CSU und FDP die Bundesregierung Merkel II gebildet, die beiden Parteien als eigentliche Wunschkoalition galt (Zohlnhöfer/ Saalfeld, 2015: 9).

Die Tatsache, dass die Regierung auf dem Feld der Steuer- und Fiskalpolitik in ihrer Legislaturperiode wenig unternommen hat (Rixen, 2015: 341), verwundert demnach in besonderem Maße - die steuerpolitischen Veränderungen, die vorgenommen wurden, waren allerdings ein Ausdruck klassischer Klientelpolitik: So wurde mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ Anfang 2010 ein Gesetz in Kraft gesetzt, das nicht nur ein besonders skandalöses Privileg für eine Branche auf Kosten der Allgemeinheit (die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotels auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent), sondern auch Erleichterungen bei der Erbschaftssteuer durchgesetzt: Geschwister und Geschwisterkinder zahlen je nach Höhe des Erbes statt 30 bis 50 nur noch 15 bis 43 Prozent. Auch die Erben von Unternehmen wurden leichter als bisher von der Steuer ganz oder teilweise verschont, wenn sie den Betrieb eine Zeitlang weiterführen. Stephan Hebel nennt das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ deswegen auch den umstrittenen Höhepunkt einer schwarz-gelben Wirtschaftspolitik (Hebel, 2013: 94).

Der Kölner Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge fällt folgendes Urteil über die Regierungszeit der christlich-liberalen Koalitionsregierung – und nimmt dabei Bezug auf den so genannten Matthäus-Effekt: „Die schwarz-gelbe Koalition hat die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. CDU, CSU und FDP machten eine Regierungspolitik nach dem Matthäus-Prinzip, die Arme trifft und Reiche begünstigt“ (Butterwegge, 2014: 326).

Die SPD jedoch unternahm, wenn man einen Rückblick anstellt, während ihrer Oppositionszeit in der Legislaturperiode 2009-2013 keine ernsthaften Anstrengungen, um den notwendigen Aufbau eines linken Reform-Bündnisses zu forcieren – und das obwohl das Gerechtigkeitsempfinden eines Großteils der Bevölkerung von Union und FDP empfindlich verletzt worden war (Butterwegge, 2014: 327).

Nachdem die Bundestagswahl 2013 für die Union mit einem überraschenden Erfolg endete: Zum ersten Mal seit 1994 erreichten CDU/CSU ein Wahlergebnis über 40% und verfehlten dabei nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate (Jung/Schroth/Wolf, 2015: 35), während sich die SPD mit einem Stimmenzuwachs von 2,7% zum zweiten Wahlsieger erklärte (Jung/Schroth/Wolf, 2015: 40) führte das Fehlen eines politischen Projekts „Rot-Rot-Grün“ schließlich zu einer erneuten Auflage der Großen Koalition (Hebel, 2014: 129). Deren wirtschafts- und finanzpolitische Zielsetzungen in meinem nächsten Kapitel untersucht werden sollen.

12. Kein Ende der „Marktsozialdemokratie“? - Die Finanzpolitik der 3. Großen Koalition

Wenn man nun die obige, von mir gezogene Konklusion zum Anlass nimmt, um die Finanzpolitik der aktuellen Großen Koalition einer genaueren Untersuchung zu unterziehen, so ist wiederum Hebels Ausführungen beizupflichten, der immerhin vor der Bildung der Schwarz-Roten Regierung noch feststellen konnte, dass die Steuerpolitik wohl das wichtigste Untersuchungsmerkmal zwischen Merkels Union und dem vor der Wahl von 2013 noch halbwegs intakten rot-rot-grünen „Lager“ war. Hebel streicht heraus, dass „alle drei Parteien, die von 2009 bis 2013 gemeinsam die Opposition gebildet hatten, sich vor dieser Wahl Einigkeit zeigten: Gegen die Schlaglöcher in unseren Straßen und gegen die Schlagseite der sozialen Verhältnisse hilft nur eine bessere finanzielle Ausstattung des Staates“ (Hebel, 2014: 136). Auf einmal war auch wieder klar, wer dazu nun herangezogen werden müsste: nämlich jene, die von der seit mindestens zwei Jahrzehnten gewachsenen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen profitierten (Hebel, 2014). So forderte die SPD einen Spitzensteuersatz von 49% Prozent bei Einkommen über 100.000 Euro und eine - wie bereits vorher bemerkt worden ist - „angemessene“ Vermögenssteuer, und zwar mit der Begründung, dass die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung auseinandergehe (Hebel, 2014: 136). So stellte die SPD vor ihrem Eintritt in die Regierung Merkel III - und dies soll an dieser Stelle nur kurz dargestellt werden - fest, dass die Löhne im oberen Bereich in den letzten 10 Jahren gestiegen seien, die unteren 40 Prozent der Vollbeschäftigten haben jedoch nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von Zuwächsen profitiert - denn während sie 1970 44% des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 % (Hebel, 2014: 136).

13. „Ashes to Ashes“? Die SPD in Merkel III und unter dem „führenden“ Neoliberalismus

Oliver Nachtwey zu dem Schluss kam, dass es unter Merkel keine substanziellen sozialen Einschnitte gab (Nachtwey, 2016), möchte ich auf Stephan Hebel hinweisen, der in seiner Publikation „Deutschland im Tiefschlaf“ trotzdem zu einem ernüchternden Urteil, besonders was die programmatische Positionierung der SPD in der Regierungskoalition betraf, gelangte: „Seit die SPD nach der Bundestagswahl 2013 wieder

ein Bündnis mit dieser Kanzlerin und ihrer Partei einging, hat sie den Reformstillstand entscheidend mit zu verantworten {...} {denn} sie haben zuerst - mindestens seit 2009 - den notwendigen Aufbau eines linken Reformbündnisses verschlafen, um sich anschließend in die Koalition mit der konservativen Kanzlerin zu retten“ (Hebel, 2014: 129). Der Autor zählt an dieser Stelle konkrete steuerpolitische Beispiele auf, die von der SPD dafür aufgegeben worden sind: „Vom höheren Spitzensteuersatz für Top-Einkommen und von der Vermögenssteuer, war im Koalitionsvertrag kein Wort zu lesen; vom notwendigen Umbau der Sozialsysteme auch nicht“ (Hebel, 2014: 129).

Er endet mit der Erkenntnis, dass der Abschied der Sozialdemokratie von dem nach Gerhard Schröder mühsam wiedergewonnene Anspruch, die Gesellschaft wenigstens durch ein Mittelmaß an Umverteilung vorhandenen Reichtums gerechter zu machen. Wenn dieser Anspruch verwirklicht werden hätte sollen, so wird argumentiert, hätte die SPD den Koalitionsvertrag nie unterschreiben dürfen. Als sie es dennoch tat, besiegelte sie auch das Schicksal des sozialreformistischen Lagers, auf das im Wahlkampf wenigstens noch gehofft werden durfte, zumindest für die nächsten Jahre. Der demokratische Prozess, der vom Ringen um politische Alternativen lebt, sei seitdem in einen ungesunden Schlaf verfallen, was auch einer Debatte um ein mögliches Ende des so genannten Merkantilismus und – was sich für mich als zweite Konsequenz aus dieser Entwicklung ergibt – natürlich auch eines der „Marktsozialdemokratie“ bis auf weiteres einen Riegel vorschiebt (Hebel, 2014: 129).

In einem dieses Jahr geführten Gespräch über – so würde ich es betiteln - die „Neoliberalisierung der SPD und ihre Folgen“ mit dem hier bereits an prominenter Stelle zitierten Wissenschaftler Oliver Nachtwey, wurde auch versucht, einen Ausblick auf die mögliche Entwicklung der SPD anzustellen. Nachtwey gelangte im Mai 2016 zu der Ansicht, dass „der Leidensdruck wie er {etwa einst} bei der Labour-Party vorhanden war, als er in der SPD jemals vorhanden war - man stellt noch ein paar Ministerpräsident_innen. Die Neigung zu einem schärferen politischen Wandel könnte viel stärker sein. (Nachtwey, 2016):

„Im Grunde existiert die Schröder-SPD bis heute weiter“ und Gabriel ist ein „Netzwerker“ (Nachtwey, 2016), der etwa großes Interesse an der Umsetzung von TTIP hatte. Die letzten Kanzlerkandidaten waren Steinbrück und Steinmeier, das waren alles {so genannte} Seeheimer, {also wiederum Repräsentanten des wirtschaftsliberalen Flügels innerhalb der Partei} (Nachtwey, 2016).

Diese beiden letzten Kapitel, welche das – so würde ich es zumindest nennen - „neoliberale Dilemma“, indem die SPD seit den Bundestagswahlen 2009 steckt, umrissen hat, ist auch ein weiterer Beweis für die außerordentliche Flexibilität der neoliberalen Strategien. Diese Flexibilität wird oft unterschätzt, da übersehen wird, dass „neoliberale Hegemonie nicht als fertige Tatsache verstanden werden sollte, sondern eben als ein fortlaufender Prozess von Kämpfen und Kompromissen, durch welche die Bedeutung des Neoliberalismus überprüft und bekräftigt wird (Brand, 2011: 46).

14. Zusammenfassung und Erkenntnisgewinn

Im Bewusstsein darüber, dass diese Arbeit einen großen zeitlichen wie auch thematischen Bogen spannt, möchte ich in einer zweiten Zusammenfassung die Forschungsergebnisse des zweiten Teils dieser Arbeit noch einmal darlegen.

Die Post-Schröder-Ära der SPD – die mit dem Rücktritt Gerhard Schröders als Bundeskanzler nach der Bundestagswahl 2005 begann – und diese überraschenderweise in eine Große Koalition mit der CDU/CSU führte, die nur ganz knapp vor der SPD lag, aber mit Angela Merkel die Bundeskanzlerin stellte (Wenke/Bukow, 2010: 23), konnte in dieser Regierungszeit, die immerhin entscheidend von der Finanzkrise ab 2008 fiel, mit Peer Steinbrück den Finanzminister für sich verbuchen. Dieser hatte aber kein Interesse daran, das Erbe Schröders aufzugeben: So wurden wiederum die Steuersätze für Unternehmen und Kapitalbesitzer gesenkt oder auch durch die Maßnahmen zur Begrenzung der Gewinnverlagerungen verkompliziert (Rixen, 2010: 208). Die Politik gegen die Finanzkrise ab dem Jahr 2008 stellte ebenfalls eine Enttäuschung dar: Durch den SoFFin mussten, wie Butterwegge treffend analysiert hat, etwa Arbeitnehmer_innen, Arbeitslose und Arme für das verhängnisvolle Agieren von Bankern und Börsianern zahlen (Butterwegge, 2014: 285).

Das daraus resultierende Dilemma, dass es der SPD an Bereitschaft mangelte, einen Neuanfang (etwa mit dem Versuch einer Rot-Rot-Grünen-Koalition zu wagen oder auch nur Kritiker_innen Gehör zu schenken, hat seine Wurzeln in dem nach wie vor ungebrochenen Einfluss des Neoliberalismus. Diese Hegemonie, deren Herrschaft – um auf den Hegemonie-Begriff von Antonio Gramsci zurückzukommen – nicht nur in erster Linie über Zwang und Gewalt, sondern durch Führung und dem Organisieren von Konsens Einzug in Institutionen, Apparate (die Massenmedien) und gesellschaftliche Organismen (politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse) (Opratto,

2012: 38), was sie damit zu einem integralen Bestandteil des Staates werden lässt (GH: 824, vgl. 815f. vgl. Opratko, 2012: 38).

Wenn ich mir an dieser Stelle meine Forschungsfrage „wie die Neoliberalisierung der SPD von 1990 bis 2016 stattgefunden hat“ noch einmal vergegenwärtige, glaube ich eine zentrale Antwort gefunden zu haben:

Der Prozess der Neoliberalisierung der SPD begann schon vor dem von mir angegebenen Untersuchungszeitraum Mitte der 1970er Jahre und setzte sich – zumindest auf Bundesebene – nach der Bundestagswahl 1998 und der Schwächung der SPD-Linken durch den Rücktritt des Finanz- und Wirtschaftsministers Oskar Lafontaine, der immerhin noch eine Regulation der internationalen Finanzmärkte durchsetzen wollte, in der Regierungszeit der Rot-Grünen Koalition weiter fort. Die daran anschließende Finanz- und Wirtschaftspolitik ordnete sich bereits vollends einer finanz- und wirtschaftspolitischen „world hegemony“ (Cox, 1983: 171 zitiert nach Bieler/Morton, 2003: 348) unter, die den Staat zurückdrängte und die sozialen Sicherungssysteme äußerst radikal angriff. Dieser Angriff führte zu einem beträchtlichen Identitätsverlust der SPD, welcher bis heute sowohl auf programmatischer wie elektoraler Ebene andauert.

Dieses Schlusskapitel lässt die Frage offen, wie sich die SPD in Zukunft entwickeln könnte. Daher soll diese Arbeit mit einem Ausblick-Kapitel vollendet werden, das sich nicht nur der zentralen Frage annimmt, wie sich die SPD aus dem Würgegriff des Neoliberalismus befreien, sondern vielleicht sogar einmal als eine Partei auftreten könnte, welche es sich ernsthaft zur Aufgabe mache, die „solidarischen Lebensweise“ – einer Neu-Organisation der Gesellschaft durch ganz andere Formen des Zusammenlebens (Mason, 2016 zitiert nach Brand/Wissen, 2017: 177), mit denen sich neue Subjektivitäten heraus bilden und „neue Gewohnheiten“ einstellen (Brangsch, 2016 zitiert nach Brand/Wissen, 2017: 177) – zu verwirklichen.

15. Ausblick

Das historische Projekt der Sozialdemokratie - diese spezielle Form des Kapitalismus

– ist, wie wir gesehen haben, gescheitert. Die SPD selbst steht nun vor enormen programmatischen Herausforderungen und muss entscheiden, in welche Richtung sie sich weiter orientieren will und wird: Wie lange sie sich noch an der Politik des „Dritten Weges“ orientieren möchte, was sie natürlich weiter mit dem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus verbände. Sie befindet sich außerdem in der misslichen Lage, immer noch an ihrer Vergangenheit des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kompromisses des demokratischen Kapitalismus zu hängen, was ihren Handlungsspielraum sehr einengt und noch dazu die Krisendynamik antreibt und keines der relevanten gesellschaftlichen Probleme löst - wie etwa die Produktivitätsentwicklung und die sozial-ökologische Erneuerung des gesellschaftlichen Produktionsapparates und der Lebensweise, Bildung und Ausbildung, die Beseitigung der Armut und der demokratischen Partizipation. Die letzte strategische Neu-Positionierung, die möglich wäre und aus meiner Sicht auch jene darstellt, die einem „donnernden Paukenschlag“ und einer fundamentalen Revision des Konzeptes vom Dritten Weg gleichkäme, wird von Alex Demirovic in seinem Text unter dem Punkt C dargelegt: Demnach müsse die Sozialdemokratie sich an der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus und der Entwicklung von neuartigen, emanzipatorischen Instrumenten und Politikmustern beteiligen (Demirovic, 2013: 313).

Das solche politischen Kräfte nicht nur vorhanden, sondern auch eine tragfähige Mehrheit zu produzieren im Stande sind, zeigt, so meine Behauptung, vor allem die in den letzten zwei Jahren entbrannte Begeisterung für den bei der Labour-Leadership-Election 2016 mit einem überragenden Mandat von 62% ausgestatteten Pateichef Jeremy Corbyn in Großbritannien (https://www.theguardian.com/politics/2016/sep/24/jeremy-corbyn-leadership-win-shows-labour-is-now-a-changed-party?CMP=fb_gu) einerseits, und die – vor allem bei Jungwähler_innen – während des US-Präsidentenwahlkampfes 2016/17 aufflammende Euphorie für den linken demokratischen Kandidaten Bernie Sanders andererseits (<http://www.independent.co.uk/news/people/presidential-election-donald-trump-would-have-lost-if-bernie-sanders-had-been-the-candidate-a7406346.html>) Sowohl Corbyn als auch Sanders vermochten die Vision einer Politik zu vermitteln, so würde ich meinen, die eine „Politik gegen die Märkte“ (Nachtwey, 2009: 277) revitalisiert und somit auch die Chance für einen dringend benötigten Revisionismus bietet, der die Verwirklichung von wirklicher Chancengleichheit – welche heute nur noch durch eine Veränderung jener Strukturen erreicht werden kann, die die Ungleichheit hervorbrachte – umsetzen könnte. Das schließt

auch mit ein, die produktiven Ressourcen der Gesellschaft von der Minderheit, die sie im Moment de facto kontrolliert, wieder unter die demokratische Kontrolle der Mehrheit zu bringen (Callinicos, 2000 zitiert nach Nachtwey, 2009: 277). Dies müsste wieder zu einem der vordersten Anliegen einer linken Bewegung gemacht werden. Eine solche Politik würde allerdings einen drastischen Konflikt mit dem Unternehmerlager in der Labour Party – wie dieser bereits zu beobachten ist (<http://www.newstatesman.com/politics/uk/2016/07/labour-won-t-split-if-jeremy-corbyn-wins-rebels-will-fight-him-again>) - und für deren Führung eine Rückkehr sogar noch vor die keynesianische Sozialdemokratie bedeuten (Nachtwey, 2009: 277). Die Annahme, dass eine solche Wende – Oliver Nachtweys Einschätzung aus dem Jahr 2009 folgend – nicht absehbar ist, würde ich aufgrund der jüngsten Entwicklungen, etwa bei der britischen Labour-Party, in Zweifel ziehen. Allerdings könnte etwa durch die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ein Trendwechsel einsetzen, der eine neue linke Politik zunehmend verunmöglicht (Prokla-Redaktion, 2016: 528).

Bei der SPD ist die Möglichkeit einer solchen Erneuerung ähnlich komplex gelagert wie bei der britischen Labour-Party: Mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen wird die Alternative einer Rot-Rot-Grünen Koalition zwar mehr denn je angedacht und auch mit den notwendigen Partner_innen bei so genannten „Arbeitstreffen“ bereits besprochen (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/grosses-rot-rot-gruen-treffen-r2g-in-berlin-a-1116976.html>), dennoch besteht nach wie vor eine hegemoniale Kraft innerhalb der SPD, welche dieses Projekt nicht stützen möchte – wohl auch oder gerade wegen der Agenda 2010: “Ein noch größerer Streitpunkt dürfte in der Haltung zu den Reformen der Agenda 2010 bestehen. Solange SPD und Grüne mehrheitlich leugnen oder gar darauf Stolz sind, dass ihre Rentenreformen massenhafte Altersarmut produzieren und das Hartz-IV-Zwangssystem zu Lohndumping und einem großen Niedriglohnsektor beigetragen hat, und solange sie das System nicht substantziell verändern wollen, ist eine gemeinsame Regierung unmöglich” (Wagenknecht, 2015: 78). Es wird sich zeigen, ob die Bundestagswahl 2017 - die von der SPD mit Martin Schulz als Spitzenkandidaten bestritten werden wird - (<http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-schulz-befluegelt-die-spd-1.3361459>) eine tragfähige Mehrheit für ein solches Bündnis zu Tage fördert und ob es einer solchen Regierung überhaupt möglich wäre, die gesellschaftliche Rechtsverschiebung – die im Moment maßgeblich von US-Präsident Donald Trump befördert wird, etwas entgegengesetzt zu können (PROKLA-

Redaktion, 2016: 540).

Daher würde ich gerne das Argument von Alex Callinicos aufgreifen, der bereits 2000 in „Equality“ – das sich unter anderem auch ausführlich mit Tony Blairs „New Labour“-Projekt auseinandersetzte – schrieb: „Egalitarian justice can be achieved only against capitalism“. This conclusion, so Callinicos weiter, beinhaltet die wohl „greatest political difficulty: since the collapse of the Soviet Union, few believe that there is a viable and attractive socio-economic alternative to capitalism. The idea of market socialism offers a half way house, seeking to combine collective ownership of the means of production with the markets supposed superiority to other forms in the efficient allocation of resources. Even if this combination were stable (which seems doubtful), it would leave unremedied the injustice arising from differences in individual ability and need. But a non-market alternative to capitalism seems quite outside the bounds of contemporary common sense (Callinicos, 2000: 132). Und nun gelangt der Autor zu einem entscheidenden Punkt – mit dem ich selbst auch konformgehe: „To change this state of affairs will require, among other things, a revival in Utopian imagination – that is, in our capacity to anticipate, at least in outline, an efficient and democratic non-market form of economic co-ordination. Our current inability to do so is a consequence both of disappointed hopes and of the imaginative dominance that a particular type of capitalism – the Anglo-American laissez-faire model – has acquired for various contingent reasons (Callinicos, 2000: 133). Ich denke, dass die Conclusio dieser Arbeit gezeigt hat, dass „a narrow set of neo-liberal dogmas and recipes – currently exerts an almost totalitarian hold on {in} policy debate{s}“. (Callinicos, 2000: 133). Daher müssen sich – und diese Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten – „new visions“ etablieren, die es sich zur Aufgabe machen, Konzepte zu entwickeln, die sich der Frage „how to run the world better“ annehmen (Callinicos, 2000: 133).

Die Frage „how to run the world better“ (Callinicos, 2000: 133) wird aktuell auch von Ulrich Brand und Markus Wissen einer Bearbeitung unterzogen: Die von ihnen vorgebrachte Gestaltung einer „solidarischen Lebensweise“ legt emanzipative Entwicklungsstrategien offen, an denen sich auch linke Parteien orientieren müssten, denn diese ergeben sich nicht dem falschen, da auf kapitalistischer und hierarchisierender Externalisierung beruhenden Wohlstandsversprechen, sondern sind Formen einer gerechten, solidarischen und nachhaltigen Wohlstandsschaffung (Brand/Wissen, 2017: 182). Diese solidarische Lebensweise wird nicht konfliktfrei zu erlangen sein, da die

als problematisch erachteten Verhältnisse aufgehoben und Alternativen gestärkt werden sollen. So geht es in vielen Auseinandersetzungen nicht nur um die Schaffung von Gemeingütern und anderen Formen des Zusammenlebens, etwa um eine andere Verteilung von Reproduktionsarbeit und damit auch um eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse. Es geht auch um eine solidarische Form der Wohlfahrtsstaatlichkeit, nämlich die Entkoppelung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung in Gestalt eines verlässlichen Ausgleichsmechanismus (Dyk/Misbach, 2016 zitiert nach Brand/Wissen, 2017: 185). Dies impliziert zugleich – das kann aufgrund der Herausbildung des neoliberalen, aktivierenden und repressiver werdenden Staates, der in dieser Arbeit schon besprochen wurde, festgehalten werden – einem institutionellen Umbau des Staates, denn die Kräfteverhältnisse und Diskurse sind dem Staat nicht äußerlich (Brand/Wissen, 2017: 185). Die vielfältigen Dimensionen einer solidarischen Lebensweise müssen sich institutionell „verdichten“, allerdings mit der Perspektive einer Überwindung der herrschaftsförmigen Logiken, wie sie gerade im kapitalistisch-patriarchalen Staat institutionalisiert sind (Brand/Wissen, 2017: 185).

Zuletzt sollen die Beschränkungen der liberalen, zunehmend autoritären Demokratie zugunsten einer umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierung aufgehoben werden – das würde einen zentralen Bestandteil der Auseinandersetzungen um die solidarische Lebensweise bedeuten. Die dafür notwendigen Abwehrkämpfe gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck sowie die Zurückdrängung imperialer Praxen und die institutionelle Absicherung des Neuen. Ihr Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die sozialen und ökologischen Verwerfungen, mit welchen wir heute konfrontiert sind und die unendliches Leid verursachen ihre Ursachen in den globalen gesellschaftlichen Verhältnisse haben (Brand/Wissen, 2017: 185).

Die Realisierung dieses Projekts wird tendenziell von gesellschaftlichen Mitte-unten-Bündnissen getragen werden (Brie/Hildebrandt 2015 zitiert nach Brand/Wissen, 2017: 183). Es wäre aber zu wünschen – und mit diesem Appell möchte ich meine Arbeit gerne beschließen –, dass verstärkt auch dissidente progressive Eliten {damit wären auch Kräfte innerhalb der SPD gemeint} den Ernst der Lage erkennen und entsprechend handeln (Klein, 2016 zitiert nach Brand/Wissen, 2017: 183).

Bibliographie

Primärliteratur:

Altvater, Elmar (2008): Globalisierter Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.) Neoliberalismus - Analysen und Alternativen, S. 50-69. VSA Verlag, Wiesbaden.

Andreß, Hans-Jürgen/Kronauer, Martin (2006): Arm – Reich. In: Lesse-
nich, Nullmeier (Hrsg.): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft.
Campus Verlag, Frankfurt/ New York

Barfuss, Thomas/Jehle, Peter (2014): Antonio Gramsci zur Einführung.
Junius Verlag, Hamburg.

Beck, Stefan/Scherrer, Christoph (2002): Der rot-grüne Einstieg in den
Abschied vom „Modell Deutschland“. Ein Erklärungsversuch. in: PRO-
KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 35 (1, Heft 138) 111-130.
Westfälisches Dampfboot, Münster.

Bieler, Andreas/Morton, David Adam (2003): Neo-Gramscianische Per-
spektiven. In: Schneider, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der
Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske+Budrich 337-362.

Bieling, Hans-Jürgen (2000): Sozialdemokratische Wirtschafts- und Be-
schäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, FEG Marburg.

Bischoff, Joachim (2005a): Die SPD und die Zerstörung des „Rheini-
schen Kapitalismus“ - vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus.
Supplement der Zeitschrift für Sozialismus 7/2005, VSA Verlag, Hamburg.

Bischoff, Joachim (2005b): Das Projekt Rot-Grün - eine Bilanz. In: (Bi-
schoff/Burkhardt/Cremer/Gerntke/Gössner/Rock/Steffen/Walter Hrsg.)

Schwarzbuch Rot-Grün. Von der sozial-ökologischen Erneuerung zur Agenda 2010, S. 7-26. VSA Verlag, Hamburg.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise – Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. Oekom Verlag, München.

Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? - Aktuelle Konflikte. Gegenhegemoniale Strategien. VSA Verlag, Hamburg.

Böenkamp, Gerard (2010): Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998. Lucius & Lucius, Stuttgart.

Buckel, Sonja/Oberndorfer, Lukas/Troost, Axel, Ypsilanti, Andrea (2013): Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven. Herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne, VSA Verlag Hamburg.

Butterwegge, Christoph (2014): Krise und Zukunft des Sozialstaats. 5. Auflage, Springer VS, Wiesbaden.

Butzlaff, Felix/ Micus, Matthias (2011): Mao in Berlin? – Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt. In: Butzlaff/ Micus/ Walter [Hrsg.]: Genossen in der Krise? Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen.

Callinicos, Alex (2000): Equality. Polity Press, Cambridge.

Demirovic, Alex (2008): Neoliberalismus und Hegemonie. In: Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.) Neoliberalismus - Analysen und Alternativen, S. 17-34 VSA Verlag, Wiesbaden.

Demirovic, Alex (2008): Keine Zeit mehr - Das Ende des sozialdemokratischen Projekts. In: PROKLA, Heft 171, 43 Jg. 2013, Nr. 2, S. 305-316.

Egle, Christoph, Ostheim, Tobias, Zohlnhöfer, Reimut (2003): Vorwort. In: Das rot-grüne Projekt - Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002. S. 7-9. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

Faas, Thorsten (2010): The German Federal Election of 2009: Sprouting Coalitions, Drooping Social Democrats. In: West European Politics, Vol. 33, No. 4, 894–903, July 2010, published online on 14.6.2010.

Ferguson, James (2006): Global Shadows: Africa in the neoliberal world order. Duke University Press, Durham and London.

Freikamp, Ulrike (2008): Bewertungskriterien für eine qualitative und kritisch-emanzipatorische Sozialforschung. In: (HRSG.) Ulrike Freikamp, Matthias Leanza Janne Mende, Stefan Müller, Peter Ulrich, Heinz-Jürgen-Voß Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. S. 215-233. Karl Dietz Verlag, Berlin.

Flick, Uwe (2016): Qualitative Sozialforschung: eine Einführung, 7. Auflage. Rowolths Taschenbuchverlag, Reinbeck bei Hamburg.

Friedbert, Rüb (2012): Michels und die Parteientheorie – die politischen Parteien und die Krise der Demokratie. In: Bluhm/Krause (Hrsg.): Robert Michels' Soziologie des Parteienwesens. Oligarchien und Eliten – die Kehrseite moderner Demokratie. S. 241-264. Springer VS, Wiesbaden.

Hanesch, Walter (2012): Deutschland - Ein Modell im Übergang. In: R. Bispinck et al. (Hrsg.): Sozialpolitik und Sozialstaat. S. 21-41. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer, Wiesbaden.

Hauf, Thomas (2007): Modernisierungen der Traditionskompanie - Parteireformen in der SPD seit den 1990er Jahren. In: Forschungsjournal

NSB, Jg. 20, 4/2007.

Hebel, Stephan (2014): Deutschland im Tiefschlaf – wie wir unsere Zukunft verspielen, Westend Verlag, Frankfurt/Main.

Hebel, Stephan: (2013): Mutter Blamage. Warum die Nation Angela Merkel und ihre Politik nicht braucht. Westend Verlag, Frankfurt/Main.

Jung, Matthias/Schroth, Yvonne/Wolf, Andrea (2015): Wahlverhalten und Wahlergebnis. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, S. 35-55. Springer Fachmedien, Wiesbaden.

Jun, Uwe (2010): Die SPD in der Großen Koalition – Selbstverschuldeter Niedergang oder zwanghafte Anpassung an veränderte Ausgangsbedingungen der Politik? In: Burkow/W. Seemann (Hrsg.): Die Große Koalition, S. 299-318. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Lafontaine, Oskar (2002): Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien. 1. Auflage.

Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: PROKLA. Heft 121, 30. JG, Nr. 4. S. 489-525.

Merkel, Wolfgang (1993): Ende der Sozialdemokratie? – Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York.

Misosch, Sabina (2015): Qualitative Interviews. De Gruyter, Oldenbourg Berlin : München : Boston.

Nachtwey, Oliver (2013): Marktsozialdemokratie - Die Transformation von SPD und Labour Party, VS Verlag für Sozialwissenschaften. Göttingen.

Opratko, Benjamin (2010): Neu- und Umformulierung des Hegemoniebegriffes nach Antonio Gramsci. Universitätsbibliothek Wien.

Opratko, Benjamin (2012): Hegemonie. Westfälisches Dampfboot. 26-52. Münster.

Pfadenhauer, Michaela (2005): Auf gleicher Augenhöhe reden – Das Experteninterview. Ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner/Littig/Menz {Hrsg.}: Das Experteninterview. S. 113-130. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.

Prokla-Redaktion (1999): Editorial „Rot-Grüner“ Absturz. In: PROKLA, Heft 2116, 29.JG, NR 3. S. 346-349. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Prokla-Redaktion (2000): Editorial Soziale Gerechtigkeit. In: PROKLA, Heft 121, 30. JG, NR. 4. S. 486-488, Westfälisches Dampfboot, Münster.

Prokla-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: PROKLA, Heft 185, NR 4. S. 1-36. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Przeworski, Adam (1993): Capitalism and Social Democracy. Cambridge University Press.

Reitzig, Jörg (2008): „Eine Kategorie des Unsinnns...“. Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.) Neoliberalismus - Analysen und Alternativen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Rixen, Thomas (2010): Was kam eigentlich nach Kirchhof? Die Steuer- und Finanzpolitik der Großen Koalition. Burkow/W. Seemann (Hrsg.): Die Große Koalition, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 191-210.

Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation: die politische Konstitution des Marktes, Westfälisches Dampfboot, Münster

Rüsen, Jörn (1988): Historische Methode, S. 62-81. In: Christian Meier und Jörn Rüsen (Hrsg.): Historische Methode, DTV, München.

Saalfeld, Thomas/ Zolnhöfer, Reimut (2015): Von der Wunschkoalition zur Krisengemeinschaft - Eine Einleitung. In {Hrsg.} Saalfeld/Zolnhöfer : Politik im Schatten der Krise - Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, S. 9-29.

Sachs, Matthias (2010): Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien, Wiesbaden.

Sasson, Donald (1996): One hundred years of Socialism - The West European Left in the Twentieth Century. I.B. Tauris Publishers. London , New York.

Schmidt, Ingo (1997): Gewerkschaften und Keynesianismus. 1. Auflage, Westfälisches Dampfboot. Münster.

Schröder, Klaus (2013): Der SED-Staat: Geschichte und Strukturen der DDR. Köln/Wien, Böhlau Verlag.

Steckner, Anna (2005): Marxistische Parteientheorie revisited. Zur Verortung politischer Parteien in der Bürgerlichen Gesellschaft. In: PROKLA 43. Jahrgang/Nr. 2. /Juni 2013.

Thibaut, Bernhard (2010): Finanzpolitik. In: {Nohlen/Schultze} Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 – A-M, Theorien Methoden Begriffe. S. 262. 4., aktualisierte Auflage.

Topolski, Jerzy (1988): Was ist historische Methode? S. 100-114. In: Christian Meier und Jörn Rüssen (Hrsg.): Historische Methode, DTV, München.

Walter, Franz (2010): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie; Berlin: Suhrkamp.

Wenke, Seemann/Bukow, Sebastian (2010): Große Koalition in Deutschland. In: Seemann, Bukow [Hrsg.]: Die Große Koalition, S. 9-43. VS Verlag, Wiesbaden.

Wagenknecht, Sarah (2015): Rot-Rot-Grün: Politik-statt Personalwechsel - Eine Antwort auf Jürgen Trittin. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik (2/2015), Blätter Verlagsgesellschaft, Berlin.

Zinn, Karl Georg (1997): Jenseits der Markt-Mythen – Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege, VSA Verlag, Hamburg.

Internet-Quellen:**„Der Professor aus Heidelberg“**

<http://www.tagesspiegel.de/politik/paul-kirchhof-der-professor-aus-heidelberg/4334590.html>, downloaded on 1.10.2017, at 16:43.

“Labour won’t split if Jeremy Corbyn wins – the rebels will fight him again“

<http://www.newstatesman.com/politics/uk/2016/07/labour-won-t-split-if-jeremy-corbyn-wins-rebels-will-fight-him-again>, downloaded on 6.2. 2017, at 21:21.

“Schulz beflügelt die SPD”

<http://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-schulz-befluegelt-die-spd-1.3361459>, downloaded on 5.2.2017, at 18:24.

“Trump would have lost if Bernie Sanders had been the candidate”

<http://www.independent.co.uk/news/people/presidential-election-donald-trump-would-have-lost-if-bernie-sanders-had-been-the-candidate-a7406346.html>, downloaded on 4.2.2017, at 22:21.

„Corbyn leadership win shows Labour is now a changed party“

https://www.theguardian.com/politics/2016/sep/24/jeremy-corbyn-leadership-win-shows-labour-is-now-a-changed-party?CMP=fb_gu downloaded on 3.10.2016, at 18: 42.

„Bisschen schnuppern, bisschen stänkern“

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/grosses-rot-rot-gruen-treffen-r2g-in-berlin-a-1116976.html>, downloaded on 8.11.2016, at 15:34.

„Die Mär vom großen Sozialabbau“

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hartz-iv-die-maer-vom-grossen-sozialabbau-1281085.html>, downloaded on 23.11.2016, at 22:09

“Diese SPD ist nur noch Hülle”

<http://www.sueddeutsche.de/politik/lafontaine-rechnet-ab-diese-spd-ist-nur-noch-huelle-1.301146-3>, downloaded on 05.12.2016, at 22:16

Oskar Lafontaine Video-Interview

Spiegel TV: (<http://www.spiegel.tv/filme/lafontaine-interview/>), downloaded on 8.11. 2016, at 15:37.

Expert innen-Interviews:

Puller, Armin. Geführt am 24.6.2016 in Wien.

Nachtwey, Oliver. Geführt am 11.5.2016 über Skype.

Abstract (deutsch)

Sozialdemokratie, Neoliberalismus, Rot-Grüne-Koalition, antikapitalistische Alternative

Diese Masterarbeit hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Effekte des Neoliberalismus auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in dem Zeitraum von 1990 bis 2015 zu untersuchen. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht die unter der so genannten „Rot-Grünen“ Koalition (1998-2005), der zweiten Großen Koalition (2005-2009) und der dritten Großen Koalition (2013-2015) unter Angela Merkel.

Zu Beginn wird allerdings die schwierige Situation, mit der sich die SPD in den frühen 1990er Jahren konfrontiert sah (Fall der Berliner Mauer und dem unerwarteten Anstieg der Popularität des Kanzlers Helmut Kohl).

Als im Wahljahr 1998, nach einer 16-jährigen Regierungszeit einer konservativ-liberalen Koalition und ihrer Finanzpolitik, die zu einer Gerechtigkeitslücke führte, die SPD gemeinsam mit den Grünen die Möglichkeit, eine Politik der größeren Gerechtigkeit zu implementieren.

Die zu diesem Zweck am Beginn dieser Koalition durchgeführte Finanz- und Wirtschaftspolitik, unter Finanz- und Wirtschaftsminister Lafontaine, plante noch einen moderaten links-keynesianischen Kurs einzuschlagen und darüber hinaus die Finanzmärkte zu regulieren. Diese Politikmaßnahmen wurden von Kanzler Schröder vehement abgelehnt und nach Lafontaines Abgang wurde eine neoliberale Agenda - die von Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche bis zu einer Verschärfung der Gerechtigkeitslücke durch Hartz IV reichte - konsequent verfolgt.

Meine theoretische Analyse erfolgt mit dem Neo-Gramscianischen Ansatz und der Marxistischen Parteientheorie, um untersuchen zu können, wie eine globale Hegemonie des Neoliberalismus die Politikentwürfe der SPD beeinflussen konnten und diese in eine lang andauernde politische Unglaubwürdigkeit (minus 10% bei den Bundestagswahlen 2009, nur 2% plus bei den Bundestagswahlen 2013) trieb.

Es wird daher auch die Frage gestellt, inwieweit in der SPD je die Möglichkeit einer „antikapitalistischen Alternative“ bestand und warum diese nie wirklich realpolitische Relevanz erlangte.

Im letzten Abschnitt dieser Arbeit wird auf die Situation der SPD seit der schweren Niederlage bei den Bundestagswahlen 2009 genauer eingegangen: Die Zeit in der Opposition, und vor allem ab der erneuten Regierungsbeteiligung 2013 in der 3. Großen Koalition waren - was wohl auch an dem nicht erfolgten Aufbau eines alternativen politischen Projekts (Rot-Rot-Grün) nicht von Erfolg gekrönt und werfen daher auch

die Frage auf, wie sich die SPD weiterentwickeln wird.

Zum Abschluss wird von mir aus diesem Grunde versucht, einen Ausblick auf die aktuelle Situation der internationalen Linken anzustellen und zu fragen, wie sich sozialdemokratische Parteien vom Neoliberalismus wieder wegbewegen könnten – etwa durch das Konzept einer „solidarischen Lebensweise“.

Abstract (english)

Keywords: Social Democracy, Neoliberalism, Red-Green-coalition, anti-capitalistic think thank

This Master's Thesis discusses the effects of neoliberalism on the social democratic party of Germany (SPD) during the period 1990 to 2015 by analysing the economic and financial policies in the time of the so-called „red-green coalition“ (1998-2005), , the second grand coalition (2005-2009) and third grand coalition (2013-2015) under Angela Merkel. In the beginning this paper concentrates on the circumstances the SPD had to cope with in the early 1990s (the fall of the Berlin Wall and the unexpected rise of chancellor Helmut Kohl's popularity and his coalition government's success). Then, in 1998, after 16 years of a conservative-liberal administration and financial policies, which lead to a “lack of justice”, the SPD together with the Green Party had the chance to implement policies for a more equal society. Oskar Lafontaine, economic and finance minister, planned to stimulate Germany's economy with a classic keynesianist approach and wanted to regulate the world's financial markets. This moderate left-wing policies were rejected by chancellor Schröder and his cabinet, which led to Lafontaines resignation. The neoliberal agenda which Gerhard Schröder wanted to realize was characterized by tax cuts for the wealthy and by increasing the “lack of justice” with “Hartz IV”. My theoretical analysis used a neo-gramscian approach and marxist party theory should examine how a global hegemony of neoliberalism automatically effected the policies of the SPD and made the party implausible. The voters should later overwhelmingly reject this “third way”: in 2009 the SPD lost over 10% of voters support, in 2013 the party almost stagnated with a small gain of only 2% in the Bundestag elections. After we have seen that the neo-liberal agenda failed, the question arises if there ever had ever been an anti-capitalistic think-thank inside the SPD. The last chapters focus on the post-Schröder-era of the SPD in the second and third great coalition with the Christian Democrats (CDU/CSU) and their desperate attempt to overcome at least parts of their neoliberal program, which was not crowned by success, also because of their unwillingness to form a “red-red-green”- coalition after the elections of 2005 or 2013. I conclude with an outlook which concerns not only the

possible development options of the SPD but of the left as a whole: despite positive changes i.e. in Britain with the election of Jeremy Corbyn as leader of the Labour Party in 2015 or the euphoria for Bernie Sanders election campagne in the US presidential race 2016 there is still great uncertainty of how to change social democratic parties in a way which could turn them away from neoliberalism to a new “solidary ways of life” concept.

Abkürzungsverzeichnis

BRD= Bundesrepublik Deutschland

DDR= Deutsche Demokratische Republik

CDU/CSU= Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich Soziale Union Deutschlands

SPD= Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SDP= Sozialdemokratische Partei in der DDR

FDP= Freie Demokratische Partei Deutschlands

PDS= Partei des demokratischen Sozialismus